

Nr. **4/2006**

100. Jahrgang
Zürich, April 2006

Zeitschrift
des
Religiösen
Sozialismus

Christin und
Sozialistin/
Christ und
Sozialist

CuS

59. Jahrgang
2-2006

Neue Wege

Reinhard Gaede
Die Umkehr aller
Ordnung

Arnold Künzli
«Wachstum,
Wachstum über alles...»

Friedhelm Hengsbach
Deformation
der Solidarität?

Niels Annen und
Inge Höger-Neuling
SPD-Linke und
Linkspartei zur
Grossen Koalition

Reinhild Traitler
9. Vollversammlung
des Ökumenischen
Rates

Blätter des Bundes der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands erscheint seit 1949

Redaktion:

Dr. Reinhard Gaede (verantwortlich),
Wiesestr.65, D-32052 Herford,
Tel. 05221/34 25 56, e-Mail: cus@gmx.de
reinhard-gaede@gmx.de
Michael Bschorr, Leopoldshöhe

Redaktions-Beirat

Friedrich W. Bargheer, Blomberg; Heiko Bluhm,
Lauffen a.N.; Maik Eisfeld, Hohenbergen;
Fritz Hufendiek, Berlin; Elmar Klink, Bremen;
Helmut Pfaff, Frankfurt; Wieland Zademach,
Schwaig

CuS/BRSD im Internet

www.BRSD.de

Webmaster

Darius Dunker, Aachen

Herausgeber

Bund der Religiösen Sozialistinnen und
Sozialisten Deutschlands e.V.

gegründet 1919/1926

Vorstand: Michael Bschorr, Reinhard Gaede,
Christian Gösling, Bertold Scharf, Robert
Wollborn

Abonnements

BRSD-Sekretariat
Michael Bschorr, Bobes Feld 14,
D-33818 Leopoldshöhe
Tel. 05202-884 883 / Fax 05202-884 884
e-Mail: sekretariat@brsd.de,
MBschorr@t-online.de

Bezugspreise (inkl. Versand)

Inland 20 Euro pro Jahr
Ausland 23 Euro pro Jahr
Förderabo 25 Euro oder mehr
Bitte überweisen Sie den Betrag jeweils zum
Jahresbeginn an den BRSD e.V.,
Bankverbindung: KD-Bank BLZ
350 601 90, Kto Nr. 2119 457010, für
internationale Überweisungen: IBAN DE
15350601902119457010, BIC GENODED1DKD
Kündigungen werden zum Jahresende
wirksam.

Artikel und Briefe an die Redaktion

CuS möchte ein Forum sein für alle, die Religion und Sozialismus zusammen sehen. Wir freuen uns über Beiträge und Briefe. Artikel per e-Mail, per Post nur auf Diskette, als Ausdruck oder saubere Schreibmaschinen-Fassung.

Inhalt

	Seite
Die Arbeiter im Weinberg oder Die Umkehr aller Ordnung – Reinhard Gaede	101
«Wachstum, Wachstum über alles ...» – Arnold Künzli	104
Deformation der Solidarität? – Betreiber, Komplizen, Sanierer – Friedhelm Hengsbach	111
Das Strucksche Gesetz – Zu den Spielräumen der Parlamentarischen Linken – Niels Annen	121
«Aus Wut kann Widerstand werden» – CuS-Gespräch mit Inge Höger-Neuling	124
Kriegsdienstverweigerung nach 50 Jahren Bundeswehr – Ulrich Finckh	127
«Gott in deiner Gnade – verwandle die Welt» – Reinhild Traitler	132
Zeichen der Zeit: «Deus caritas» oder Die Phantom-schmerzen des Papstes – Willy Spieler	138
Kolumne: Paradiese wie «Ave Maria» – Lotta Suter	142
Nachgefragt: «Hinschauen darf nicht strafbar sein» – Anni Lanz	144
Bücher: Islam oder Wenn Gottesfurcht zur Unmenschlichkeit wird – Al Imfeld	146

Adressen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieser Nummer

Prof. Dr. Arnold Künzli, Chutzenstrasse 40, CH-3047 Bremgarten
Prof. Dr. Friedhelm Hengsbach, Offenbacher Landstr. 224, D-60599 Frankfurt am Main
Niels Annen, MdB, Platz der Republik 1, D-11011 Berlin
Inge Höger-Neuling, MdB, Abgeordnetenbüro, Kirchgasse 2, D-32052 Herford
Matthias Obenhaus, Bergstrasse 82, D-32108 Bad Salzuflen
Ulrich Finckh, Riemstraße 2, D-28359 Bremen
Dr. Reinhild Traitler, Voltastrasse 27, CH-8044 Zürich
Lotta Suter, PO Box 897, Hollis, NH 03049, USA
Dr. h.c. Anni Lanz, Feldbergstrasse 49, CH-4057 Basel
Al Imfeld, Konradstrasse 23, CH-8005 Zürich

Vorschau auf die nächste Ausgabe

- NW-Gespräch mit Manfred Züfle zu seinem Siebzigsten
- Susi Oser: Beglaubigte Bildungsqualität
- Willy Spieler: «Überwindung des Kapitalismus»

(Änderungen bleiben vorbehalten)

Das vorliegende Heft ist wiederum in Kooperation zwischen «Neue Wege» und «Christ und Sozialist / Christin und Sozialistin» entstanden. Den Anfang macht die Predigt, die CuS-Redakteur **Reinhard Gaede** zum altersbedingten Abschied als Pfarrer seiner Kirchengemeinde gehalten hat. Seite 101

Arnold Künzli begründet seine These von der zwangsläufigen Selbstzerstörung des kapitalistischen Wirtschaftssystems – bedingt durch einen Wachstumszwang, der seinerseits auf die Zins- und Shareholderwirtschaft zurückzuführen ist. Seite 104

Dass Solidarität mit einem rechtsverbindlichen Ausgleich ungleicher Risiken und Interessen zu tun hat, zeigt der Sozialethiker **Friedhelm Hengsbach** mit seiner Analyse der sozialpolitischen Entwicklung – und Erosion – in Deutschland. Seite 111

Von **Niels Annen**, dem ehemaligen Vorsitzenden der Jusos und neuen Mitglied im Deutschen Bundestag, wollten wir wissen, wie er die Gestaltungsmöglichkeiten der Parlamentarischen Linken innerhalb der SPD einschätzt. Seite 121

Neu im Bundestag ist auch **Inge Höger-Neuling** von der Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WASG), die sich gegen die neoliberale Wirtschaftspolitik und den Abbau sozialer Leistungen stemmt. Als Mitglied der Fraktion DIE LINKE äußert sich Inge Höger mit einem Plädoyer zugunsten arbeitsloser Jugendlicher. Seite 124

Ulrich Finckh, der sich jahrzehntelang für das Grundrecht der Kriegsdienstverweigerer eingesetzt hat, zeigt, wie wenig dieses Grundrecht in der deutschen Nachkriegsgeschichte anerkannt wurde. Trotz Fortschritten gilt bis heute: Recht ist, was den Waffen nützt. Seite 127

Was bedeutet es, dass der Ökumenische Rat der Kirchen seine 9. Vollversammlung in Porto Alegre, der Stadt des Weltsozialforums, durchgeführt hat? **Reinhild Traitler** berichtet. Seite 132

Warum die erste Enzyklika Benedikts XVI. den dringend notwendigen Gerechtigkeitsdiskurs verfehlt, zeigt das «**Zeichen der Zeit**». Seite 138

Von einer Musterstadt des reaktionären US-Katholizismus und anderen «Paradiesen» schreibt **Lotta Suter** in ihrer Kolumne. Seite 142

Mit einem «Nachgefragt» wollten wir von **Anni Lanz** wissen, warum sie als Menschenrechtsbeobachterin wegen «Diensterschwerung» gebüsst wurde. Seite 144

Neue Einblicke in weiterführende Literatur zum Thema Islam/Islamismus verdanken wir **Al Imfeld**. Seite 146

Willy Spieler und Reinhard Gaede

Ein Weinberg-Besitzer stellt Arbeiter ein. Nachdem er den üblichen Lohn mit ihnen vereinbart hat, schickt er sie in seinen Weinberg. Viele Arbeiter will er einstellen. Deshalb sucht er den ganzen Tag über: Morgens um 6 Uhr, dann um 9 Uhr, wieder um 12 Uhr zur Mittagszeit, noch einmal um 3 Uhr nachmittags. Sogar noch um 5 Uhr nachmittags wirbt er bei Arbeitslosen, sie möchten noch in der letzten Stunde dabei sein. So weit hören wir gerne zu. Aber jetzt wird die Geschichte ärgerlich. Da läuft doch alles anders, als wir's gedacht hätten. Bei der Entlohnung kommen die Kurzarbeiter zuerst dran. Und dann die Überraschung: Für eine Arbeitsstunde bekommen sie den vollen Tageslohn. Und die Vollzeitbeschäftigten kommen zuletzt dran. Und dann die Enttäuschung: Ihr Lohn ist genauso hoch. Das ist doch eine Umkehr aller Ordnung! Kein Wunder, dass jetzt diese Arbeiter murren. Die Geschichte wird ärgerlich, die Hauptperson wird unsympathisch.

Haben die Murrenden nicht Recht? Wir leben doch alle nach diesem Gesetz: Eine Arbeit ist ihren Lohn wert, und Leistung und Lohn stehen im Verhältnis. Das Preis-Leistungs-Verhältnis soll stimmen. Das ganze Leben ist so. Nur kurze Zeit genießt das Kleinkind die bedingungslose Liebe der Eltern. Aber bald bekommt es zu spüren, dass es Bedingungen gibt und Leistungen erwartet werden. Was die Eltern in ihrer Erziehung beginnen, setzen Lehrer/innen in der Schule fort. Noten zeigen den Leistungsstand an. Den Zensuren und später den Tarifvereinbarungen entfliehen wir ab dann nicht mehr. Leistungsanreize und Kontrolle der Leistung wechseln. Das eherne Lohngesetz gilt. Manchen wird es sogar noch als Widmung über dem Sarg mitgegeben: Nur Arbeit war dein Leben, jetzt als rühmender Nachruf.

Trotz alledem wissen wir aber auch, dass Leben nicht nur Arbeit ist, nicht nur Arbeit sein darf. Auch Geschenke gibt's im Leben. Freilich nicht immer lö-

Reinhard Gaede

Die Arbeiter im Weinberg oder Die Umkehr aller Ordnung

sen sie Freude aus. Eugen Roth bemerkt dazu: «Ein Mensch, der was geschenkt kriegt, denke, / nichts zahlt man teurer als Geschenke.» Ja, das Leistungs-Lohn-Denken ist oft zwanghaft. Jede Leistung erfordert eine Gegenleistung. Wenn das stimmt, wird's schwierig mit Geschenken. Vielen fällt es schwer, sich einmal helfen zu lassen. Wie anders verhalten sich aber Kinder. Passende Geschenke bewirken bei ihnen echte Freude. Deshalb können wir Erwachsene von Kindern viel lernen. Sie erinnern uns daran: Das Leben beginnt in Geborgenheit, mit Erfahrungen von Liebe, Fürsorge und Hilfe der Eltern. Das Lächeln der Kinder kann uns erinnern an unverdienten Lebensreichtum. Dass unsere Ehe gelingt, dass wir geliebt werden, dass wir Menschen haben, die uns verstehen, gute Freundinnen und Freunde, oder dass wir Treue erfahren – dies alles lässt sich nicht verrechnen, wir können es uns nicht selbst besorgen. Es wird uns geschenkt. So leben wir im Zwiespalt: Nach Leistung und Lohn verlangen wir – Geschenke und unverdiente Geborgenheit durch Liebe, Fürsorge und Hilfe erfahren wir.

Wenn wir diesen Zwiespalt aller Lebenspraxis zugeben, ist der Ausgang der Geschichte für uns zunächst beschämend. Zuerst sind wir ganz von selbst auf die Seite der Murrenden geraten. Aber nun

beginnt der Arbeitgeber zu reden. Zu Anfang entlarvt er die wahren Gedanken der Empörer. In Wirklichkeit sorgen sie sich nicht um Gerechtigkeit. Sie rufen nicht: Keinem darf es schlecht gehen, und alle müssen genug zum Leben haben. Nein, neidisch sind sie und denken: Keiner darf mehr Glück haben als wir. Neidische kreisen nur um sich selbst, sehen nur eigene Verdienste und Ansprüche, fragen nicht nach den Bedürfnissen anderer. Aber wenn nur Leistung und Verdienst gelten sollen, wo bleiben dann die Hilflosen, die so genannten Versager, Unfähigen, die im Leistungsrennen Abgehängten, die durch Schuld anderer Geschädigten, die Schwachen, Alten, Kranken? Muss man nicht für sie sorgen?

Weil die Murrenden die Beschenkten beneidet haben, haben sie auch den Arbeitgeber verkannt und beleidigt. Er ist nicht der Kontrolleur mit kalt prüfendem Blick, der den Stellenbewerber mustert und dann durch ein Wort über das Schicksal eines Menschen entscheidet: tauglich oder unbrauchbar. Er rechnet anders als all die Führer des Entsetzens. Der gütige Arbeitsherr sortiert nicht nach Leistung. Er gibt jedem und jeder eine Chance. Er möchte Arbeit geben, von der man leben kann. Leben und Zukunft bietet er sogar noch in der letzten Stunde vor Toresschluss an.

Nun muss der gütige Arbeitsherr sich gegen den Protest der Neidischen verteidigen. Ein Ende im Streit, ein böses Ende? Eigentlich nicht. Deshalb nicht, weil sich der gütige Arbeitsherr den Murrenden zuwendet. «Mein Freund», sagt er zu ihrem Sprecher, «ich tue dir nicht unrecht.» Das klingt wissend, unendlich gütig. Und dann das Argument. Kann er nicht großzügig mit seinem Vermögen umgehen? Dies Argument macht stumm. Er hat doch Handlungsfreiheit. Macht und Recht hat er. Und zweitens: Nicht um Recht allein geht es, sondern um sein Recht zur Güte. Dafür wirbt er jetzt, indem er den Blick auf die Bedürftigen lenkt. Eine erstaunliche Methode,

mit Gegnern umzugehen! Eine neue Perspektive für die Arbeitswelt. Jetzt geht es nicht um den sicheren Standort, nicht um Wettbewerbsfähigkeit, nicht um Sanierung des Betriebs, sondern um die Perspektive: Was ist möglich, damit möglichst viele beschäftigt werden und Arbeitslose auch eine Chance bekommen und die im Wettbewerb Abgehängten dazu kommen dürfen?

Aber wer kann sich schon solche Güte leisten? So fragen viele resigniert. Ist dies nicht alles Theorie, die nicht in die Praxis unserer Welt passt? Ja, die Geschichte wäre tatsächlich bloße Theorie und ein Wunschtraum, wenn nicht einer nach den Worten des gütigen Arbeitsherrn gelebt hätte. Der Erzähler selbst. Jesus von Nazareth. Sein Leben war Güte. Seine verstehende Liebe wollte alle Menschen ansprechen. Er ging zu den Armen und Reichen, zu den kleinen Leuten und zu den Mächtigen. Aber das machte ihn traurig und zornig, dass manche sich selbst von der Hilfe ausschlossen, die er allen anbieten wollte. Er feierte fröhlich mit den Armen und Verachteten, den Menschen am Rande der Gesellschaft. Aber er musste erleben, dass viele von ihm abrückten, ihm vorwarfen, er habe sich in schlechte Gesellschaft begeben. Ihnen, den Pharisäern, erzählt er diese Geschichte.

Die Gemeinde hat sie bewahrt. Sie wusste schon früh: Die Versuchung zur Überheblichkeit steckt in uns allen. Und das Recht der Güte Gottes muss immer wieder erklärt werden. «Das Himmelreich gleicht einem Hausherrn, der früh am Morgen ausging, um Arbeiter für seinen Weinberg einzustellen.» Deshalb also erzählt Jesus die Geschichte, deshalb lebte Jesus selbst nach dem Recht der Güte, weil Gott seine Herrschaft durch Güte aufrichten will, die heißt «Himmelreich» oder «Reich Gottes». Gottes Wirken gleicht dem Handeln des gütigen Arbeitsherrn. Gott ruft und wirbt um Menschen, will Arbeit, Leben und Zukunft geben, noch bis zur letzten Stunde

der Lebens- und Weltzeit. Mit seinem Handeln will er in die Ordnungen der Welt eingreifen. Alle Maßstäbe kehrt er um und setzt zeichenhaft das neue Recht. Das Recht der Gnade und Güte. Die Welt kennt es nicht und sehnt sich doch zugleich unbewusst danach. Gerufen wird sie zur Umkehr, zur Heimkehr in das Reich der Güte und Liebe, in das Reich Gottes.

Wer das Gleichnis von den Arbeitern im Weinberg hört, wird an sein, an ihr eigenes Leben denken. Sind wir gestern noch dort vorbeigekommen? Nähern wir uns über Umwege oder gehen wir direkt hinein? Martin Luther riet: «Bleibe auf der Mittelstraße! ... Verzweiflung und Vermessenheit müssen hinweg... Selbst wenn du gleich Abraham, David, Petrus oder Paulus wärst, sollst du dich nicht einmal über die letzte Prostituierte erheben. Selbst wenn du auch Pilatus, Herodes, Sodom oder Gomorrha wärst, brauchst du doch nicht geringer zu sein als irgendein Heiliger.» Gottes gütiger Ruf schickt uns heim jenseits von aller Überheblichkeit, jenseits von aller Verzweiflung.

Wir gehen nicht allein auf dieser Mittelstraße. Sprechen wir zum Schluss von einem der Mitwanderer, diesmal von einem Pfarrer. Der Rolle des Pfarrers hat der englische Dichter Bruce Marshall ein Denkmal gesetzt. Als Motto nahm er die Worte des Evangeliums: «Ruf nun die Arbeiter und zahle ihnen ihren Lohn, vom letzten bis zum ersten». «To every man a penny», hieß sein Roman 1952, in der deutschen Ausgabe: «Keiner kommt zu kurz. Oder der Stundenlohn Gottes». Da ist Abbé Gaston, «ein kleiner rundlicher Mann», ein Pfarrer in Paris. Gegenüber seiner Kirche liegt ein Modesalon. «Die Gefahren der Mode» sind ein beliebtes Predigtthema seiner Zeit. Je kürzer die Röcke, desto länger die Gesichter der Frommen. Trotzdem weiß der Pastor, dass man Gott selbst im Modesalon dienen kann. Als eins der jungen Mädchen in die Prostitution

abrutscht, ist der Pastor bei ihr, sorgt für ihr Kind, und in ihrer letzten Stunde tröstet er sie mit Wort und Sakrament. Eine Liebe, die versteht und hilft; es war die Unbarmherzigkeit der Leute, die das Mädchen ins Elend getrieben hatte.

Der Pastor hat auch einen Freund, einen Kommunisten. Er ist mit ihm nicht einer Meinung. Er selbst liest lieber den Figaro, eine staatserhaltende Zeitung, und nicht L'Humanité, dieses aufrührerische Blatt. Aber als der Kommunist verfolgt wird, versteckt er ihn vor seinen Feinden. Eine verstehende Liebe, die den andern in seinem Sinn für Gerechtigkeit anerkennt und schützt. Der Pastor ist ein Patriot. Aber als er einmal sieht, wie ein deutscher Soldat von Aufständischen in Paris gehetzt wird, versteckt er auch ihn. Eine verstehende Liebe, die im Feind den Mitmenschen erkennt. So kann doch immer wieder demonstriert werden, dass Gottes Güte ohne Grenzen ist und Christinnen und Christen deshalb auch Grenzen überschreiten.

Als der Pastor alt wird, überdenkt er sein Leben. Vielleicht ist unsere Lebenszeit ähnlich einem Streifen Raum, der aus der Ewigkeit herab rollt und wieder zurück rollt. Und nun glaubt er die Antwort zu kennen auf die Frage des Petrus: Welchen Lohn bekommen wir denn, wenn wir alles zurücklassen und dem Herrn Jesus nachfolgen? Bevor Jesus erzählte, hatte Petrus noch diese Frage gehabt. Nun glaubt der Pastor etwas zu verstehen von dem Geheimnis des Tageslohns Gottes. Ein Silberstück für jeden. Sicher, die Arbeit war mühsam gewesen. Aber er war doch die ganze Zeit glücklich dabei.

Die Mittelstraße hat nämlich ein Ziel, sagt Martin Luther. Man sieht beim Gehen geradewegs auf die Güte des Hausvaters, auf den «König der Barmherzigkeit».

(Predigt über Mt. 20,1-16 am 23. Sonntag nach Trinitatis, 30. Oktober 2005, zum Abschied von der Evangelisch-Lutherischen Kirchengemeinde Laar, Herford)

«Wachstum, Wachstum über alles ...»

Wenn etwas sein Ziel und die Energie, die es auf dieses hin vorantreibt, in sich hat, nennt man das seit Aristoteles eine Entelechie. Gemeint ist damit eine innere Bestimmung zur Erreichung dieses Zieles. Aber wie, wenn diese innere Bestimmung, um mit Ernst Bloch zu sprechen, nicht auf ein Alles hintreibt, sondern auf ein Nichts? Wenn die entelechische Bestimmung eine Selbstzerstörung wäre? Die – gewiss für manche Ohren abenteuerlich klingende – These dieses Aufsatzes ist, dass das kapitalistische Wirtschaftssystem entelechisch auf seine Selbstzerstörung hin angelegt ist: Es vollendet sich in seinem Untergang. Es ist nur eine Frage der Zeit, wann dieser sich ereignet. Freilich kann es noch lange dauern, bis es so weit ist.

A.K.

Selbstzerstörung des kapitalistischen Wirtschaftssystems

Die *entelechische Energie*, die den Kapitalismus zur Selbstzerstörung treibt, ist der *Wachstumswang*. Das kapitalistische Wirtschaftssystem «funktioniert» nur – darin sind sich Freunde und Gegner dieses Systems einig –, wenn die Wirtschaft permanent und unbegrenzt wächst. Die freie kapitalistische Marktwirtschaft ist so frei gar nicht, sie steht unter dem Druck eines unerbittlichen Wachstumswangs.

Ein unbegrenztes Wachstum jedoch ist unter irdischen Bedingungen unmöglich. In seiner Schrift «Zum ewigen Frieden» hat Immanuel Kant bei der Erörterung seiner Idee eines «Weltbürgerrechts» auf die Kugelgestalt *unserer Erde* hingewiesen, die es den Menschen verunmögliche, «sich ins Unendliche (zu) zerstreuen», weshalb sie «endlich sich doch nebeneinander dulden müssen». Die an die Kugelgestalt der Erde gebundene Menschheit kann also nicht unendlich wachsen. Wären die Menschen unsterblich und hätten sie nicht rechtzeitig ein striktes Gebärverbot erlassen, wäre die Erde in kürzester Zeit überbevölkert und die Menschheit ginge wegen Platz- und Ressourcenmangels zugrunde. Ein Ausweichen auf einen anderen Planeten wäre allein schon wegen der für Menschen unerträglichen kosmischen Umweltbedingungen undenkbar.

An diese Wachstumsgrenze hält sich auch die *Natur*: Die Bäume wachsen bekanntlich nicht in den Himmel, und auf dem Weg ins Erdinnere verunmöglicht bald einmal die dort herrschende Gluthitze jedes Leben. Auch in der Natur herrscht überdies das Gesetz von Geburt und Tod. Auch die Natur ist gezwungen, sich an die durch die Kugelgestalt der Erde gebotenen Wachstumsgrenzen zu halten. Alles spricht also gegen die Möglichkeit eines unbegrenzten Wachstums, dieser Gedanke ist eine die «condition terrestre», damit auch die «condition humaine» missachtende Absurdität.

Das aber bedeutet, dass ein Wirtschaftssystem, dessen Funktionsfähigkeit von einem unbegrenzten Wachstum abhängt, eine Absurdität und entelechisch langfristig auf eine Selbstzerstörung angelegt ist. *Karl Marx* scheint das ähnlich gesehen zu haben, als er vor hundertfünfzig Jahren, die *Globalisierung des Kapitalismus* prophezeiend, schrieb: «Die Universalität, nach der es (das Kapital) unaufhaltsam hintreibt, findet Schranken an seiner eignen Natur, die auf einer gewissen Stufe seiner Entwicklung es selbst als die grösste Schranke dieser Tendenz werden erkennen lassen und daher zu seiner Aufhebung durch es selbst hintreiben.»²

Der Zins als Wachstums(zwangs)-ursache

Doch was ist das konkret, was da unbegrenzt wachsen soll, ja muss, in unserem kapitalistischen Wirtschaftssystem? Die Antwort der Ökonomen lautet unisono: das Bruttosozialprodukt, das heisst das reale Sozialprodukt pro Kopf. *Hans Christoph Binswanger* schreibt: «Wirtschaftliches Wachstum haben wir im Grunde seit Beginn der Menschheit; aber über Zehntausende von Jahren ging es so langsam vor sich, dass es als solches kaum in Erscheinung trat. Erst die technische und monetäre Revolution des 18. Jahrhunderts und die darauf aufbauende industrielle Revolution des 19. und 20. Jahrhunderts hat es in einer Weise beschleunigt, dass es als dominierendes Phänomen hervortritt.»³

Aber wieso spricht man heute von einem Wachstums-Zwang? Wer oder was übt diesen Zwang aus, und wieso handelt es sich überhaupt um einen Zwang? Die Antwort lautet: *der Zins*. Es ist wie eine Milchmädchenrechnung: Will ich ein Unternehmen aufbauen, brauche ich dazu Geld, viel Geld. Dieses Geld leiht mir, falls sie mich für kreditfähig erachtet, eine Bank, die ihrerseits bei einer Zentralbank Kredite aufnehmen kann. «Der (Wachstums-)Zwang ... übt

seine Wirkung aus ... in der Höhe des vereinbarten Zinses. Ein Schuldner muss eine Mehrleistung in Höhe des Zinses erwirtschaften. Dies scheint mir eine der wesentlichsten, wenn nicht überhaupt die entscheidende Ursache für die Wirtschaftsdynamik einer Geldwirtschaft zu sein. Zinsverpflichtungen auf die Vorfinanzierung... Dies ist die Wachstumsursache der Wirtschaft.»⁴ (In Aktiengesellschaften spielt auch die Dividende die Rolle eines Zinses. Deshalb sind heute «shareholder value» und Wachstumszwang so eng miteinander verknüpft.)

Nun ist die kapitalistische Wirtschaft eine *Konkurrenzwirtschaft*, sie zwingt mich, technisch à jour zu bleiben, was ständig Innovationen und damit zusätzliche Investitionen erfordert. Das dazu benötigte Geld muss ich mir entweder durch einen zusätzlichen Gewinn oder durch neue Bankkredite erarbeiten oder besorgen. Dieser Teufelskreis erfordert eine *permanente Gewinnmaximierung* durch ein permanentes Wachstum der Produktivität. Dies ist, in nuce, das Geheimnis des realen Zwangs zum irrealen unbegrenzten, permanenten Wachstum.

Die zentrale dynamische Funktion in diesem systemischen Wachstumszwang kommt also dem Zins zu. Die menschliche Veranlagung zur *Pleonexie*, zur Unersättlichkeit, zur Gier nach «immer mehr», zu *Vergils* «*auri sacra fames*», dem «heiligen Hunger nach Gold», fällt hier ausser Betracht, da diese *nicht systembedingt* ist. (Was nicht heisst, dass sie keine Rolle spielt. Sie wird aber in den Medien und in der politischen Diskussion hochgespielt, da man sich scheut, die Systemfrage zu stellen.) Auch ein spartanisch lebender Unternehmer oder Manager bleibt «geschäftlich» dem Wachstumszwang unterworfen.

Die Verurteilung des Zinsgeschäfts bei Aristoteles ...

Beim Versuch, eine Genesis des Phänomens «Zins» zu entwerfen, stellt man nun aber mit Überraschung fest, dass

in der abendländischen Kultur – und nicht nur in ihr – das Zinsgeschäft als ein Phänomen der Interaktion zwischen Menschen von allem Anfang an als etwas *moralisch zutiefst Verwerfliches* verfeindet worden ist. Der erste systematische Theoretiker der Ökonomie in unserer abendländischen Kultur war Platons Schüler *Aristoteles*. In seiner «Politik» unterscheidet dieser zwischen einer «Hausverwaltungskunst», der es um die Versorgung von Haus und Gesellschaft mit dem Lebensnotwendigen geht – heute Subsistenzwirtschaft genannt – und einer Kunst des Gelderwerbs, die auf Besitz und Reichtum aus ist (Geldwirtschaft). Und schon *Aristoteles* ist auf das Problem eines unbegrenzten Wachstums gestossen, wenn er schreibt, die Hausverwaltungskunst sammle «einen Vorrat von Gegenständen, die notwendig zum Leben und nützlich für die staatliche und häusliche Gemeinschaft sind... Das zu einem zweckentsprechenden Leben genügende Mass eines solchen Besitzes geht nicht ins Unendliche und von ihm gilt nicht, was *Solon* dichtet: «Reichtum hat keine Grenze, die greifbar den Menschen gesetzt ist», vielmehr ist hier wohl eine gesetzt...»⁵ Die Kunst des Gelderwerbs hingegen «trägt Schuld daran, dass es für Reichtum und Besitz keinerlei Grenzen zu geben scheint... Alle, die auf den Erwerb bedacht sind, suchen ihr Geld bis ins Grenzenlose zu vermehren» (von mir hervorgehoben, A.K.).

Wichtig ist dabei vor allem, dass *Aristoteles* die Hausverwaltungskunst eine «naturgemässe Erwerbsweise», die Kunst des Gelderwerbs aber «keine naturgemässe», sondern eine «künstliche» nennt. Soweit macht *Aristoteles* für das grenzenlose Wachstum die Gier des Menschen nach immer mehr verantwortlich, aber schon er hat entdeckt, dass in der Erwerbswirtschaft noch etwas anderes eine zentrale Rolle spielt, nämlich – der Zins: «Erwerbskunst wird mit Recht getadelt, weil sie nicht auf die Natur gegründet ist, sondern die Menschen

diesen Gewinn voneinander ziehen, so ist mit dem grössten Recht das Wuchergeschäft verhasst, weil dieses unmittelbar aus dem Gelde selber den Erwerb zieht und nicht aus dem, wofür das Geld doch allein erfunden ist. Denn nur zur Erleichterung des Tausches kam es auf, der Zins aber vermehrt es an sich selber... der Zins ist Geld vom Gelde. Und diese Art von Erwerbskunst ist denn hiernach die widernatürlichste von allen.» Womit *Aristoteles* nichts anderes sagt, als dass der Motor des Wachstumszwangs, dem das kapitalistische Wirtschaftssystem unterworfen ist, das Widernatürlichste der Welt ist. Die Gier hinter der Gelderwerbskunst und der Zins denunzieren in den Augen von *Aristoteles* dieses System als doppelt verwerflich.⁶

... in Bibel und Koran ...

Dasselbe postuliert die Bibel. Die *Thora* – die fünf Bücher *Moses* – fordert wiederholt kategorisch ein *Zinsverbot*: «Du sollst von Deinem Bruder nicht Zinsen nehmen, weder mit Geld noch mit Speise noch mit allem, womit man wuchern kann» (5. Mose 23,20). Im Triumphlied des *Jesaja* über die Befreiung Israels vom König von Babel heisst es: «So wirst du ein solch Lied anheben ... und sagen: Wie ist's mit dem Drängen so gar aus, und der Zins hat ein Ende!» (Jes. 14,4–5). Der Zins ist also ein Symbol eines Gewalt- und Herrschaftsverhältnisses, der illegitimen Herrschaft eines Stärkeren über einen Schwächeren.

Und in der *Bergpredigt* steht geschrieben: «Und wenn ihr leihet, von denen ihr hoffet, zu nehmen, was für Dank habt ihr davon? Denn die Sünder leihen den Sündern auch, auf dass sie Gleiches wieder nehmen. Vielmehr ... tut wohl und leihet, dass ihr nichts davon hoffet, so wird euer Lohn gross sein und ihr werdet Kinder des Allerhöchsten sein...» (Lk. 6,34–35). Umstritten ist die Deutung der Worte *Jesu* beim Einzug in Jerusalem, als die Hohepriester ihm die Frage stellten, ob es recht sei, dass man dem

Kaiser Zins gebe: «Da nun Jesus merkte ihre Schalkheit, sprach er: Ihr Heuchler, was versucht ihr mich? Weiset mir die Zinsmünze! ... Wes ist das Bild und die Überschrift? Sie sprachen zu ihm: des Kaisers. Da sprach er zu ihnen: So gebt dem Kaiser, was des Kaisers, und Gott, was Gottes ist. Da sie das hörten, verwunderten sie sich und liessen ihn und gingen davon» (Mt. 22,17–22). Pfarrer *Werner Schanz* interpretiert das in seinem Aufsatz über «Die Geldwirtschaft in der Heiligen Schrift» folgendermassen: «Das zu Geld gewordene Macht- und Hoheitssymbol des Kaisers ... gebt zurück, damit eure Hände und Herzen frei werden, Gott zu geben, was ihm gehört...»⁷ Eine Rechtfertigung des Zinses ist in diesen Worten Jesu nicht zu sehen. Auch trieb er ja die Wechsler aus dem Tempel und stiess ihre Tische um, denn «ihr könnt nicht Gott dienen und dem Mammon» (Mt. 22,17–22). Auch das Gleichnis von den anvertrauten Pfunden lässt sich nicht als eine Rechtfertigung des Zinsgeschäfts interpretieren, was eindeutig aus den Worten des Knechts hervorgeht, der mit seinem Pfund *nicht* gewuchert hatte. Dieser sagt zu seinem Herrn: «Ich fürchtete mich vor dir, denn du bist ein harter Mann, du nimmst, was du nicht hingelegt hast, und erntest, wo du nicht gesät hast» (Lk. 19,11–26). Das ist eine eindeutige Verurteilung des Zinsgeschäfts, das dadurch charakterisiert ist, dass man ohne Arbeit – «wo du nicht gesät hast» – sein Geld vermehrt, was bedeutet, dass dieses sich selbst vermehrt, auf Kosten des Kreditnehmers.

Noch schärfer verurteilt der Koran das Zinsgeschäft. In der *zweiten Sure* spricht *Mohammed* ein kategorisches Zinsverbot aus und droht dem, der es missachtet, mit Höllenstrafen: «Diejenigen, die Zins nehmen ..., werden (dereinst) nicht anders dastehen als wie einer, der vom Satan erfasst und geschlagen ist... Dies (wird ihre Strafe) dafür (sein), dass sie sagen: «Kaufgeschäft und Zinsleihe sind ein und dasselbe». Aber Gott hat

(nun einmal) das Kaufgeschäft erlaubt und die Zinsleihe verboten... Diejenigen aber, die es (künftig) wieder tun, werden Insassen des Höllenfeuers sein und (ewig) darin weilen... Ihr Gläubigen! Fürchtet Gott! Und lasst künftig das Zinsnehmen bleiben... Wenn ihr (es) nicht tut, dann sei euch Krieg angesagt von Gott und seinen Gesandten.»⁸

Das Zinsverbot ist also ein *kategorischer Imperativ* der biblischen und «koranischen» Sozialethik. Gott verurteilt das Zinsgeschäft. Die Religionsgründer und die Verfasser der religiösen Ur-Kunden scheinen das Zinsverbot als etwas so Selbstverständliches empfunden zu ha-



Karikatur: Vahan Shirvanyan/www.cartoonstock.com

ben, dass sie sich nicht einmal die Mühe nahmen, es ausführlich zu begründen. Es erschien als evident, dass man nicht ernten darf, wo man nicht gesät – gearbeitet – hat, und dass der Mächtigere seine Macht nicht dazu missbrauchen darf, den Schwächeren via Zinsgeschäft von sich abhängig zu machen. So erscheint das Zinsverbot als eine Massnahme, ohnehin schon bestehende Macht- und Abhängigkeitsverhältnisse nicht noch zu stabilisieren. Von den Religionen aus gesehen erscheint die Macht des Kreditgebers als Bedrohung der Macht Gottes über die Seelen der Menschen durch die Macht der Besitzenden.

... und bei Karl Marx

Für Aristoteles wiederum darf das *Geld* nicht zur Bereicherung, sondern bloss als *Tauschmittel* im Dienste der Lebenserhaltung verwendet werden. (Wobei allerdings nicht übersehen werden darf, dass auch die damalige Sklavenwirtschaft eine Art Zinsgeschäft war.) *Georg Simmel* sieht das in seiner berühmten «Philosophie des Geldes» ähnlich: «Die einzelne Zinszahlung lässt zwar ... dem Pflichtigen völlige Freiheit in Bezug auf das eigene Tun, wenn er nur das erforderliche Geld erwirbt; allein die Regelmässigkeit der Abgabe zwingt dieses Tun in ein bestimmtes, ihm von einer fremden Macht aufgedrungenes Schema...»⁹

Für den *jungen Marx* wiederum, für den «Kommunismus» identisch war mit «Humanismus»¹⁰, liegt im «Kreditwesen, dessen vollständiger Ausdruck das Bankwesen ist ... eine Niederträchtigkeit», da hier «der Mensch selbst in Geld verwandelt» ist. Er spricht von einer «erniedrigenden Bitte um Kredit bei den Reichen» und zieht daraus den Schluss, dass ein solches «Gemeinwesen unter der Form der Entfremdung erscheint, weil sein Subjekt, der Mensch, ein sich selbst entfremdetes Wesen ist»¹¹. Später, im «*Kapital*», hat Marx das Zinsgeschäft als eine *Form der Sklaverei* gedeutet: «Bei den Athenern wird der Gewinn, den ein Sklavenbesitzer direkt durch industrielle Verwertung seines Sklaven oder indirekt durch Vermietung desselben an andere industrielle Verwender ... zieht, auch nur betrachtet als Zins (nebst Amortisation) des vorgeschossenen Geldkapitals.»¹² Das Zinsgeschäft verwandelt für Marx den *Menschen in eine Ware* und «entfremdet» ihn dadurch seinem Wesen als Person, wie wir heute sagen würden, als mündiger, autonomer Mensch.

Und schon Marx hat sinngemäss von einem durch die Zinsverpflichtung verursachten Wachstumszwang gesprochen: «Die Form des Zinses ist älter als die des Profits. Der Profit erscheint ... ursprünglich bestimmt durch den Zins.

Aber in der bürgerlichen Ökonomie (ist) der Zins bestimmt durch den Profit und nur Teil desselben. Der Profit also muss so gross sein, dass ein Teil sich davon als Zins abzweigen kann.»¹³ Der Kredit, durch den der Mensch nach Marx zur Ware wird, ist die «*differentia specifica* des Kapitals»¹⁴. Man könnte sagen: Die nach Marx durch das Kredit- und Zinsgeschäft bedingte *Selbstentfremdung des Menschen*, der dadurch zur Ware wird, ist ein profanes Äquivalent der sakralen Sünde. Dies würde auch erklären, wieso in älteren Schriften «Zins» oft mit «Wucher» identifiziert wird. Marx nannte den «Wucher ... die älteste der antediluvianischen Formen des Kapitals». Der Wucher sei «in seiner verbürgerlichten, dem Kapital angepassten Form selbst eine Form des Kredits...»¹⁵

Das Zinsgeschäft als Gegenreligion

Ob nun aber Wucher oder «legitimer» Zins, diesen kommt als Antriebskräften des grenzenlosen Wachstums, von dem man sich einen grenzenlosen Fortschritt, ein säkularisiertes Heil erhofft, eine *innerweltlich sakrale Bedeutung* zu. Binswanger spricht von der «Faszination des unendlich Vermehrbaren, des ewigen Fortschritts. Die Wirtschaft gewinnt damit den transzendenten, d.h. grenzüberschreitenden Charakter, den die Menschen früher in der Religion gesucht haben». Und er zitiert Goethes Faust, der ausdrücklich auf die grenzenlosen Möglichkeiten der Geldschöpfung hinweist: «Doch schaffen Geister, würdig tief zu schauen, Zum Grenzenlosen grenzenlos Vertrauen.»¹⁶ Das sagt Faust, unmittelbar nachdem Mephisto das Papiergeld erfunden und damit den Staatshaushalt des Kaisers saniert hatte.

Die *Sakralisierung des profanen Zinsgeschäfts* erscheint symbolisch auch in der quasi demiurgischen Rolle, die den Zentralbanken in diesem Geschäft heute zukommt. Diese haben es in der Hand, durch eine Zinsmanipulation den Gang der Weltwirtschaft nachhaltig zu beein-

flussen. *Stephan Schulmeister*, ein Wiener Wirtschaftsforscher, hat in der «Kursbuch»-Sondernummer «Das liebe Geld» darauf hingewiesen. Er schreibt über die deutsche Bundesbank, diese vertrete «im Sinne messianistischer Politik eine ›Heils-Lehre‹», den Monetarismus, dem es um die Bekämpfung der Inflation, der Staatsverschuldung, um eine maximale Liberalisierung und um einen Rückbau des Sozialstaates gehe. Schulmeister sieht dabei «einige Ähnlichkeiten zwischen Bundesbank und Vatikan», und er zitiert den ehemaligen deutschen Bundesbankpräsidenten *Tietmeyer*, der sich «selbst gern als ›Erzbischof vom Main‹ bezeichnet habe»¹⁷.

Geld hatte ja von allem Anfang an auch eine religiöse Qualität¹⁸, und man darf vermuten, dass sich in der Verdammung des Zinses durch die religiösen Urkunden die – nicht unberechtigte – Furcht der Religionsstifter manifestierte, die Menschen würden durch das Zinsgeschäft in eine geldbedingte Abhängigkeit voneinander gezwungen, die sie dazu verführen würde, ihre Abhängigkeit von Gott zu vergessen oder zu verdrängen: das Zinsgeschäft als Gegenreligion.

Schon Aristoteles hatte ja seine Verurteilung des Zinses mit dem Einwand begründet, Zins sei «Geld vom Gelde», also eine *magische Autokreation*. Das kann nicht mit rechten Dingen zugehen, ist doch eine «*causa sui*», eine «Selbstursache», nur als «*causa*» Gottes denkbar, wenn überhaupt. Man versteht, dass Mohammed den an einem Zinsgeschäft Beteiligten mit einer Verbannung in die Hölle drohte. Von Bethlehem her gesehen erinnert diese Autokreation des Geldes sogar an die jungfräuliche Geburt. Und dieser Zins ist die profane Rechtfertigung des Wachstums-Mythos.

Diesen Mythos umgibt die Aura einer *innerweltlichen Erlösungslehre*. Auch wird man an die biblische Geschichte vom *Turmbau zu Babel* erinnert, als die Nachkommen der Söhne Noahs untereinander sprachen: «Wohlauf, lasst uns

eine Stadt und einen Turm bauen, dessen Spitze bis an den Himmel reiche, damit wir uns einen Namen machen.» Sie hatten «einerlei Zunge und Sprache», waren also bereits globalisiert, und sie fürchteten, diese globale Einheit könnte auseinanderbrechen und sie würden «sonst zerstreut in alle Länder». Ins Heute übersetzt: Der Zwang zum Wachstum – unbegrenzt «bis an den Himmel» – dient auch der Wahrung der einerlei Zunge und Sprache, der «*pensée unique*» des Neoliberalismus.

Aber dem Herrn der Bibel passte das ganz und gar nicht, es werde ihnen durch diesen Turmbau doch «nichts mehr verwehrt werden können von allem, was sie sich vorgenommen haben zu tun» (1 Mose 11,1–9). Das im Turmbau zu Babel symbolisierte unbegrenzte Wachstum, so fürchtete der Herr, werde seine Macht über die Menschen einschränken, ja aufheben, strebten sie mit diesem doch selbst in den Himmel. So setzte denn der Herr dem Turmbau ein Ende, und die Menschen wurden wieder in alle Länder zerstreut. Die *Gegenrevolution des Herrn* ist ein Symbol für die Grenzen des Wachstums.

Das neue Opium des Volkes

Es wurde eingangs die These aufgestellt, in einem kapitalistischen Wirtschaftssystem, das nur bei grenzenlosem Wachstum funktioniert, sei entelechisch eine Selbstzerstörung angelegt, da es unter irdischen Bedingungen ein grenzenloses Wachstum nicht geben könne. Aber zum einen sind die Wachstumsgrenzen der kapitalistischen Wirtschaft noch längst nicht erreicht und Wissenschaft und Technik tun alles, sie immer weiter hinauszuschieben.

Zum andern müssen wir erst noch die Erfahrung machen, dass der quasireligiöse Glaube, das permanente Wachstum sei ein Allheilmittel zur Lösung der durch den Neoliberalismus geschaffenen bedrohlichen sozialen Verwerfungen – ganz besonders der Massenarbeitslo-

sigkeit – , ein *Irrglaube* ist. Selbst unter günstigen konjunkturellen Bedingungen erscheint eine *Vollbeschäftigung* mit der Garantie eines menschenwürdigen Einkommens heute als eine *fata morgana*. Das heisst: Wir müssen erst noch die bittere Erfahrung machen, dass ein permanentes Wachstum, so es denn wieder dazu käme, sein innerweltliches Heilsversprechen nicht wird einlösen können. Wachstumsglaube ist das neue Opium des Volkes. Aber mit Betäubungsmitteln ist ein marodes, menschenverachtendes Wirtschaftssystem nicht zu heilen. Solange dieses unter einem Wachstumszwang steht und solange man diesen Wachstumszwang umdeutet in ein Heilsversprechen, solange bleibt die entelechische Energie, die zu seiner Selbstzerstörung hintreibt, wirksam.

Nach all unseren Erfahrungen mit dem Schicksal von *Revolutionen und Revolutionsversuchen* im 20. Jahrhundert wäre es kindisch, von einem nahen Ende des zur Fratze seiner selbst entarteten Kapitalismus zu träumen. Schon Marx hatte sich mit seinem Glauben an eine nahe bevorstehende proletarische Revolution gründlich getäuscht. Gründlich geirrt hatte sich auch ein so kluger Mann wie *Joseph A. Schumpeter*, der den Kapitalismus als «schöpferische Zerstörung» charakterisierte¹⁹ und über dessen zu seiner Zeit (1950) viel diskutiertes Buch über «Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie» sogar ein *Edgar Salin* in seiner Einleitung schrieb: «Nirgendwo sonst, ausser vielleicht bei Marx selbst wird mit solcher Sicherheit das Ende des Kapitalismus als nahe bevorstehend «wissenschaftlich» erwiesen.»²⁰ Auch von der 68er «*Revolution*» des vergangenen Jahrhunderts sind nur gebrannte Kinder übrig geblieben, obgleich sie einiges nachhaltig in Bewegung gesetzt hat – , und im Lande der *Oktoberrevolution* haben die Chicago-Boys unter einem Jelzin erfolgreich einen Raubtier-Kapitalismus installiert. Im Augenblick beginnt es zwar in *Lateinamerika* wieder etwas

revolutionär zu glimmen, aber man wird gut daran tun, auch da keine Wunder zu erwarten.

Trotz alledem: Der Wachstumszwang, dem der Kapitalismus unterworfen bleibt, enthält ein reales Selbstzerstörungs-Potential. Dieses kann durch eine neue Wirtschaftskonjunktur temporär gelähmt werden, bleibt im Kern aber erhalten. Solange es in der reichen Schweiz nach einer Studie der «*Caritas*» eine Million Arme gibt, solange bleibt dieses Wirtschaftssystem in seiner Wurzel marode und menschenverachtend. Ein vernunftgeleitetes *revolutionäres Denken* ist heute aber wohl nur als *kassandrisches* sinnvoll. Und als Flaschenpost. ●

¹ Immanuel Kant, Akademie-Ausgabe VIII, S. 357f.

² Karl Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, Berlin 1953, S. 313f.

³ H. C. Binswanger, Wirtschaftliches Wachstum – Fortschritt oder Raubbau, in: Sozialisierung der Verluste? Hg. v. William Kapp u. Fritz Vilmar, München 1972, S. 41.

⁴ Fredmund Malik, in: H. C. Binswanger u. P. von Flotow (Hg.), Geld und Wachstum, Stuttgart 1994, S. 127–130.

⁵ Aristoteles, Politik, 1256–1258. Nach der Übers. v. Franz Suremühl, Rowohlt's Klassiker, 1965.

⁶ Vgl. Alfred Bürgin, Zur Soziogenese der politischen Ökonomie, Marburg 1983, S. 120ff.

⁷ In: H. C. Binswanger u. P. von Flotow, a.a.O., S. 262.

⁸ Der Koran. Übersetzung von Rudi Paret, Stuttgart 1979, 2. Sure 275–278.

⁹ Georg Simmel, Philosophie des Geldes (1900), Frankfurt a.M. 1989, S. 380.

¹⁰ Karl Marx, Ökonomisch-philosophische Manuskripte (1844), MEW Ergänzungsband, 1. Teil, S. 536.

¹¹ Karl Marx, Auszüge aus James Mills ..., a.a.O., S. 448ff.

¹² Karl Marx, Das Kapital, Bd. 2, MEW 24, S. 474f.

¹³ Karl Marx, Grundrisse..., a.a.O., S. 735.

¹⁴ A.a.O., S. 564.

¹⁵ A.a.O., S. 434.

¹⁶ H. C. Binswanger, Geld und Magie, Stuttgart 1985, S. 61f.

¹⁷ Vgl. Stephan Schulmeister, Die Bundesbank..., in: Kursbuch, H. 130, Dezember 1997.

¹⁸ Vgl. Horst Kurnitzky, Der heilige Markt, Frankfurt a.M. 1994; Jochen Hörisch, Kopf oder Zahl. Die Poesie des Geldes, Frankfurt a.M. 1996.

¹⁹ Joseph A. Schumpeter, Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, Bern 1950, S. 134ff.

²⁰ A.a.O., S. 8.

o. Solidarität als Steuerungsform des rechtsverbindlichen Ausgleichs

Die Solidarität schmelze wie der Schnee in der Frühjahrs-sonne, behaupten Kulturkritiker aller Farbschattierungen. Aber die persönliche Tugend des Mitleids, der Barmherzigkeit und Sympathie schwindet nicht. Brüchig geworden ist die *Solidarität als gesellschaftliche Steuerungsform*, die das Handeln von Individuen aufeinander abstimmt – wie in der Partnerschaft die Liebe bzw. Leidenschaft, in der Wirtschaft das Geld, in der politischen Sphäre die Macht und in der Wissenschaft die Wahrheit. Die Steuerungsform der Solidarität regelt den *rechtsverbindlichen Ausgleich* ungleicher gesellschaftlicher Risiken oder Interessen.

Die typischen Kennzeichen der Solidarität als Steuerungsform sind erstens eine *gemeinsame Grundlage*, für die es zwar objektive Anhaltspunkte gibt, die aber eine gesellschaftliche Konstruktion ist und in erster Linie gefühlt, empfunden sowie absichtlich anerkannt wird. Eine solche Grundlage können die Klasse oder das Geschlecht, die gemeinsame Abstammung, Sprache, Kultur, Religion oder ein kollektiv erlittenes Schicksal sein. Trotz der gemeinsamen Grundlage sind zweitens die *großen Lebensrisiken* etwa der Altersarmut, Krankheit und Pflegebedürftigkeit *ungleich* verteilt. Drittens werden *gegenseitige Rechte und Pflichten* für den Interessenausgleich (rechts)verbindlich festgelegt. Und viertens folgt aus der gemeinsamen Grundlage und den unterschiedlichen Risiken eine *asymmetrische Gegenseitigkeit*: Beiträge werden gemäß der Leistungsfähigkeit entrichtet, Hilfeansprüche gemäß dem akuten Bedarf.

Das Besondere der Solidarität als Steuerungsform lässt sich gut verdeutlichen, indem sie der *Marktsteuerung* gegenüber gestellt wird. Der Markt ist eine *entgrenzte, anonyme Form des Interessenausgleichs*. Auf ihm herrscht strenge Gegenseitigkeit von Leistung

Friedhelm Hengsbach

Deformation der Solidarität? – Betreiber, Komplizen, Sanierer

Der 1937 geborene Friedhelm Hengsbach ist der profilierteste katholische Sozialethiker Deutschlands seit Oswald von Nell-Breuning, dessen Nachfolge er angetreten hat: seit 1985 als Professor für Christliche Sozialwissenschaft/Wirtschafts- und Gesellschaftslehre an der Philosophisch-Theologischen Hochschule St. Georgen in Frankfurt am Main und seit 1992 als Leiter des Oswald von Nell-Breuning-Instituts für Wirtschafts- und Gesellschaftsethik. Hengsbach war einer der schärfsten Kritiker der Sozial(abbau)politik der Schröder-Regierung. Der Grossen Koalition von CDU/CSU und SPD wirft Hengsbach vor, die Reformvorhaben in Richtung demokratische Solidarität, die er durchaus wahrnimmt, nicht mit hinreichend entschlossenen Signalen durchzusetzen. Der folgende Text gibt leicht gekürzt einen Vortrag wieder, den der Autor am 26. Januar 2006 bei der Katholischen Kirchengemeinde St. Johannes Baptist in Herford gehalten hat.

Red.

und Gegenleistung – und zwar sofort oder zumindest in einer berechenbaren Periode. Das «Geheimnis» der Solidarität besteht dagegen darin, dass die weniger Schwachen für die Schwächeren, die weniger Armen für die Ärmeren und die seltener Kranken für die häufiger Kranken eintreten. Eine *solche asymmetrische Gegenseitigkeit* kennt der Markt nicht, der eine strenge Äquivalenz der getauschten Gegenstände gemäß den Signalen der individuellen Kaufkraft und des Leistungsvermögens herstellt.

1. Solidaritätsbedarf in modernen Gesellschaften

Moderne Gesellschaften sind *Risikogesellschaften*. Ulrich Beck nennt drei Risiken: das *Umweltrisiko*, die *Individualisierung gesellschaftlicher Risiken*, insofern sich die Individuen aus den Bindungen der Familie, der Klasse und des Normalarbeitsverhältnisses lösen, und das *Risiko einer entgrenzten Politik*, dass nämlich das hoheitliche Handeln im allgemeinen Interesse nicht mehr auf die Staatsorgane beschränkt bleibt, sondern auch von vor- oder außerstaatlichen, zivilgesellschaftlichen Akteuren wie Verbänden, Parteien und Verwaltungen ausgeübt wird.

Risiken sind «negativ bewertete Ereignisse, die in der Zukunft eintreten können, aber nicht eintreten müssen». Sie beeinträchtigen die Lebensaussichten von Menschen oder Menschengruppen. Diese reagieren darauf normalerweise mit einer «*Risikovorsorge*». Es gibt zwei Möglichkeiten, mit Risiken planvoll umzugehen: *Prävention* und *Schadensbegrenzung*. Entweder gelingt es, den Risikofall nicht eintreten zu lassen, oder man begrenzt dessen Schäden, nachdem er eingetreten ist. Zwei Arten von Risiken lassen sich grundsätzlich unterscheiden: Risiken, die dem Handeln von *Individuen* als ihrer unmittelbaren und direkten Ursache zugerechnet werden können. Und Risiken, die durch *gesellschaftliche Verhältnisse* bedingt oder verursacht sind.

Zu den gesellschaftlichen Risiken zählt offenkundig das *Umweltrisiko*. Ein Appell an die individuelle Verantwortung, um den Eintritt dieses Risikos dadurch zu vermeiden, dass eifrig Müll getrennt wird, öffentliche Verkehrsmittel genutzt und umweltfreundliche Produkte gekauft werden, werden dem *Charakter der Umwelt* nicht gerecht, die gemeinsam erstellt und genutzt wird, also ein *öffentliches Gut* ist. Folglich muss das Umweltrisiko in erster Linie den systemischen Steuerungsdefiziten der Wirtschaft und der Gesellschaft zugerechnet werden, nicht jedoch einem individuellem Fehlverhalten.

Krankheit und Pflegebedürftigkeit gehören ebenfalls zu den Risiken, die erheblich durch gesellschaftliche Verhältnisse bedingt oder erzeugt sind und nicht in erster Linie durch ein fahrlässiges Handeln der Individuen verursacht werden. Namhafte Magazine versuchen derzeit darüber «aufzuklären», dass denen eine ungetrübte Gesundheit bis ins hohe Alter erhalten bleibt, die sich bewusst ernähren. Deshalb raten sie zu einer gesunden Ernährung. Ein solcher Rat mag einzelnen Leserinnen und Lesern einleuchten. Doch der weitaus größere Teil der *Gesundheitsrisiken* ist *gesellschaftlich bedingt* oder verursacht. Chemiarbeiter und Schweißer sind anderen gesundheitlichen Risiken ausgesetzt als Krankenschwestern, Ärzte oder Verwaltungsbeamte. So genannte «*Volkskrankheiten*», etwa Herz-Kreislaufstörungen, Beschwerden des Bewegungs- und Stützapparats, Erkrankungen der Atemwege, Diabetes und Krebs werden raum- und zeitabhängig registriert. Die öffentliche Debatte über Lebens-, Arbeits- und Konsumstile, über Berufskrankheiten, schichten- und einkommensabhängige Krankheitsbilder, über verbreitete Volkskrankheiten sowie das Konzept von «*Public Health*» bekräftigen die Hypothese, dass Gesundheitsrisiken weithin an gesellschaftliche Verhältnisse gekoppelt sind.

Auch das *Armutrisiko* kann nicht

ausschließlich auf individuelles Versagen zurückgeführt werden. Die Hälfte der Weltbevölkerung lebt von zwei US-Dollar am Tag, ein Viertel der Weltbevölkerung verfügt täglich über nicht mehr als einen US-Dollar. In Deutschland ist ein Zehntel der Bevölkerung arm, verfügt über einen Lebensstandard, der sie von den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Gütern der Gesellschaft ausschließt. Die Ursachen der Armut sind Arbeitslosigkeit, Trennung bzw. Scheidung und die Existenz von Kindern. Kinder bilden derzeit in Deutschland die größte Gruppe unter den Armen.

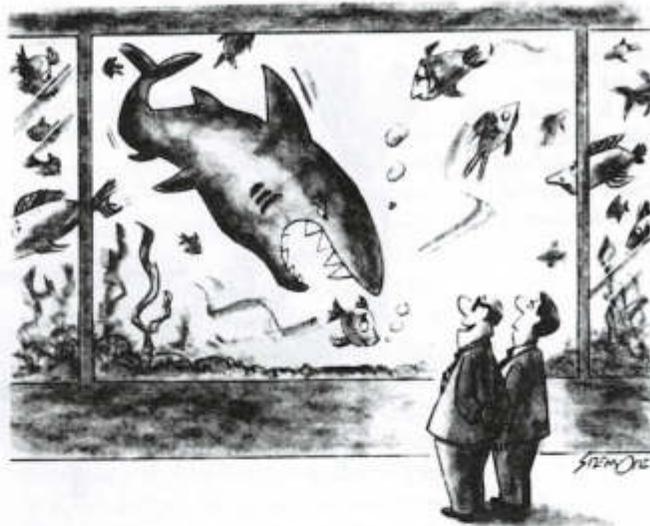
Die Zugehörigkeit zum weiblichen Geschlecht ist mit gesellschaftlichen Risiken verbunden, die den Entscheidungsspielraum in der beruflichen Ausbildung, die Beteiligung an der Erwerbsarbeit, die Höhe und die Dauer der Erwerbseinkommen sowie das Niveau der Alterssicherung beeinträchtigen. Diese Risiken können nicht einzelnen Frauen zugewiesen werden, wie beispielsweise die Schlagzeile einer Wochenzeitung unterstellt: «Mehr Ehrgeiz, Schwestern! – Warum sich Frauen in Deutschland so schwer tun, Karriere zu machen». Die Risiken, denen Frauen in modernen Gesellschaften ausgesetzt sind, hängen mit den fortwirkenden *patriarchalen und sexistischen Rollenmustern* zusammen, die den Männern die Erwerbsarbeit und den Frauen die private Betreuungsarbeit zuweisen. Die aktuelle Parteiendebatte über die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie das Lamento über die niedrige Geburtenrate laden die Bewältigung solcher gesellschaftlichen Risiken den Frauen auf, während die Männer von vergleichbaren Lasten entpflichtet bleiben.

Dass *individuelle Risiken*, deren Eintritt durch beabsichtigtes oder fahrlässiges Fehlverhalten verursacht sind, der Pflicht zur *privaten Vorsorge* zugewiesen werden, scheint angemessen zu sein. Ebenso angemessen ist eine *solidarische Absicherung gesellschaftlicher Risiken*.

Die von der Zustimmung breiter Bevölkerungsgruppen getragenen solidarischen Sicherungssysteme in Deutschland sind unter dem Druck marktradikaler, wirtschaftsliberaler Parolen während eines Vierteljahrhunderts deformiert worden.

2. Politische Deformation der Solidarität

Die beobachtete Deformation der solidarischen Sicherungssysteme ist durch *politische und gesellschaftliche Trends* verursacht. Sie wurde betrieben von wirtschaftswissenschaftlichen Experten, unternehmerischen Führungskräften und bürgerlichen Eliten. Die Parla-



mentarier der rot-grünen Koalition und der schwarz-gelben Opposition haben *Komplizendienste* geleistet.

Die Absicht, die sozialen Sicherungssysteme umzubauen, um sie zu erhalten, führte zu massiven sozialen Einschnitten und in deren tendenziellen Abbau, während das eigentliche Ziel, *zusätzliche Arbeitsplätze* zu schaffen und Wachstumsimpulse auszulösen, *unerreicht* blieb.

2.1. Bürgerliche Kampagnen

Ein 25-jähriger Feldzug gegen den Sozialstaat war darauf gerichtet, das Arbeitsrecht, die Tarifautonomie und vor allem

«Ich komme oft hierher, weil es mich daran erinnert, wieso ich Kapitalist geworden bin» (aus Cicero 9/05)

die solidarischen Sicherungssysteme zu denunzieren. Die Vorwürfe haben sich seit dem *Lambsdorff-Papier* von 1982 inhaltlich kaum verändert: Die solidarischen Systeme würden eine Mentalität der Selbstbedienung zum Nulltarif begünstigen und den Leistungsmisbrauch fördern. Um dies zu verhindern, seien Praxisgebühren und Zuzahlungen zu den Medikamenten auch für Haushalte mit geringem Einkommen zumutbar.

Seit der Jahrhundertwende haben *bürgerliche Eliten* mit finanzieller Unterstützung der Wirtschaft versucht, die Bevölkerung darüber aufzuklären, wie dringlich radikale Reformen der solidarischen Sicherungssysteme seien.

«Unser strukturierter Entwicklungsgespräch würde ich gern in zwei Bestandteile unterteilen: Druck verbal und Druck nonverbal»
(Dirk Meissner in Cicero 6/05)



So warb eine Initiative «Neue soziale Marktwirtschaft» für eine neue Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Eine Initiative «Marke Deutschland» von Werbeagenturen nahm sich vor, der Bevölkerung zu einem tatkräftigen, zupackenden und vorwärts gerichteten Selbstbild zu verhelfen. Deutschland sollte als Marke repräsentiert und veränderungswillig gemacht werden. Unter dem Namen «Konvent für Deutschland» trat eine Protestgruppe auf, die eine radikale Neuordnung der föderalen und demokratischen Ordnung anstrebte.

In einem solchen Milieu waren auch *prominente Katholiken* beheimatet, die

sich mit einem Impulspapier an die Öffentlichkeit wandten, das eine heftige Sozialstaatsschelte enthielt. Der Sozialstaat sei finanziell überfordert und bürokratisch verkrustet. Er habe die Betroffenen entmündigt, zivilgesellschaftliche Solidaritäten verdrängt und in den Familien den Willen zum Kind untergraben.

2.2. Erosion der gesellschaftlichen Grundlagen

Die gesellschaftlichen Voraussetzungen, auf denen die solidarische Absicherung gesellschaftlicher Risiken ruhte, waren erstens an eine ununterbrochene Erwerbsbiografie gebunden. Inzwischen sind neben das so genannte Normalar-

beitsverhältnis *prekäre Beschäftigungsverhältnisse mit fließenden Grenzen* getreten: Teilzeitarbeit, Leiharbeit, Scheinselbständigkeit, geringfügige Beschäftigung, Mini-Jobs, Ich-AGs, zusätzliche Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung.

Eine zweite Grundlage war die *sexistische Arbeitsteilung*. Den Männern wurde die Erwerbsarbeit zugewiesen, die Frauen waren zur unentgeltlichen Haus-, Erziehungs-, Beziehungs- und Pflegearbeit dienstverpflichtet. Zu Recht melden sie heute das Recht auf ein eigenständiges Leben, eigenes Einkommen, autonome Lebensplanung, Erwerbsbetei-

ligung und Alterssicherung an. Aus der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung lässt sich als dritte Grundlage die *Normalität eines Haushaltes* mit zwei oder mehreren Kindern folgern. Eine solche Unterstellung kann heutzutage nicht mehr aufrechterhalten werden. Neben den Haushalten mit Kindern behaupten sich Haushalte ohne Kinder als Dauerform des Zusammenlebens geschlechtsverschiedener oder gleichgeschlechtlicher Partner.

2.3. Deformation durch die Staatsorgane

Die *Agenda 2010* und die *Hartz-Gesetze* der rot-grünen Koalition unter Bundeskanzler Schröder waren eine, wenngleich halbherzig getroffene, Reaktion auf den Außendruck der wirtschaftlichen Führungskräfte, wissenschaftlichen Experten und bürgerlichen Eliten. Die *Regierung Schröder* hat einen *beispiellosen Systembruch* vollzogen, indem sie das Niveau der Absicherung von Lebensrisiken, das dem Lebensstandard entsprach, der durch eigene Erwerbsarbeit gewonnen wurde, absenkte und so die Solidarität der Gesunden mit den Kranken und der Wohlhabenden mit den Armen tendenziell aufkündigte. Die staatliche Deformation der Solidarität bestand darin, dass *gesellschaftliche Risiken tendenziell individualisiert* wurden und dass die solidarische Absicherung, die eine angemessene und rentable Reaktion auf gesellschaftliche Risiken ist, tendenziell der *privaten Vorsorge* überlassen wurde. Diese mag für Wohlhabende und exklusiv Reiche problemlos gelingen, nicht jedoch für solche Bevölkerungsgruppen, deren Einkommen weder eine angemessene Vermögensbildung noch eine private Alters- oder Gesundheitsvorsorge zulassen. Damit sind *Grundrechtsansprüche* etwa auf Arbeit, existenzsichernden Lebensunterhalt und allgemeinen Zugang zu Gesundheitsgütern tendenziell in *marktwirtschaftliche Tauschverhältnisse* überführt worden.

3. Festigung der Solidarität

Die Wählerinnen und Wähler haben sich bei der vorgezogenen *Bundestagswahl vom 22. September* nicht verwählt, wenngleich das starre Gesicht von *Angela Merkel* am Wahlabend, als die ersten Hochrechnungen zu sehen waren, und die eisigen Mienen der Wirtschaftslobbyisten im Reichstagsgebäude dies auszudrücken schienen. Das Volk, so konnte man ihnen ansehen, habe eine rätselhafte, gefährliche Wahlentscheidung getroffen und nicht begriffen, wie dringlich weitere Reformen seien. Es sei in eine unverständliche Blockadehaltung gegen unvermeidliche Zumutungen zurückgefallen.

Aber die Wählerinnen und Wähler haben sich nicht verwählt, sondern *souverän entschieden*. Sie haben sich nicht einschüchtern lassen von den Drohgärdien *Angela Merkels* und *Horst Köhlers*, dass es sich um eine Schicksalswahl handle, der ersten Nachkriegswahl vergleichbar. Sie haben die schwarz-gelbe Verschärfung eines Großexperiments auf den Arbeitsmärkten sowie eine weitere Aushöhlung von Arbeitnehmerrechten in Betrieben und Unternehmen abgewählt. Auch der Kanzler-Agenda ist die Zustimmung verweigert worden. Wirtschaftliches Wachstum dadurch herzustellen, dass man eine Abwärtsspirale derjenigen in Kauf nimmt, die bereits in einer prekären Situation leben, wurde ebenso als ungerecht empfunden wie der Versuch, gesellschaftliche Risiken, die nicht durch persönliches Verhalten verursacht sind, zu individualisieren und der privaten Vorsorge auch dort zuzuweisen, wo die Mittel dazu fehlen.

Den außerparlamentarischen Protesten, die sich gegen das Defizit an sozialer Gerechtigkeit sowie gegen die geringe Wirksamkeit arbeitsmarkt- und sozialpolitischer Einschnitte richteten, haben sie mit der politischen Formation der *Linkspartei* eine vernehmbare Stimme im Parlament verliehen. Es sieht so aus, dass im neuen Parlament das *Spek-*

trum der Bevölkerung besser abgebildet ist als vor der Wahl, insbesondere derjenigen, die in Armut und prekärem Wohlstand leben.

Inzwischen hat die *Große Koalition* das Votum der Wählerinnen und Wähler aufgearbeitet. Ist vom Koalitionsvertrag und von der Regierung der Großen Koalition eine Festigung der Solidarität zu erwarten?

3.1. Wohligen Wir-Gefühl

Ein *gefühltes Einvernehmen* hat die beiden Großparteien und die Bevölkerung ergriffen. Ein Zauber des Anfangs im gemeinsamen Regieren hat die vorherigen politischen Gegner harmonisiert. Das Parteiengozänk ist verstummt und erstickt, ein nüchtern und sachlich wirkender Regierungsstil, der unter der rot-grünen Koalition als perspektivlos etikettiert worden wäre, trifft in den Medien auf breite Zustimmung. Die Regierungsparteien begegnen einander mit Wohlwollen und Respekt. Aufflackernde Konflikte werden herunter gespielt und geschwind entschärft. Die Parteispitzen kommen sich gar menschlich näher.

Die Große Koalition behauptet sich *stärker*, als kleine Koalitionen dazu in der Lage sind, *gegen überzogene Forderungen* der Konzernleitungen und Wirtschaftsverbände. Sie kann sich offensichtlich leichter gegen zusätzliche steuerpolitische Vorleistungen immunisieren, die doch meist ohne Reaktionen geblieben sind. Damit sei jetzt Schluss, hat der Finanzminister kategorisch erklärt, während die Kanzlerin die Wirtschaft um mehr Ehrfurcht vor der Arbeit der Politiker bat. Die Verantwortlichen in der Wirtschaft haben die Botschaft offensichtlich verstanden, indem sie sich zu realen Nettoinvestitionen entschließen und ein aufgehelltes Geschäftsklima mit erzeugen.

3.2. Gerechtigkeit zum Schein

Eine *sozialdemokratisch erweckte CDU* thematisiert eine neue Gerechtigkeitsfra-

ge – und das gleich viermal als *Chancen-, Generationen-, Leistungs- und Familien-gerechtigkeit*. Die Fehler eines marktseitig liberal geführten Wahlkampfes derart offen einzugestehen, klingt mutig. In der *Mainzer Erklärung* werden Schief lagen der Verteilung von Lebenschancen sowie Armutsrisiken offen angesprochen – etwa der Ostdeutschen, der älteren oder gering qualifizierten Arbeitslosen, der Familien und der Kinder aus bildungsfernen Haushalten. Aber nicht nur der konservative Koalitionspartner registriert die wachsende Asymmetrie der Einkommens- und Vermögensverteilung. Als Beleg kann eine Bemerkung *Peer Steinbrücks* vor der Industrie- und Handelskammer in Frankfurt am Main gelten, dass man die immer stärker werdenden Fliehkräfte in der Gesellschaft ernst nehmen und eindämmen müsse.

Ist das Bemühen um den gesellschaftlichen Zusammenhalt bloß neues Wahlkampfgetöse vor Landtagswahlen oder ernst gemeint? Die tatsächliche Familienpolitik der Großen Koalition ist in erster Linie Kinder-, Bevölkerungs- und Arbeitsmarktpolitik. Um die Autonomie und Gleichstellung von Männern und Frauen geht es nur nachrangig. Die tendenzielle *Individualisierung gesellschaftlicher Risiken*, nämlich von Arbeitslosigkeit, schwerer Krankheit, Altersarmut und brüchigen Partnerschaftsbeziehungen werden von der Großen Koalition ebenso fortgesetzt wie der tendenzielle Umbau solidarischer Absicherung in private Vorsorge, der *Abbau der Solidarität* und die *Privatisierung öffentlicher Einrichtungen*. Die *Föderalismusreform* verspricht nicht gleichwertige Lebensverhältnisse in Ost- und West-, in Nord- und Süddeutschland, sondern Länderwettbewerb und regionale Spreizung des Wohlstands. Die beschlossene *Renten Kürzung*, die *Kürzung des Arbeitslosengelds II für Jugendliche unter 25 Jahren*, die *Erhöhung des Rentenbeitrags* können von Wohlhabenden verkraftet werden, kaum jedoch von jenen Bevölkerungsgruppen,

die sich bisher schon in prekären Lebenslagen befinden und auf sozialstaatliche Leistungen angewiesen sind.

Ist es verwunderlich, wenn die Große Koalition das rot-grüne Reformspektakel ohne Schröder fortsetzt? Immerhin sitzt eine der Agenda 2010- und Hartz-Parteien in der Regierung, die im Wahlkampf mehr Markt und weniger Kündigungsschutz, mehr Wettbewerb und weniger Tarifverträge, mehr Eliteförderung und längere Arbeitszeiten verlangt hat. Gleichzeitig sitzen weiterhin die Politiker in der Regierung, die davon überzeugt waren, dass durch *systemsprengende Einschnitte in das soziale Netz* zu Lasten derjenigen, die am unteren Rand des Arbeitsmarkts leben, zusätzliche Wachstums- und Beschäftigungsimpulse erzeugt werden. Sie folgen weiterhin der Fehldiagnose, dass die Arbeitsmärkte die Stellgröße einer wirtschaftlichen Belebung seien. So verschreiben sie jene Medizin, deren *Wirkungslosigkeit* mehrfach belegt ist: Kombilöhne, schnellere Vermittlung und verstärkten Druck, um Langzeitarbeitslose in Arbeitsplätze zu nötigen, die nicht vorhanden sind. Sie nehmen im Widerspruch zu Franz Münteferings «Heuschrecken-Alarm» die Funktionsdefizite der Finanzmärkte nicht ernst, statt diese politisch so zu regeln, dass sie öffentliche und private Realinvestitionen anregen und nicht ausbremsen. Die im Koalitionsvertrag propagierte Rangfolge der politischen Maßnahmen – Sanieren, Reformieren, Investieren – wird nicht umgekehrt.

3.3. Reformvorhaben I: Demokratische Solidarität

Die Große Koalition scheint jedoch ein *ernsthaftes politisches Reformprojekt* als Antwort auf die Finanzierungs-, Leistungs- und Gerechtigkeitsdefizite rein erwerbswirtschaftlicher Solidarität vorzubereiten. Da neben den herkömmlichen neue gesellschaftliche Risiken auftreten, von denen die Individuen unterschiedlich betroffen werden, und die nicht weni-

ger, sondern mehr werden, solange die gesellschaftliche Verdichtung zunimmt, ist eine Solidarität auf erweiterter Grundlage fällig – und zwar auf der Grundlage der Verfassung.

Eine «*demokratische Solidarität*» ist durch folgende Merkmale gekennzeichnet: Sie bezieht alle Personen, die im Geltungsbereich des Grundgesetzes ihren Lebensmittelpunkt haben, in die Solidargemeinschaft ein – unabhängig davon, ob sie Beamte, Angestellte, Arbeiter, Bischöfe, Abgeordnete, Richter, Soldaten, Landwirte oder Selbständige sind. *Alle Einkommen*, die im Geltungsbereich der Verfassung entstehen, sind *beitragspflichtig*. Die Grenzen der Beitragsbemessung und auch der Versicherungspflicht werden aufgehoben. Privatversicherungen sind bloße Zusatzeinrichtungen.

Mit dem Grundsatz einer demokratischen Solidarität ist es nicht vereinbar, dass sich wie bisher Wohlhabende und exklusiv Reiche der Solidaritätspflicht entziehen können. Die solidarischen Leistungen bewegen sich in einem Korridor, der *von unten her gesockelt* und *von oben her gedeckelt* ist. Die Sockelung bewirkt, dass alle im Geltungsbereich der Verfassung Lebenden, auch diejenigen, die über kein eigenes Einkommen verfügen, in die Solidargemeinschaft einbezogen sind. Die Deckelung bietet den Wohlhabenden und exklusiv Reichen die Möglichkeit, sich zusätzlich privat abzusichern, wenn die Standardleistungen ihren Ansprüchen nicht gerecht werden.

Innerhalb der Koalition ist noch kontrovers, ob die gesellschaftlichen Lebensrisiken getrennt von den Einkommensrisiken oder mit ihnen verbunden geregelt werden sollen. In dem Konzept der *Bürgerversicherung* wird die Solidarität beispielsweise der gesundheitlich Starken mit den gesundheitlich Schwachen und die Solidarität der Wohlhabenden mit den Armen in einem einzigen System geregelt.

In dem von der CDU/CSU ursprüng-

lich favorisierten *Konzept der Gesundheitsprämie* wird die Solidarität der gesundheitlich Starken mit den gesundheitlich Schwachen in einem kollektiven Versicherungssystem und die Solidarität der Wohlhabenden mit den Armen durch das Steuersystem geregelt. Gegen dieses System sprechen zwei Tatsachen: Erstens sind bestimmte Krankheitsbilder mit der Einkommenslage und der gesellschaftlichen Stellung streng korreliert. Und zweitens ist das deutsche System der Einkommensteuer inzwischen ziemlich deformiert. Es ist vom Grundsatz der Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit abgewichen und hat die oberen Einkommen tendenziell entlastet, während die mittleren und unteren Einkommen die Hauptsteuerlast, die sich aus direkten und indirekten Steuern zusammensetzt, zu tragen haben.

3.4. Reformvorhaben II: Geschlechterdemokratie

Ein zweites Reformvorhaben der Großen Koalition, das auf dem Weg ist, wird noch vom Vorspiel in einer Nebenaena aufgehalten. Es zielt im Kern auf die *Gleichstellung und Autonomie der Lebenschancen von Frauen und Männern*.

In der öffentlichen Debatte wird dafür geworben, dass die Frauen vollzeiterwerbstätig werden. Zumindest sind die Unternehmen daran interessiert, dass *kostbares Arbeitsvermögen* nicht verschlissen wird. Gleichzeitig wird dafür geworben, dass die Frauen und vor allem die akademischen Frauen Kinder bekommen. «Deutschland braucht mehr Kinder – ohne Kinder hat Deutschland keine Zukunft». Der Koalitionsvertrag der großen Parteien quillt über von beschwörenden Bekenntnissen zum Wohl der Familien und Kinder.

Beruf und Familie, *Vollerwerbsarbeit und Kindererziehung* sollen *vereinbar* gemacht werden – allerdings wohl nur für die Frauen. Folglich beabsichtigt der Staat, den Frauen einen Teil der Erzie-

hungslast und Erziehungsaufgabe abzunehmen und mehr Einrichtungen der Kinderbetreuung bereit zu stellen. Denn ein solches Angebot ist unzureichend: Nur für 9% der Kinder unter drei Jahren ist ein Angebot derzeit überhaupt vorhanden. Für Kinder zwischen drei und sechs Jahren ist ein vierstündiges Angebot garantiert. Und für die Kinder zwischen sechs und vierzehn Jahren können nur 3% der Schülerinnen und Schüler ein solches Angebot in Anspruch nehmen, für nur 5% von ihnen stehen Ganztagschulen zur Verfügung.

Ist das Anliegen der *Geschlechtergerechtigkeit* in der Diskussion um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, von Erwerbsarbeit und Kindererziehung verstummt? Wird noch über die Frage der Gleichstellung und Autonomie von Männern und Frauen in einer demokratischen Gesellschaft debattiert? Und außerdem: Wo bleibt eine kritische Analyse, die aufdeckt, wodurch die Gleichstellung und Autonomie von Männern und Frauen verhindert wird? Eine solche Analyse sollte die *Richtung der Finanzströme* prüfen und die mentalen Widersprüche aufdecken.

Wenn jährlich 60 Mrd. für die Familienförderung ausgegeben werden, dann besteht etwa die Hälfte davon, nämlich das Erziehungs- und Kindergeld, in einer Prämie für den Berufsausstieg der Mütter, ein Drittel davon, nämlich das Ehegattensplitting, ist eine Prämie für den Trauschein. Statt der nun beschlossenen 1,5 Mrd. wären 12 Mrd. erforderlich, um eine angemessene Kinderbetreuung zu gewährleisten.

Die tiefer sitzenden *mental*en *Widersprüche* lassen sich vermutlich nicht direkt und nicht allein durch finanzielle Anreize aufheben. Beispielsweise wird wiederholt darauf hingewiesen, dass 40% der akademisch ausgebildeten Paare Kinderwünsche angeben, aber nur 6% diese realisieren. Auf Grund zeitnaher Untersuchungen wird behauptet, dass sich diese Wünsche inzwischen tendenziell

der Realität angenähert hätten. Obwohl 80% der Männer sich mehr Zeit für die Familie und die Kinder wünschen, nehmen nur 5% der erwerbstätigen Männer die Erziehungszeit in Anspruch. 84% der Frauen geben an, berufstätig sein zu wollen, trotzdem wechseln die meisten von ihnen mit der Geburt des ersten Kindes radikal ihren Daseinszustand.

Die mentalen Widersprüche von Frauen und insbesondere von Männern legen die Forderung nahe, dass Familienförderung und Geschlechterdemokratie in erster Linie Männerpolitik sein sollte. Dieselbe Schlussfolgerung wird durch ein verändertes Verständnis der gesellschaftlich notwendigen oder nützlichen Arbeitsformen nahe gelegt. Eine Reform der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit ist nur dann wirksam, wenn drei gesellschaftliche Arbeitsformen, nämlich die *herkömmliche Erwerbsarbeit*, die *private Betreuungsarbeit* und das *civilgesellschaftliche Engagement* fair auf die beiden Geschlechter verteilt werden. Das bedeutet, dass die berechnete *Ausweitung der Erwerbstätigkeit von Frauen* von einer *radikalen Verkürzung der Erwerbsarbeit der Männer* begleitet sein sollte. Diese sollten gesetzlich und durch finanzielle Anreize dazu gedrängt werden, mehr Verantwortung für den ihnen zukommenden Anteil an der privaten Betreuungsarbeit zu übernehmen und darin einen Gewinn an Lebensqualität zu entdecken.

3.5. Reformvorhaben III: Höhere Wertschöpfung

Eine solidarische Absicherung gesellschaftlicher Risiken auf demokratischer Grundlage und mehr Geschlechtergerechtigkeit sind bei gegebener Wertschöpfung nur durch eine *Umverteilung* der Einkommen und Vermögen und erhebliche Verteilungskonflikte möglich. Dazu müssten jedoch die bestehenden Machtverhältnisse vom Kopf auf die Füße gestellt werden. Der alternative, sanfte Weg wäre eine höhere wirtschaft-

liche Wertschöpfung und deren Neuverteilung.

Eine *zusätzliche wirtschaftliche Wertschöpfung* und *mehr Erwerbsarbeit* sind aus zwei Gründen erstrebenswert. Erstens lebt die Mehrheit der deutschen Bevölkerung nicht über, sondern unter ihren Verhältnissen. Es existieren *unzählige vitale Bedürfnisse*, die nicht befriedigt sind. Erwa der Wunsch nach einem eigenständigen Leben, die eigenen Vorstellungen des guten und schönen Lebens zu realisieren – in Bezug auf das Einkommen, die Wohnung, die Alterssicherung und die Souveränität der Lebensgestaltung.

Wie steht es um den Wunsch, in



gelingenden Partnerschaften, auch mit Kindern zu leben? Können bereits alle souverän über ihre Zeit verfügen, wie viel davon sie der Erwerbsarbeit widmen, und wie viel davon der Privatsphäre reserviert bleiben soll. Es wäre schon viel gewonnen, wenn Männer und Frauen ihre *Wahlarbeitszeit* realisieren könnten. Dann bräuchte nicht so verbissen über die Alternative von individueller Flexibilisierung und kollektiver Verkürzung der Arbeitszeit gestritten werden.

Neben den privaten, nicht befriedigten vitalen Bedürfnissen gibt es eine Menge

«Die Börse schliesst heute früher, damit die Geldmanager noch etwas Zeit kriegen, um an ihren Profiten zu riechen» (Harley Schwadron, www.cartoonstock.com)

unerledigter öffentlicher Güter, öffentlicher Aufgaben. Derzeit verfallen öffentliche Einrichtungen, weil angeblich die Finanzmittel fehlen, sie zu unterhalten. Bibliotheken, Schwimmbäder, Straßen, die Infrastruktur der Kanalisation verrotten. Kinderfreundliche Städte bleiben ein Wunschtraum von Architekten und Stadtplanern. Wie geht die Gesellschaft mit ihrer kostbarsten Ressource, dem menschlichen Arbeitsvermögen, um? Wird es veredelt, kultiviert oder verschleudert? Man hat ausgerechnet, dass durch die *Massenarbeitslosigkeit* auf eine Wertschöpfung im Volumen von 200–250 Mrd. verzichtet wird.

Zweitens wird die wirtschaftliche Wertschöpfung durch Erwerbsarbeit für alle diejenigen, die arbeiten wollen und können, der Schlüssel *gesellschaftlicher Anerkennung, persönlicher Identität und wirtschaftlichen Wohlstands* bleiben. Dennoch ist davon auszugehen, dass in der reifen Industriegesellschaft Deutschlands die Industrie, die Exportwirtschaft und die Konzerne *keine Vollbeschäftigung mehr* herstellen. Denn die technikbedingten *Produktivitätsschübe* in der Landwirtschaft und in der Industrie gestatten eine fortwährende Freisetzung von Arbeitskräften, ohne dass die Menge der angebotenen Güter sinkt. So mussten vor 150 Jahren neun Bauern arbeiten, um einen Nichtbauern mit zu ernähren. Heutzutage kann ein Bauer 88 Nichtbauern mit ernähren. In Wolfsburg wird der Golf in 32 Stunden, der Polo in 16 Stunden und der Lupo in 8 Stunden hergestellt. Ähnlich sinkt mit jedem neuen Automodell, das in Rüsselsheim im Abstand von drei bis vier Jahren gebaut wird, die erforderliche Zahl der Beschäftigten um etwa ein Drittel.

Die Chancen für zusätzliche Wertschöpfung und mehr Erwerbsarbeit liegen jenseits der Industrie-, Export- und Konzernwirtschaft. Als erstes bietet sich ein ehrgeiziger *ökologischer Umbau der Wirtschaft* an, insbesondere der herkömmlichen Verkehrssysteme und

der Systeme der Energiegewinnung. Beispielsweise sollten das Privatauto mit einem großräumigen Schienennetz insbesondere für den Güterverkehr kombiniert werden, Unternehmen und Verbraucher auf die Nutzung erneuerbarer Energien umgerüstet, eine biologische Landwirtschaft gefördert sowie eine Chemiewirtschaft in geschlossenen Kreisläufen installiert werden. Ein solcher Umbau würde sowohl die globale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft stärken als auch zusätzliche Beschäftigung im Inland erzeugen.

Reife Industrieländer stehen an einer ähnlichen Wendemarke, wie vor 150 Jahren die Agrarwirtschaften die Schwelle zur Industriegesellschaft überschritten haben. Viele reden von einem längst fälligen Schritt in die *Dienstleistungsgesellschaft*, meinen jedoch fast ausschließlich den *tertiären Sektor*, der Banken und Versicherungen, Bahn und Post sowie hochwertige Industriegüter einschließt, die in Dienste des Design und Marketing «verpackt» sind. Manche denken auch an die Ausweitung einfacher Dienste im Haushalt oder im Unternehmen – wie Eintüten an der Kasse, Schuhe putzen am Bahnhof, Rasen mähen im Park, Hemden bügeln in der Privatwohnung, Bewachen einer Villa, Auto waschen oder Einkaufen.

Wenn der französische Ökonom *Daniel Cohen* davon spricht, dass die Zukunft der Arbeit in der Arbeit am Menschen liege, meint er *personen-nahe Dienste* in den Sektoren der Gesundheit, Bildung, Freizeit und Kultur. Personennahe Dienstleistungen haben unverwechselbare Merkmale: Sie sind nicht speicherfähig wie ein Auto in der Garage oder ein Kühlschrank im Lager. Sie setzen voraus, dass diejenigen, die sie in Anspruch nehmen, und diejenigen, die sie anbieten, zum gleichen Zeitpunkt kooperieren; wenn die Schülerinnen und Patienten nicht mitmachen, läuft die Anstrengung des Lehrers oder der Ärztin ins Leere. Ihr Wert kann nicht

nach dem Maßstab der in der Industrie bewährten Produktivität gemessen werden. Die Leistung eines Arztes oder einer Rechtsanwältin wird ja auch nicht nach deren Arbeitsergebnis pro Zeiteinheit beurteilt. So ist die Wertschöpfung einer personennahen Dienstleistung von der *Kaufkraft* derer, die sie nachfragen, und vom *Arbeitsvermögen* derer, die sie anbieten, oder von einem gesellschaftlich festgestellten Bedarf abhängig.

Personennahe Dienstleistungen setzen *hochrangige Kompetenzen* voraus, die erst noch ausgebildet werden müssen. Während in der industriellen Konsumgesellschaft die Kompetenzen des «Wiegens, Zählens, Messens» gefragt waren, werden in der kulturellen Dienstleistungsgesellschaft die Kompetenzen des Helfens, Heilens, Beratens und Spielens wichtiger. Personennahe Dienste sind überwiegend den «*Vertrauensgütern*» zuzuordnen. Trotz der erwähnten Gegenseitigkeit besteht zwischen denen, die sie anbieten, und denen, die sie in Anspruch nehmen, ein ungleiches Verhältnis der Kompetenz. Da die Nachfragenden die Qualität personennaher Dienste, die sich über einen längeren Zeitraum erstreckt, nicht ganz und sofort durchschauen können, sind sie darauf angewiesen, denen zu vertrauen, die diese Dienste anbieten. Sie brauchen außerdem eine Verhandlungsposition, die sie der Marktmacht der Anbieter beispielsweise von Gesundheits- und Bildungsgütern nicht ausliefert. So gibt es bereits gute ökonomische Gründe dafür, diese Güter öffentlich bereitzustellen.

Darüber hinaus gilt der Zugang zu *Bildungs- und Gesundheitsgütern* als verfassungsfestes *Grundrecht*. Was medizinisch notwendig ist, sowie eine Grundbildung, die reale Chancengleichheit verbürgt, sollten jeder Bürgerin und jedem Bürger unabhängig von ihrer Kaufkraft zugänglich sein. Deshalb ist der Staat berechtigt, einen Teil des Volkseinkommens zu beanspruchen und die Wirtschaftssubjekte nach ihrer Leistungsfähigkeit zu besteu-

ern, um jene Ausgaben zu finanzieren, die für die Bereitstellung personennaher Dienste wie der Bildungs-, Gesundheits- und Kulturgüter notwendig sind.

Wird die Große Koalition jene drei Reformvorhaben anpacken und die zusätzliche Wertschöpfung, die gesellschaftlich notwendige Arbeit auch jenseits der Erwerbsarbeit in den Blick nehmen und die solidarische Sicherung sanieren? Darauf deuten *erste Schritte einer wirtschaftspolitischen Umsteuerung* hin: das Investitionsprogramm, das die Nachfrage nach den Leistungen kleiner und mittlerer Unternehmen im Inland beleben soll, eine expansive Finanzaussage der Kanzlerin auf dem EU-Gipfel, um die Konfliktlage zwischen kleinen und großen Mitgliedsländern zu entschärfen, sowie die steuerliche Entlastung von Haushalten mit Kindern und die Bereitstellung öffentlicher Betreuungseinrichtungen. Solche politischen Maßnahmen werden von einer rechtfertigenden Bemerkung des Finanzministers begleitet, dass man sich aus den Haushaltsdefiziten nicht heraus sparen könne.

Dennoch sind diese Schritte *keine hinreichend entschlossenen Signale*. Denn das jährliche Volumen des öffentlichen Investitionsprogramms übertrifft nicht den Betrag, den das Unternehmen adidas aufbringt, um die Firma Reebok zu übernehmen. Kann ein solcher Mangel durch den Zauber des Anfangs wettgemacht werden? •

Das Strucksche Gesetz

Zu den Spielräumen der Parlamentarischen Linken

Der Autor dieses Artikels Niels Annen, 32, ist stellvertretender Sprecher der Parlamentarischen Linken im Deutschen Bundestag, seit 2005 direkt gewählter Bundestagsabgeordneter aus Hamburg-Eimsbüttel und seit 2003 Mitglied im Parteivorstand der SPD. Von 2001 bis 2004 war er Bundesvorsitzender der Jusos. Er ist überzeugt, dass die Grosse Koalition die Debattenkultur nicht beeinträchtigt, sondern mehr Freiräume für echte Diskussionen – auch und vor allem in der SPD-Fraktion – geschaffen hat. Darin sieht der junge Parlamentarier auch Chancen, um im Sinne der Parlamentarischen Linken aktiv zu werden. Annen beruft sich auf das nach dem Fraktionsvorsitzenden Peter Struck benannte «Gesetz», dass keine Vorlage das Parlament so verlässt, wie sie eingebracht wurde.

Die Parlamentarische Linke ist der Zusammenschluss derjenigen Bundestagsabgeordneten, die sich im weitesten Sinne der Parteilinken zugehörig fühlen. Programmatisch steht die Parlamentarische Linke heute wohl eher im Zentrum der Partei. So hat sie den Agenda-Kurs von Bundeskanzler Gerhard Schröder zwar heftig kritisiert, ihn aber am Ende doch, wie das heißt, «kritisch begleitet». Die Parlamentarische Linke tritt für eine Demokratisierung der EU und eine stärkere Betonung des sozialen Europa ein.

Red.

Freiräume innerhalb der Grossen Koalition

Die für uns alle noch sehr ungewohnte *Große Koalition* hat die ersten 100 Tage absolviert. Außer kleineren Verstimmungen und Querschüssen, insbesondere aus den Reihen der Union, scheint das rot-schwarze Bündnis zu funktionieren. Die ganz großen Themen sind allerdings bislang auch nicht einmal annähernd gestreift worden, und so herrscht noch Harmonie vor.

Die Wählerinnen und Wähler danken es mit unglaublichen *Zustimmungsraten* zur Koalition und – zum Dilemma der Sozialdemokratie: der Kanzlerin und ihrer Union. Eine wesentliche Kritik an einer Großen Koalition im Vorfeld ist gänzlich verschwunden: das Argument, die Große Koalition schade dem Parlamentarismus, weil sie die Debatten, wenn überhaupt, aus dem Bundestag in die Bundesregierung trage. Zudem ersticke eine solche Koalition durch ihre übergroße Mehrheit strittige Diskussionen und den demokratischen Austausch im Parlament.

Die bisherige Entwicklung zeigt das Gegenteil. Die *Debatten* im Plenum des *Deutschen Bundestages* sind kontrovers, spannend, pointiert und doch von gegenseitigem Respekt getragen. Gerade die komfortable Mehrheit des rot-schwarzen Bündnisses erlaubt auch endlich wieder einen größeren Freiraum für echte Diskussionen und Politikentwicklung innerhalb der Fraktion(en). In Zeiten knapper Mehrheiten, war dieser doch stark eingeschränkt, wie der Rückblick auf sieben Jahre Rot-Grün zeigt.

Das bedeutet jedoch nicht, dass in der Großen Koalition alles eitel Sonnenschein wäre und es keinerlei Gefahren gäbe. An den bisherigen Entscheidungen des rot-schwarzen Bündnisses möchte ich die *Chancen*, aber auch *Risiken* parlamentarischen Handelns aufzeigen:

Die Entscheidungen des Kabinetts zur *Rentenreform* und zum *Arbeitslosengeld II* kamen für viele Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten überraschend,

sind jedoch durch den *Koalitionsvertrag* vorgegeben. Sowohl die Anhebung des Renteneinstiegsalters auf 67 Jahre als auch die Angleichung des Arbeitslosengeldes II in West- und Ostdeutschland, verbunden mit einer Kürzung bei den unter 25-Jährigen, um einen vorhandenen Missbrauch einzudämmen, sind dort klar vereinbart. Nichtsdestotrotz wurde die Entscheidung zur Ausgestaltung und Umsetzung wohl im eher kleinen Kreis getroffen. Im Nachhinein mag dies sogar von Vorteil gewesen sein, zeigt jedoch deutlich die Gefahren auf. Das Gegrummel in Partei und Fraktion war ja dann auch nicht zu überhören.

Im Falle der steuerlichen Absetzbarkeit von Kosten für die *Kinderbetreuung* ist es gelungen, durch Impulse aus der Fraktion heraus eine echte Verbesserung im sozialdemokratischen Sinne zu erreichen. Dieses Beispiel zeigt die Möglichkeiten parlamentarischen Handelns innerhalb der neuen Koalition auf. Die Bedeutung der Fraktion als entscheidender Faktor im sich gerade austarierenden Machtgefüge des Regierungsbündnisses ist gestiegen.

Mehr als nur eine Verhinderungslinke

Für die *Parlamentarische Linke* ist das eine Chance, die mit großer Verantwortung verbunden ist. Denn letztlich wird es an ihr liegen, die *Eigenständigkeit der Sozialdemokratie* und ihr Profil im Regierungshandeln hervorzuheben und gleichzeitig diese Koalition im Rahmen des Möglichen zu einem Erfolg zu machen. Denn wir wollen beides: den Erfolg dieser Regierung, um am Ende der Legislaturperiode wieder ohne die Union regieren zu können.

Will die *Parlamentarische Linke* den *Gestaltungsspielraum* der Fraktion voll ausschöpfen, so wird es nicht reichen, nur korrigierend einzugreifen und nach altem Habitus die Verhinderungslinien zu spielen. Auch wird es nicht genügen, das Regierungshandeln von links lediglich kommentierend zu begleiten – frei

nach dem Motto: Wenn wir dürften, wie wir wollten.

Die *Parlamentarische Linke* kann als Teil der SPD-Bundestagsfraktion wichtiger Impulsgeber und Motor für sozialdemokratische Politik innerhalb der neuen Regierungskonstellation werden. In bestimmten Situationen wird die Linke nach wie vor *korrigierend eingreifen* müssen, um Schaden abzuwenden. Zwei Themenbereiche möchte ich hier skizzieren, um zu verdeutlichen, wie solch ein Arbeitsansatz aussehen kann: Zum einen ist dies das Feld der Gesundheitsreform und zum anderen ist es das der Föderalismusreform.

Bei der *Föderalismusreform* kommt es in der Tat darauf an, korrigierend einzugreifen. Bei der größten Grundgesetzänderung seit 1949 geht es schließlich um die Frage, wie unsere Republik hinkünftig organisiert sein soll. Aus sozialdemokratischer Sicht gibt es die Notwendigkeit zu dieser Reform. Nur wollen wir eine Stärkung des kooperativen Föderalismus und keinen Wettbewerbsföderalismus. Hier gibt es bei der jetzt ausgehandelten Gesetzesvorlage ein großes Problem: Im Bereich der *Bildungsfinanzierung* soll dem Bund verboten werden, unterstützend einzugreifen. Das heißt, der Bund dürfte zwar Schulen in Tsunami-Gebieten wieder aufbauen, aber im eigenen Land keinen Cent zur Bildungsförderung beisteuern. Auch ein Förderprogramm für Ganztagesbetreuung von Kindern wäre nicht mehr möglich. Und bei der Hochschulfinanzierung werden die sowieso schon starken Bundesländer Bayern und Baden-Württemberg bevorzugt. Das ist absurd und bedarf einer Korrektur.

Verbindet die Linke ihre Kritik mit dem ursprünglichen Ziel der Föderalismusreform, der Entflechtung von Kompetenzen und gerechterer Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern einerseits und zwischen den Ländern andererseits, so wäre sie nicht nur Korrektiv, sondern auch Motor innerhalb

Fortsetzung auf Seite 126



Niels Annen

«Aus Wut kann Widerstand werden»

Ausgangspunkt dieses CuS-Gesprächs mit Inge Höger-Neuling, der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der Linken im Bundestag, ist die von der Bundesregierung angekündigte Senkung des Arbeitslosengeldes II bei jungen Erwachsenen. Das ALG II ist auch unter dem Namen Hartz IV bekannt. Es regelt die Beiträge der Bundesagentur für Arbeit an Langzeiterwerbslose, die über ein Jahr ohne Beschäftigung sind. Das ALG II hat zum 1. Januar 2005 sowohl die Sozialhilfe als auch die Arbeitslosenhilfe abgelöst. Beide wurden auf das sog. Existenzminimum heruntergefahren. Das ALG II arbeitet mit pauschalisierten Bedarfsmessungen, die nach Einschätzung Hunderttausender Betroffener, sämtlicher Wohlfahrtsverbände und der Fraktion DIE LINKE absolut unzureichend sind, um ein menschenwürdiges Leben der Betroffenen zu gewährleisten. Es verlangt von Erwerbslosen 10 Bewerbungen pro Monat – eine Zumutung angesichts des geschätzten Mangels an sieben Millionen Vollzeitarbeitsplätzen – und die Annahme jeder von der Agentur angebotenen Arbeit, wenn sie dazu physisch und psychisch in der Lage sind. Um mehr «zumutbare Arbeit» zu schaffen, sind seit 2005 auch so genannte Ein-Euro-Jobs entstanden, die zum Teil von freien Trägern, zum Teil von öffentlichen Arbeitgebern eingerichtet worden sind. Sie werden mit einer Mehraufwandsentschädigung in Höhe von einem Euro pro Stunde vergolten und sollen nur Tätigkeiten betreffen, die keine bestehenden Arbeitsverhältnisse verdrängen.

Inge Höger-Neuling ist Diplom-Betriebswirtin und vertritt den Wahlkreis 134 Herford-Bad Oeynhausen. Das Interview für CuS führte Matthias Obenhaus, Redaktionsleiter und Medienfachmann.

Red.

Bundesregierung kürzt Arbeitslosengeld für junge Erwachsene und behandelt sie wie Kinder

Matthias Obenhaus: Frau Höger, die Ankündigung der Bundesregierung zur Absenkung von ALG II bei jungen Erwachsenen, verbunden mit einer Genehmigungspflicht bei Auszug aus der elterlichen Wohnung, dürfte Sie und Ihre Fraktion auch überrascht haben.

Inge Höger: Überraschend war nur der Zeitpunkt, nämlich kurz vor der großen Anhörung zum Thema Hartz-IV am 24. Februar im Bundestag, wo man sich über bessere Strategien im Sozial- und Arbeitsmarktbereich hätte austauschen können. Daran haben CDU und SPD offenbar kein Interesse. Sie preschen ohne Rücksichtnahme auf die Meinungen von Kommunen, Verbänden und Trägern der freien Wohlfahrtspflege vor und versuchen, im Schnellverfahren Fakten zu schaffen.

MO: Dass angesichts drastisch gestiegener Unterkunftskosten der «Exodus» zahlreicher junger ALG-II-Empfängerinnen der Großen Koalition ein «Dorn im Auge» ist, war indes schon länger bekannt.

IH: Wir haben nie einen Zweifel daran gelassen, dass wir die Hartz-Gesetzgebung als völlig verfehlt ansehen, zudem ist sie auch handwerklich schlecht umgesetzt. Was aber gar nicht geht, ist, junge Erwachsene quasi wieder als Kinder einzustufen und ihnen durch den Entzug der Unterkunftskosten ihre persönliche Lebensplanung vorzuschreiben.

MO: Die vorgesehenen Maßnahmen dürften aber doch einer sehr überschaubaren Personengruppe gelten.

IH: Keineswegs. Was derzeit vergessen wird, ist, dass auch die Eltern von diesen Maßnahmen betroffen wären. Eine Re-Integration bereits ausgezogener Kinder in die elterliche Bedarfsgemeinschaft könnte massive Probleme zur Folge haben. Die zwangsweise Bindung junger

Erwachsener an das Elternhaus kann zu erheblichen Spannungen führen, die an keinem der Beteiligten vorbeigehen.

MO: *Kann man denn Jugendliche durch Kürzungen beim Lebensunterhalt und durch die Verweigerung von Unterkunftskosten überhaupt zwingen, zuhause wohnen zu bleiben?*

IH: Ich habe selber einen Sohn in diesem Alter. Wenn der sich entschließen würde – aus was für Gründen auch immer – von zuhause auszuziehen, würde er sich durch eine solche Gesetzgebung davon nicht abhalten lassen. Aber damit wären wir beim Kern eines viel tiefer liegenden Problems. Wir sind geradewegs dabei, uns unsere *Problembereiche* der kommenden Jahrzehnte analog zu Frankreich und den USA selber zu schaffen. Billigquartiere, gefüllt mit jungen Menschen, die meinen, ohnehin keine Perspektive mehr in dieser Gesellschaft zu haben, zudem total unterfinanziert und nur mit dem Allernötigsten versorgt, werden zu sozialen Brennpunkten werden ...

MO: ... *Ist das nicht nun doch ein etwas an den Haaren herbeigezogenes Horror-szenario ...*

IH: ... das schon in vielen westeuropäischen Großstädten Wirklichkeit geworden ist. Aber noch einmal grundsätzlich: Zurzeit «verhättselt» unser Staat noch die Generation der 30- bis 50-Jährigen, und das nicht einmal besonders gut, wenn ich etwa an unser Gesundheitssystem denke. Wer in diese Altersgruppe gelangen will, hat es zunächst mit einem – laut Pisa – ziemlich *miserablen Schulsystem* und anschließend mit nicht ausreichenden Ausbildungsplätzen zu tun. Um an einer Universität zu studieren, muss man es sich demnächst leisten können.

Bereits auf diesem Weg fallen zahlreiche junge Menschen aus dem Raster, zuvorderst die aus sozial benachteiligten Familien und den Migrant/innengruppen. Und wer nach dem 50. Lebensjahr von

Industrie und Wirtschaft ausgemustert wird, unterliegt nach einem Jahr einer stetig verschärften ALG-II-Gesetzgebung – bis zur Zwangspensionierung. Da bis dahin aber weder etwas übrig geblieben ist, geschweige denn eine Altersversorgung weiter aufgebaut werden konnte, ist der nächste Schritt die *Altersarmut*, also wieder die «Grundsicherung».

Ende des sozialen Friedens in Deutschland?

MO: *Demnach werden Jüngere und Ältere gleichermaßen die Leidtragenden sein?*

IH: Die Zahl derer, die es – aus welchen Gründen auch immer – in die «produktive Phase» nicht mehr hineinschaffen oder die gar nicht erst «gebraucht» werden, wird ebenso stetig ansteigen wie die Zahl derer, die nicht mehr benötigt werden, sei es aufgrund von Produktivitätssteigerungen, Rationalisierungen oder Lohnkostendumping. Die «Entsorgung» – denn von «Versorgung» kann man kaum noch sprechen – überlassen Industrie und Wirtschaft der *Allgemeinheit*, also dem Staat. Und hier schließt sich der Kreis: Der Staat entzieht sich bewusst mehr und mehr dieser zunehmend schwierigeren Aufgabe und überlässt die Menschen sich selber – mit unübersehbaren sozialen und gesellschaftspolitischen Folgen.

MO: *Womit wir wieder bei den von Ihnen eben skizzierten Szenarien wären.*

IH: Ich halte eine solche Art, zumeist aus reiner Gewinnmaximierung heraus vorzugehen, auch für die Wirtschaft für fatal, um nicht zu sagen für dumm. Das *soziale Klima* in Deutschland hat sich in den vergangenen Jahren *massiv verschlechtert*. Damit entfallen aber nach und nach eine ganze Reihe so genannter «weicher Standortbedingungen», die manch ein Unternehmen auch heute noch bewegen, sich in Deutschland anzusiedeln oder hier zu bleiben. Schauen Sie doch einmal nach Frankreich oder in die USA, wo manche Gegenden nach



Inge Höger-Neuling

Einbruch der Dunkelheit gemieden werden müssen. Wo Wohnungen mit einem halben Dutzend Schlösser gesichert werden, wo Privatschulen notwendig sind, weil die öffentlichen Schulen zu unsicher oder uneffektiv geworden sind. Wer nur die reinen Profitinteressen im Auge hat, darf sich nicht wundern, wenn diese nur recht kurzfristig realisierbar sind und zunehmend geschmälert werden durch einen Verlust der «weichen Standortbedingungen» oder eben des sozialen Friedens.

MO: Heißt «Verlust des sozialen Friedens» auch zunehmende Radikalisierung?

IH: Aus Wut kann Widerstand werden, und der formiert sich derzeit auch im außerparlamentarischen Bereich. Unsere Aufgabe als Linksfraktion liegt darin, die außerparlamentarischen Proteste zu unterstützen und ihnen eine Stimme im Parlament zu geben. Wir wollen eine derart fatale soziale Schiefelage in unserer Gesellschaft gar nicht erst aufkommen lassen.

Baustelle Berlin
(Bild: Vera Rüttimann).



Fortsetzung von Seite
123

der Großen Koalition. Erste Anzeichen aus der SPD-Fraktionsspitze und auch aus den Reihen der Union scheinen dies zu bestätigen.

Die Linke kann bei der anstehenden *Gesundheitsreform* nicht nur Impulsgeberin sein. Da sich die Konzepte von Union und Sozialdemokratie diametral gegenüberstehen, wird es nötig sein, die Debatte mit neuen Ideen zu bereichern und gleichzeitig zu verdeutlichen, dass eine Kopfpauschale mit der Sozialdemokratie nicht zu machen ist. Bei einer geschickten Rollenverteilung zwischen der SPD-Fraktionsspitze, den sozialdemokratischen Regierungmitgliedern und der Parlamentarischen Linken könnte es auch endlich einmal gelingen, die Union

stärker unter Druck zu setzen. Bislang waren es nämlich die Unionsfraktionen, die durch polyphones Singen ständig versuchten, vom Koalitionsvertrag abzuweichen und die SPD gehörig unter Druck zu setzen.

So gesehen, könnte die Parteilinke in Fraktion und Partei nicht nur Handlungsspielraum gewinnen, sondern zu einer echten Antriebsfeder einer erfolgreichen und solidarischen Politik in Deutschland werden.

Im Übrigen gilt nicht nur für diese Koalition das Strucksche Gesetz: *Keine Gesetzesvorlage kommt so aus dem Parlament, wie sie eingebracht wurde.* Daraus ergibt sich der Handlungsspielraum.

Verräterischer Geburtstag mit erschreckender Vorgeschichte

Am 12. November hat die Bundeswehr ihr 50-jähriges Bestehen gefeiert. Der Tag der Gründung war 1955 gewählt worden, um an den Geburtstag des preußischen Heeresreformers Generalfeldmarschall *von Scharnhorst* zu erinnern. Der Tag ist verräterisch, denn die preußischen Reformen dienten der Befreiung von der französischen Herrschaft. Die reformierte Armee hat sich bewährt – aber nur im Befreiungskampf, nicht etwa als Weg zur Demokratie. 1848/49 hat sie im so genannten badischen Feldzug die *demokratischen Anfänge unterdrückt*, die in Südwestdeutschland so hoffnungsvoll begonnen hatten. Von Scharnhorst hatte der Armee die Wehrpflicht und das Leistungsprinzip gebracht, das die alten Adelsvorrechte ablöste, aber die gleichzeitigen demokratischen Versprechungen wurden nicht eingelöst. Die Armee blieb bis zum Ende des Ersten Weltkriegs am Parlament vorbei allein dem *Monarchen* unterstellt.

Fragt man nach *Kriegsdienstverweigerern* in dieser Zeit, so ist zu sagen, dass selbst die den *Menmoniten* gewährten Privilegien – Schutz vor Aushebungen, erkauf mit höheren Steuern – 1868 aufgekündigt wurden. Erst nach langen Verhandlungen gab die preußische Regierung nach, verlangte nur noch Dienst bei den *Sanitätssoldaten*, doch auch die mussten «zur Ehre des Königs» eine Waffe, ein Seitengewehr, tragen. Tausende sind damals ausgewandert, um ihrem Glauben und Gewissen treu zu bleiben. Von der Religionsfreiheit, die in der demokratischen Freiheitsbewegung ab 1847 gefordert worden war, konnte sowieso keine Rede sein, weder für die Jüdinnen und Juden noch für die Friedenskirchen.

Im Ersten Weltkrieg wurden Kriegsdienstverweigerer für verrückt erklärt und in psychiatrische Behandlung geschickt mit dem Ziel, sie für die Front fit zu machen. In der *Weimarer Republik*

Ulrich Finckh

Kriegsdienstverweigerung nach 50 Jahren Bundeswehr

Am 12. November 2005 hat die Bundeswehr ihr 50-jähriges Bestehen abgefeiert. Dabei blieb unerwähnt, dass es eine bis heute steigende Zahl von über 3 Mio. registrierter Kriegsdienstverweigerer (KDV) gibt, was vielfacher Heeresdivisionsstärke gleichkommt. Trotz dieser Zahl ist die Kriegsdienstverweigerung in der BRD von der Politik – Grüne und Linke ausgenommen – nie öffentlich anerkannt, geschweige denn als Bekenntnis zu Frieden und persönlichem Gewaltverzicht offiziell gewürdigt worden. Das blieb wesentlich kirchlichen Institutionen überlassen. Allenfalls durch die sozial-karitative «Zwangsdienstleistung» als Zivis erfuhren die Verweigerer bis heute eine gewisse staatlich geförderte wie mediale Anerkennung und oft natürlich den dankbaren Zuspruch der in Krankenhäusern und Pflegeheimen Betreuten und Versorgten. Der folgende Beitrag von Ulrich Finckh, dem langjährigen Vorsitzenden der Zentralstelle für Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerer und Pastor i.R., erinnert im zeitgeschichtlichen Zusammenhang an wichtige Stationen des Umgangs mit dem Recht der KDV, der Allgemeinen Wehrpflicht und der Zivildienstpraxis. Wir veröffentlichen mit freundlicher Genehmigung des Autors das Manuskript eines Vortrags, den er vor einer örtlichen Abrüstungsinitiative im November 2005 in Bremen gehalten hat. Red.

gab es keine Wehrpflicht, aber schon vor 1933 wurden *Pazifisten diskriminiert*.

Die Regierung der *nationalen Front* unter Hitler war dann für Kriegsdienstverweigerer eine *Katastrophe*. Bekannte Pazifisten kamen in KZs. Viele, die die rechtsradikale Regierung richtig einschätzten, emigrierten. Ihnen wurde zum Teil die deutsche Staatsangehörigkeit entzogen. Die ersten Listen von Ausgebürgerten betrafen vor allem Pazifisten. Ihre Bücher wurden verfemt und als undeutsch verbrannt. Wie sehr gerade der Pazifismus als Feind gesehen wurde, sieht man daran, dass die Bücher des Pazifisten *Heinrich Mann* verbrannt wurden, nicht die seines Bruders Thomas, obwohl der mit einer nach Nazi-Begriffen jüdischen Frau verheiratet war. Die deutsche Gesellschaft wurde zunehmend dem militärischen Prinzip von *Befehl und Gehorsam* unter dem »Führer« unterworfen und in meistens braune Uniformen gesteckt.

Als Hitler die Wehrpflicht wieder einführte – sie ist bekanntlich das Lieblingsmodell einer Armee bei Monarchen und Diktatoren – wurde sofort vorgesehen, Kriegsdienstverweigerer hart zu bestrafen. Im Frieden kamen sie in KZs, im Krieg wurden sie *zum Tode verurteilt*. Zwar kann man zynisch sagen, dass sie damit immerhin ernst genommen und nicht mehr für verrückt erklärt wurden. Aber die harte Repression hat viele abgeschreckt. Einige, vor allem die damals so genannten ernstesten Bibelforscher, wurden Märtyrer, wenige wagten Widerstand gegen den verbrecherischen Krieg.

Skandalöses Prüfungsverfahren für ein Grundrecht

Diese schreckliche Vorgeschichte war Anlass, das *Grundgesetz* nicht nur rechtsstaatlich, sozialstaatlich und bundesstaatlich, sondern betont auch *friedensstaatlich* auszurichten. So wurden schon die Vorbereitung eines Angriffskrieges verboten, internationales Recht und Schiedsgerichtsbarkeit akzeptiert sowie das *Recht der Kriegsdienstverweigerung*

als Teil und Ausfluss der Gewissensfreiheit in Art. 4, Absatz 3 garantiert. Das Nähere sollte ein Bundesgesetz regeln.

Im Zuge der *Wiederaufrüstung* wurde das Grundgesetz geändert, die Wehrpflicht erlaubt und für die Verweigerer kam nicht etwa ein Gesetz zur Kriegsdienstverweigerung, sondern nur ein kleiner Abschnitt im Wehrpflichtgesetz. In ihm wurde bestimmt, dass aus dem Grundrecht eine *Vergünstigung* wurde, die lediglich auf Antrag nach *staatlicher Überprüfung* gewährt wird. Die Prüfungsverfahren wurden Ausschüssen und Kammern der *Wehrverwaltung* übertragen. Den Vorsitz führten Angestellte oder Beamte, die von der Wehrverwaltung angestellt, bezahlt, weitergebildet und befördert wurden. Sie hatten die Verhandlungen vorzubereiten und zu leiten. Die Geschichte der von ihnen zu verantwortenden Prüfungsverfahren ist rechtlich ein einziger Skandal. Dass die höchstrichterliche Rechtsprechung schließlich entschied, das Vorbringen der Verweigerer sei *wohlwollend* zu prüfen, verrät alles. Wohlwollen ist die Kategorie im Strafverfahren, wenn ein Anwalt für seinen Mandanten nichts Entlastendes vorbringen kann und dann an das Wohlwollen des Gerichtes appelliert.

Als nach dem Aufbau der Bundeswehrkader mit Generälen, Offizieren und Unteroffizieren aus Hitlers Wehrmacht sowie ersten Freiwilligen ab Mitte 1961 viele Einberufungen begannen, sollten auch die Kriegsdienstverweigerer durch einen *Ersatzdienst* belastet werden. Dieser zivile Ersatzdienst wurde festgelegt auf eine erste Dienstzeit, die der Dauer des Grundwehrdienstes entsprach, und eine zweite Dienstzeit, die als Ersatz für die Wehrübungen nochmals neun Monate dauern sollte, also der möglichen Höchstdauer der Wehrübungen entsprach. Da die wehrpflichtigen Soldaten nur teilweise zu Übungen herangezogen wurden und auch dann nur wenige Wochen Dienst tun mussten, war das grob ungerecht. Die Ungleichbehandlung war

so krass, dass diese zweite Dienstzeit praktisch nicht eingefordert wurde, weil das zuviel Protest gegeben hätte. Für die Grundwehrdienstleistenden gab es auf alle bezogen durchschnittlich nie auch nur zwei Wochen Wehrübungszeit.

Der Regierung Adenauer reichten die Schikanen nicht. Sie versuchte deshalb zusätzlich, Kriegsdienstverweigerer als winzige Minderheit von Sektierern und Feiglingen oder später als Staatsfeinde hinzustellen. Der Verharmlosung als unbedeutende Minderheit dienten zwei Verfahrenstricks. Einerseits wurden Kriegsdienstverweigerer nach Möglichkeit *untauglich* geschrieben. Zusätzlich wurden die Anträge nur nach der Musterung an die Prüfungsausschüsse weiter gegeben und dort behandelt, wenn die Verweigerer für eine Einberufung verfügbar waren. Registriert wurden sie also erst beim Prüfungsausschuss. Damit fielen alle Untauglichen aus der Statistik und außerdem alle, die aus anderen Gründen nicht einberufen werden sollten. Das waren alle Freiwilligen für Katastrophenschutz und Entwicklungshilfe, Feuerwehrleute und Polizisten, Theologen und andere mehr.

Diese Taktik der *manipulierten Minimierung* der Kriegsdienstverweigerung endete 1967, als die Zahlen wegen der deutschen Beteiligung am *Vietnamkrieg* (Entsendung des Lazarettschiffes Helgoland) sprunghaft anstiegen. Jetzt wurde zwar weiter so verfahren, aber die Taktik geändert. Auffällig wurde der starke Anstieg allerdings erst 1968, weil der lange Weg zwischen der Antragstellung über die Musterung und deren Rechtskraft bis zum Ausschuss natürlich statistische Verzögerungen mit sich brachte. Die Kritik am Vietnamkrieg äußerte sich in positiver Haltung Mao gegenüber und in «Ho Ho Ho Chi Min»-Rufen. Die Verweigerer galten nun als 5. Kolonne des Ostens und es hieß auf einmal: «Geht doch nach drüben!» Selbst der Wehrbeauftragte sprach in seinem Jahresbericht von «gewissen Gründen statt Gewissens-

gründen». Dank dieser *Hetze* wurden die Verfahren der Ausschüsse und Kammern, an vielen Orten auch der Gerichte, immer skandalöser.

Trotz Kampf gegen die Inquisition der Gewissen ...

Ich will jetzt nicht den langen Kampf gegen die Ungleichbehandlung der Zivis und dann gegen die Inquisition der Gewissen im Einzelnen schildern. Wichtig sind aber ein paar Etappen. Mit dem *Zivildienstgesetz von 1972* wurde nicht nur der Name geändert (vom zivilen Ersatzdienst zum Zivildienst), sondern es wurde auch ein *Beirat* eingesetzt, der *drittelparitätisch* aus Vertretern der Kriegsdienstverweigerer, der Verbände der Dienststellen und verschiedener öffentlicher Stellen (Bundesrat, Kirchen, Arbeitgeber und Gewerkschaften) zusammengesetzt wurde und den zuständigen Minister bei der Durchführung des Zivildienstes beraten sollte. Es wurde ein *Bundesamt für den Zivildienst* geschaffen und die Stelle eines *Bundesbeauftragten* gesetzlich geregelt. Die Zusatzdienstzeit war nun nur noch ein Monat je angefangener Monat tatsächlicher Wehrübungen, und das war dann nur noch ein Zusatzmonat, weil die tatsächlichen Übungszeiten, gerechnet auf den Durchschnitt aller Wehrpflichtigen, nicht mehr hergaben.

Der Kampf gegen die katastrophale *Inquisition der Gewissen* ist seitdem auch vorangekommen. Ein erster Versuch, die Prüfungen wenigstens im Frieden abzuschaffen, scheiterte 1978/79 auf eine Klage der Bundestagsfraktion der CDU/CSU und der von der Union regierten Bundesländer hin in Karlsruhe trotz drei Zusatzmonaten Zivildienst als Ersatz der Gewissensprüfung. 1984 kamen dann unter Unionsführung und dem zuständigen Minister *Heiner Geißler* ähnliche, aber *verschlechterte neue Gesetze*. Die mündliche Prüfung wurde für noch nicht Einberufene im Frieden durch ein schriftliches Verfahren ersetzt und der Zivildienst um ein Drittel verlän-

gert. Schrittweise wurden seitdem weitere Erleichterungen erreicht. Die Zusatzdienstzeit wurde erst auf drei, dann auf einen Zusatzmonat herabgesetzt, dann ganz gestrichen. Die Verfahren zur Anerkennung wurden dem Bundesamt für den Zivildienst übertragen, das nicht Militärinteressen zu vertreten hat, sondern eher an Zivildienstleistenden interessiert ist. Seitdem ist die *Anerkennung* als KDV im Frieden *kein großes Problem* mehr. Es gibt fast nur noch Rückfragen, wenn Begründungen der Anträge offensichtlich abgeschrieben oder unrichtig sind.

... noch immer Beweislast für die eigene Gewissensentscheidung

Trotzdem gibt es nach wie vor Anlass zur Kritik. Ich zähle einfach die Punkte auf:

1. Das Grundrecht unterliegt nach wie vor dem Zwang, einen *Antrag* zu stellen, der die Gewissensentscheidung darlegt und von einer staatlichen Stelle überprüft wird. Nur nach deren Genehmigung kann man sich auf das Recht berufen. Ein Grundrecht, dessen Gewährung sich die Staatsgewalt vorbehält, ist *kein Grundrecht*. Die Berufung der Bundeswehr auf die preußische Tradition war und ist keine Hilfe zur Durchsetzung von Grundrechten. Was derzeit großzügig praktiziert wird, kann im Krieg schnell umschlagen. Einen Vorgeschmack gab es bei den Piloten, die im Krieg gegen Jugoslawien verweigert haben, vielerlei Schikanen ausgesetzt waren und zum Teil bis zum Bundesverwaltungsgericht gehen mussten, um anerkannt zu werden. Einer hat es selbst da nicht erreicht, obwohl selbst Militärpfarrer sich für ihn einsetzten, ist darüber krank geworden und wurde schließlich deshalb entlassen.

2. Dass man die eigene *Gewissensentscheidung beweist*, ist unmöglich und für ein Grundrecht eine Zumutung. Ein Grundrecht hat man, bis einem das Gegenteil oder Missbrauch bewiesen wird, oder es ist kein Grundrecht. Nicht, wie das bisher geregelt ist, Verwaltungs-

recht mit dem Zwang zur eigenen Beweisführung, sondern allenfalls ein Widerlegungsrecht des Staates analog zu Strafverfahren würde dem Grundrecht entsprechen. Der Satz, dass man Kriegsdienstverweigerer ist, muss bis zum Beweis des Gegenteils gelten.

3. Die *Einberufungspraxis* ist ungerrecht. Obwohl es mehr Wehrpflichtige gibt, die zum Wehrdienst bereit sind, werden nach der derzeitigen Planung jedes Jahr nur ca. 40 000 Wehrwillige zum Grundwehrdienst und ca. 90 000 Verweigerer zum Zivildienst einberufen. Selbst wenn man hinzu nimmt, dass ca. 15 000 Wehrpflichtige als freiwillig länger Dienende und ca. 11 500 als Zeit- und Berufssoldaten zum Bund gehen und ca. 10 000 als Helfer im Katastrophenschutz Dienst leisten, ergibt sich nicht nur zwischen Verweigerern und Grundwehrdienstleistenden eine *Ungleichbehandlung*, sondern erst recht zwischen denen, die überhaupt einen Dienst leisten und denen, die keinen leisten müssen. Ein Jahrgang ist nämlich ca. 440 000 junge Männer stark. Dienen müssen aber nur weniger als 170 000. Es ist völlig ausgeschlossen, dass die über 270 000, die keinen Dienst leisten, alle untauglich sind oder vertretbare Wehrdienstausnahmen geltend machen können. Die derzeitige Einberufungspraxis ist *willkürlich*, und die drei kleinen Fraktionen des Bundestages haben allen Grund, das Ende der Wehrpflicht zu fordern.

4. Es gibt Anlass zu dem Verdacht, dass *Kriegsdienstverweigerer* – anders als in den Anfangsjahren – bei den Musterungen *eher tauglich geschrieben* werden als Wehrpflichtige, die nicht verweigern. Der Verdacht gründet darauf, dass bei der Anordnung, die Kategorie «tauglich 3» als untauglich zu werten, im Zivildienst doppelt so viele betroffen waren wie im Grundwehrdienst, obwohl es ungefähr gleich viele Dienstleistende in beiden Bereichen gab. Offensichtlich waren bei denen, die für die Bundeswehr in Frage kamen, viel mehr ganz untaug-

lich als bei den Verweigerern nach dem Motto «für einen zivilen Dienst wird es schon noch reichen». Gelegentlich erhalten wir auch Berichte, dass übliche Untersuchungen bei Verweigerern nicht erfolgen, sie aber trotzdem als tauglich eingestuft werden.

5. Die neueste Problematik erinnert an die miserable Behandlung von Zivildienstleistenden und Grundwehrdienstleistenden gleichermaßen. Die große Koalition diskutiert, Wehrpflichtigen und Zivildienstleistenden das *Wehrmachtsgeld* von 172,56 und das *Entlassungsgeld* von 690,24 zu streichen. Bedenkt man, dass die jungen Männer direkt nach der Schule oder der Ausbildung dienen müssen, ist klar, dass sie noch keine gesicherte Existenz haben und auch keine Ersparnisse. Das Entlassungsgeld soll ihnen helfen, bis sie Arbeit gefunden haben, oder dass sie die Zeit bis zum Studium überbrücken. Wer neun Monate lang nur ein Taschengeld von wenig über 250 Euro erhalten hat, braucht solche Hilfe, nicht zuletzt um die großen Nachteile gegenüber den vielen, die nicht einberufen werden, wenigstens ein wenig auszugleichen.

6. Ein großes Sonderproblem ist der Umgang mit *Totalverweigerern*. Wer jeden Kriegsdienst und jede Vorbereitung darauf für ein Verbrechen hält, kann für das, was nach seinem Gewissen ein Verbrechen ist, keinen Ersatz leisten und auch nicht durch den Zivildienst mithelfen, die Wehrpflicht aufrecht zu erhalten. Um diesem Problem auszuweichen, werden die, die als totale Verweigerer bekannt sind, möglichst nicht einberufen. Kommt es aber doch zu Einberufungen und dann zu radikaler Verweigerung, drohen *harte Strafen* wegen Dienstflucht und Befehlsverweigerung. Auch das beweist, dass Kriegsdienstverweigerung trotz der Grundrechtsgarantie nicht wirklich als Grundrecht geachtet wird, obwohl die Gewissensfreiheit ein besonders wichtiges Grundrecht ist, wie das Bundesverwaltungsgericht gerade bei einem Soldaten, der Hilfen für den

Irakkrieg ablehnte, erfreulich klar festgehalten hat.

Die Wehrpflicht muss weg

Was jetzt nötig ist, kann man mit einem Satz sagen: Die Wehrpflicht muss weg. Sie hat im Zuge der Wiederbewaffnung geholfen, Wehrdienst für etwas demokratisch Normales zu halten, für nationale Pflicht. Damit hat sie lange Zeit geholfen, die *Verbrechen der Wehrmacht* zu überspielen. Sie hat seit 50 Jahren das Grundrecht der Kriegsdienstverweigerung eingeschränkt, für viele außer Kraft gesetzt. Alles Gerede, die Bundeswehr schütze Menschenrechte, ist allein dadurch schon widerlegt. Es ist leider müßig, darüber zu streiten, ob die Wehrpflicht nicht eigentlich *verfassungswidriges Verfassungsrecht* ist. Ich halte sie dafür, denn sie setzt mehr Grundrechte außer Kraft, als gemäß der Vorschrift in Art. 19 (1) GG im Wehrpflichtgesetz angeführt sind. Selbst die, die angeführt sind, werden trotz des ausdrücklichen Verbotes in Artikel 19 (2) GG im Wesensgehalt eingeschränkt. Aber das Bundesverfassungsgericht hat bisher die Wehrpflicht über die Grundrechte gestellt, deshalb hat man keine Chance, das geltend zu machen. *Recht ist in Deutschland seit der Zeit des Heeresreformers von Scharnhorst immer noch zuerst, was den Waffen nützt.* •

«Gott in deiner Gnade – verwandle die Welt»

Vom 14. – 23. Februar 2006 hat im brasilianischen Porto Alegre die 9. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) stattgefunden. Zum ersten Mal seit dem Bestehen des 1948 gegründeten Rates auf dem «katholischen Kontinent». So war es auch nicht verwunderlich, dass man in der topmodern ausgestatteten Päpstlichen Katholischen Universität tagte, wenngleich die katholische Kirche nicht Mitglied des Rates ist.

«Gott in deiner Gnade – verwandle die Welt», hiess das Thema, das übrigens in der portugiesischen Fassung – *transforma o mundo* – mehr an eine Einladung zur aktiven Beteiligung an der Transformation der Welt erinnerte. Dass Porto Alegre, die Stadt des Weltsozialforums und des Widerstands gegen eine menschen- und schöpfungsverachtende Globalisierung, ein angemessener Ort für den ÖRK sei, hob auch der brasilianische Präsident Lula da Silva in seiner Ansprache an die Versammlung hervor.

Neben der Vollversammlung fand gleichzeitig eine Art globaler Kirchentag statt, das sogenannte Mutirao (ein brasilianisches Wort für Marktplatz), an dem fast 4000 Menschen aus aller Welt teilnahmen. Das jeweilige Tagesthema der Plenarveranstaltungen wurde an insgesamt 150 themenzentrierten Workshops des Mutirao vertieft. Es war eine lebendige Fülle, die von den Müttern der Plaza del Mayo bis zu den Selbsthilfegruppen südafrikanischer AIDS-Betroffener reichte, vom Schweigemarsch der Frauen gegen Gewalt bis zur brillanten Aufführung eines Stücks über Fair Trade durch das Junge Theater des Schauspielhauses Düsseldorf. Auf dem Mutirao sollten sich die rund 700 offiziellen Delegierten kundig machen, was das «Volk Gottes» bewegt und diese Erkenntnisse auch wieder einfliessen lassen in die Arbeit des ÖRK.

R.T.

Mehr Darstellung als Dialog

Die erste Auswertung der Tageseindrücke gibt es meist im Bus zurück in die Hotels. Ich komme mehrmals neben deutsche Kollegen zu sitzen. Immer wieder höre ich von ihnen, diese Vollversammlung habe «keine Substanz». Wenn ich nachfrage, haben die Gründe hauptsächlich etwas mit der Konferenzmethodik zu tun. Jetzt, fast eine Woche nach Beginn der Vollversammlung breitet sich nur der Eindruck einer Ökumene vielfältiger, aber auch zerstreuter Anliegen aus. Für Reaktionen auf die vielen fernsehgerecht aufbereiteten Inputs blieb keine Zeit, und so weiss man nicht, wo die Kirchen eigentlich stehen in Bezug auf die Fragen, die behandelt worden sind. Einheit der Kirchen, Überwindung der Armut, Alternativen zur Globalisierung, christliche Identität und Verhältnis zu anderen Religionen, Anwaltschaft für Menschen und Schöpfung.

Weil die Plenarveranstaltungen mehr der Darstellung als dem Dialog verpflichtet waren, kam genau das zu kurz, was für das neue Konsensverfahren unabdingbar wäre: das öffentliche Gespräch. Hier ginge es darum, im Hören auf alle Meinungen und in einer weiterführenden Denkbewegung solange an einer strittigen Frage zu bleiben, bis alle einer erreichten Position zustimmen können, oder eine Minderheit ihre weiterhin abweichende Position zum Ausdruck gebracht hat.

Immer wieder höre ich die Frage, ob das Konsensverfahren überhaupt in der Lage sei, heisse Eisen aufzugreifen. Die Vergangenheit wird zitiert, dass es prophetische Handlungen waren, etwa der kompromisslose Einsatz gegen den Rassismus, der dem ÖRK ein Gesicht verliehen und ihm Respekt eingetragen hätte. Im Konsens, wo man für jeden Schritt Sympathie und Akzeptanz brauche, habe man das nicht durchziehen können.

Kritik an «Bischof Bush»

Heute bin ich im Bus neben eine alte Freundin, Ruth Moraima, zu sitzen

gekommen, eine Dalit Theologin aus Indien. Wir haben Rückschau gehalten und zu meinem Erstaunen hat sie die vergangenen Tage völlig anders beurteilt. Die Präsentationen von Christen und Christinnen aus aller Welt (die mir monologisch und überladen vorkamen) und die Verschiedenartigkeit der Umstände, in denen sie leben, hätten sie tief beeindruckt. Hier seien Dinge zur Sprache gekommen, die man im Informationswust der von westlichen Interessen beherrschten Medien nicht zu hören bekommt: Etwa der leidenschaftliche Aufruf des Uganders *Olara Otunnu* vom Netzwerk «Children Affected by Armed Conflict», der von seit Jahren schwelenden genozidartigen Zuständen in den nordugandischen Provinzen Acoli, Lango und Teso sprach, vom unvorstellbaren Elend, das dort Frauen und Kinder besonders hart treffe, und der aufruf zu einer Politik des «*Naming and Shaming*», welche die Übeltäter international an den Pranger stellt.

Den *Offenen Brief der US-amerikanischen Kirchenkonferenz* an die Vollversammlung fand Ruth besonders bewegend. In diesem Brief beklagten die US-Kirchenführer den Krieg im Irak, der universelle Normen der Gerechtigkeit und der Menschenrechte verletzt habe und gegen den sie sich nicht ausreichend zur Wehr gesetzt hätten. Auf die vielen Beweise der Solidarität der internationalen Gemeinschaft nach dem 11. September 2001 hätten die USA geantwortet, indem sie «Terror auf die wahrhaft Verwundbaren unter unseren globalen Nachbarn herabsandten».

«Ansonsten tritt Präsident Bush als der oberste Hirte des Empire auf», meinte *Eunice Santana*, eine ehemalige Präsidentin des ÖRK aus Puerto Rico, «*Bischof Bush* segnet die völkerrechtswidrigen Handlungen der USA ab, und erklärt sie zum Willen Gottes. Der Ökumenische Rat macht die Perspektive der Opfer sichtbar, das ist Teil seines Zeugnisses in der Welt.»

Diversität und Pluralität als heimliches Leitmotiv

Diversität und Pluralität scheinen das heimliche Leitmotiv der Vollversammlung zu sein, eine Antwort sowohl auf die Frage nach der Substanz als auch ein Hinweis, wie denn die Welt verwandelt werden soll. *William Rowan*, der Erzbischof von Canterbury, spricht in seiner Rede über christliche Identität und religiöse Pluralität, von einer Welt vielfältiger Perspektiven, in der es keine ortlose Sicht gebe: «There is no view from nowhere.» Ein neuer Blick auf unsere christliche Identität könnte vielleicht entstehen, «wenn wir für einen Moment



das Christentum als ein Ideensystem vergessen ... und uns statt dessen auf den Ort konzentrieren, den Jesus, der Gesalbte, in der Welt einnimmt, und darauf, was an diesem Ort möglich wird... Christliche Identität bedeutet, an diesem Ort gegenwärtig zu sein.» Dieser Perspektivenwechsel nötigt uns, in einer Welt pluraler Werte und Sinnerklärungen die Verteidigung von Positionen aufzugeben und unsere Kraft auf die konkrete Gestaltung des Lebens in der Nachfolge zu verwenden, was vorrangig keine theologische, sondern eine spirituelle Aufgabe ist.

Die in den 348 Mitgliedskirchen des Ökumenischen Rates vertretenen Christinnen und Christen aus allen Ecken und Enden der Welt machen klar, dass der

Junge Menschen fordern ihren Platz im Ökumene-Schiff.

Ort Jesu überall ist, in allen Kulturen, Sprachen und Lebensschicksalen. Dieser Ort ist nicht der Einheitsentwurf des globalen imperialen Projekts, sondern es ist die differenzierte Wahrnehmung der Verschiedenheit der Formen und Umstände, in denen Christinnen und Christen ihre Beziehung zu Gott und zur Gemeinschaft von Menschen und Erde ausdrücken. Dies sei vor allem für christliche Minderheiten (etwa in den mehrheitlich muslimischen Ländern des Mittleren Ostens) eine grosse Herausforderung.

Irgendwie ist die *geschmähte Methodik* der Vollversammlung Ausdruck dieser Diversität – sie lässt die vielen Stimmen



Die Spitzen des ÖRK mit Lula.

zu Wort kommen, sie löst Widersprüchlichkeiten nicht auf, und immer wieder bittet sie – in liturgischen Akten, mitten in der Versammlung – um die transformierende Gnade Gottes

Gefährdung der Urvölker

Auf dem Mutirao treffe ich Vertreter und Vertreterinnen *indigener Völker*, Aymara, Qechua aus Bolivien, Dalit, Unberührbare aus Indien, Indianer und Indianerinnen aus Nordamerika, Aborigines aus Australien und den Philippinen, Sami aus Lappland. Immer, wenn ich mit ihnen ins Gespräch kommen will, möchten sie mir etwas verkaufen, Webstoffe, Taschen, kleine Souvenirs. Ich merke, sie warten auf das Geld, und das wir-

kungsvollste Interesse, das ich ihnen entgegenbringen kann, ist, etwas zu kaufen. Die Suche nach Würde und Identität ist nicht zu trennen von der Suche nach den materiellen Grundlagen des Lebens.

In einem Mutirao-Seminar über Probleme indigener Völker treffe ich später *Graeme Mundine*, der beim Australischen Kirchenrat für Anliegen der Ureinwohner verantwortlich ist. *Landverlust und Sprachverlust* nennt er als Hauptprobleme indigener Völker.

Die *Wirtschaftsweise der Globalisierung* frisst sowohl das Land auf, und das heisst die Seele der Urvölker, als auch die Sprachen, deren Erhaltung sich nicht rechnet in den ökonomischen Kalkülen. «Damit verlieren wir aber viel mehr als nur die Sprache, zum Beispiel die Riten und Symbole, mit denen wir unseren Respekt vor der Erde ausdrücken – hier in Porto Alegre sind wir nicht von den Indios willkommen geheissen worden, wie das zum Beispiel bei der 6. Vollversammlung in Canberra 1991 der Fall war, als australische Aborigines in einer heiligen Zeremonie die Teilnehmenden auf ihrer Erde begrüßten.» Ich erinnere mich, wie tief mich dieses Ritual damals beeindruckt hat, und wie viele Kontroversen und Ängste vor «Heidnischem» es bei manchen Kirchenvertretern auslöste!

Am Nachmittag besuche ich einen Workshop der *bolivianischen Aymara Frauen*: Ihre Berichte von Erfahrungen häuslicher Gewalt zeigen mir, dass die indigene Kultur keine heile Welt ist, dass auch dort patriarchale Herrschaftsmuster spielen, entweder immer schon vorhanden waren oder importiert wurden durch die Kolonialherren, was oft nicht mehr feststellbar ist, so unumkehrbar zerstört sind die fragilen Kulturen dieser Völker.

Ethischer Bankrott einer Welt der Ungleichheit

«Etwas ist grundlegend falsch, wenn am Beginn des 21. Jahrhunderts das Vermögen der drei reichsten Menschen der Welt

das gesamte Bruttoinlandprodukt der 48 am wenigsten entwickelten Länder übersteigt», heisst es im Rechenschaftsbericht des ÖRK-Generalsekretärs *Sam Kobia* aus Kenia. «Wenn nach wie vor die reale Gefahr besteht, dass zu unseren Lebzeiten Atomwaffen zum Einsatz gebracht werden. Es ist etwas entsetzlich falsch, wenn Kinder in die Prostitution verkauft werden ... und wenn Menschen immer noch Unterdrückung leiden, weil sie einer bestimmten ethnischen Gruppe, Rasse oder Kaste angehören... Mit politischen Argumenten und wirtschaftlichen Begründungsversuchen lässt sich der ethische Bankrott einer Welt, in der ein solches Mass an Ungleichheit herrscht, nicht wegdiskutieren. Wir müssen spirituell solide verankert sein, damit wir uns dieser Realität stellen können.»

Der Weg zur Überwindung dieser Zustände hat für Kobia etwas mit der Neuordnung von Beziehungen zu tun. Er bringt das Konzept der «*transformativen Gerechtigkeit*» ins Spiel. Traditionell habe der ÖRK Gerechtigkeit restaurativ verstanden, als Wiederherstellung eines als ursprünglich vorgestellten Zustands. Heute sei klar, dass Jahrhunderte des Unrechts jeglicher Form nicht einfach ausgelöscht werden könnten. Transformative Gerechtigkeit sei deshalb auf eine *Neuordnung der Beziehungen* gerichtet, mit dem Ziel, Unterdrückung und Beherrschung zu überwinden und Heilung und Versöhnung aller zu ermöglichen. So hat der Ökumenische Rat in den vergangenen Jahren die Frage der Gerechtigkeit in Beziehungen (auch zwischen den Kirchen) als eine Frage der Neugestaltung der Machtverhältnisse aufgenommen, etwa in der Arbeit der Sonderkommission zur Orthodoxen-Mitarbeit im ÖRK.

Vielleicht beinhaltet dieser Ansatz die Chance, auch die Frage nach der *Identität* nicht bloss im Sinn von Tradition zu verstehen, sondern fluider, als Zulassen der Möglichkeit, selbst verändert zu werden, wenn wir uns miteinander um grössere Gerechtigkeit mühen.

Für eine alternative Globalisierung

Dazu gehört auch die Erkundung von «Handlungsmöglichkeiten für eine alternative Globalisierung im Dienst von Menschen und Erde», ein Prozess, der unter dem Titel *AGAPE* verschiedene Initiativen zusammenfasst. «Die Logik der Globalisierung muss durch ein alternatives Lebenskonzept, nämlich das der *Gemeinschaft in Vielfalt*, in Frage gestellt werden», hatte die 8. Vollversammlung des ÖRK schon 1998 gefordert. Seither hat der Rat in rund 25 globalen und regionalen Initiativen Alternativen zum Globalisierungsprozess erarbeitet. Einige dieser Initiativen gingen von den kon-



fessionellen Weltbünden aus, etwa das Bekenntnis von Accra 2004 und der dort vom Reformierten Weltbund geschlossene «Bund für Gerechtigkeit» oder der «Aufruf zur Beteiligung an der Verwandlung der wirtschaftlichen Globalisierung» des Lutherischen Weltbunds in Winnipeg 2003. Einige entstanden bei den Vorbereitungstreffen einer Serie von Gesprächen zwischen dem ÖRK und Weltbank/IWF, die unter dem Titel «Leidenschaft für eine andere Welt» stattgefunden haben. Weitere wurden in regionalen Treffen in Afrika, Asien und Lateinamerika sowie an einer globalen Frauenkonsultation in Manila erarbeitet.

Der Prozess hat auch zahlreiche *Kooperationen zu Einzelfragen* zwischen

Diversität der Gesichter – beim Sonntagsbesuch in einer Pfingstgemeinde. In der Mitte: Christoph Stückelberger.

Kirchen angeregt. Die schweizerische Ökumenische Erklärung zum «Wasser als Menschenrecht und als öffentliches Gut» (die sich entschieden und mit konkreten Massnahmen gegen den Trend zur Privatisierung des Wassers wehrt – dokumentiert in: NW 2/06, S. 60f.) kann dabei als gelungenes Beispiel kirchlicher Kooperation zwischen den evangelischen Kirchenbünden und den katholischen Bischofskonferenzen in der Schweiz und in Brasilien bezeichnet werden.

Diskussionen hat es also seit Harare genug gegeben. «Jetzt warten viele darauf, dass wir über die Proklamationen hinausgehen», forderte der Berliner Bischof und EKD-Ratsvorsitzende Wolfgang Huber: «Auch Christen, die selbst wirtschaftliche Verantwortung tragen oder in internationalen Institutionen arbeiten, hoffen in dieser Hinsicht auf die Stimme ihrer Kirchen, denn sie wollen sich beteiligen an einer Globalisierung der Gerechtigkeit und der Solidarität.»

Angesichts dieser hochgespannten Erwartung nimmt sich der *AGAPE-Aufruf* eher moderat aus. Es handelt sich um acht in einen liturgischen Rahmen gebettete Selbstverpflichtungen, die sich für Beseitigung der Armut, Kontrolle über das Gebaren aller am Wirtschaftsleben Beteiligten, fairen Handel, den Kampf gegen die Privatisierung öffentlicher Güter und

Dienstleistungen, nachhaltige Nutzung aller Ressourcen und selbstbestimmte Arbeit einsetzen. Die Form der Selbstverpflichtung signalisiert entschlossene Bescheidenheit – wer anders als *wir selber* soll denn die Transformation bewirken? Sie lässt aber auch völlig offen, wer sich hinter dem «*wir*» verbirgt. Sind es die Kirchen, die in Bezug auf die Globalisierung – wie die heftigen Diskussionen um das Bekenntnis von Accra gezeigt haben – keineswegs einer Meinung sind? Sind es die religiös Motivierten der alternativen Szene oder gar die von Bischof Huber zitierten Christen in Entscheidungspositionen, die auf eine klare Stellungnahme der Kirchen warten? Und welche Entscheidungsträger sind angesprochen: Regierungen und Regierungsorganisationen, internationale Interessengruppen, NGOs, die «Wirtschaft», Konzerne, Finanzinstitutionen, Gewerkschaften?

Vielleicht entspricht die ungenaue Formulierung eines inklusiven «*wir*» (dessen Grad an Verbindlichkeit in Bezug auf die genannten Massnahmen nicht klar wird) dem Nebeneinander der Verschiedenen, das auf dieser Vollversammlung den Gesamteindruck geprägt hat, und das in bestimmten Augenblicken auch eine Gemeinschaft war. Man ist zusammengeblieben im Ökumenischen Rat, man hat sich nach den zum Teil heftigen Auseinandersetzungen mit den orthodoxen Kirchen nach Harare wieder gefunden und Massnahmen für ein besseres Zusammenleben erarbeitet – was nicht zuletzt auch ein Verdienst des armenisch-orthodoxen Vorsitzenden *Catholicos Aram I.* war sowie des bis 2004 amtierenden Generalsekretärs *Konrad Raiser*. All dies aber um den Preis eines spürbar wachsenden Bedeutungsverlustes des ÖRK in der globalen ökumenischen Landschaft.

Konfessionelle Weltbünde, die römisch-katholische Kirche, die Weltgemeinschaften der Evangelikalen und der Pfingstkirchen, kirchliche Hilfswerke und Spezialorganisationen haben ihre eigenen

Das Logo der Vollversammlung – ein Geschenk der lateinamerikanischen Kirchen (Bilder: Fotodienst des ÖRK).



ökumenischen Pläne. In dieser manchmal verwirrenden Landschaft wird dem ÖRK zwar immer noch die Rolle eines «privilegierten Instruments» zugestanden, aber die Mittel, die dafür nötig wären, werden schmaler. Seit mehreren Jahren zirkuliert ausserdem die Idee eines «Global Forum», einer ökumenischen Plattform all dieser verschiedenen Akteure, die umfassender wäre als der Ökumenische Rat der Kirchen (deren Grad an Verbindlichkeit aber noch offen ist) und die im November 2007 zum ersten Mal zusammentreten soll.

Einheit im Dienst an der Welt

Meine orthodoxe Freundin *Teny Simonian* hat mir ziemlich entsetzt erzählt, ein Pfarrer aus dem Pazifik habe nicht gewusst, was das nizänische Glaubensbekenntnis sei, das im Ekklesiologie-Dokument als verbindliche christliche Grundlage genannt wird. «Ich hoffe, dass er wenigstens etwas von der Geschichte seiner Kirche im Pazifik versteht», habe ich zu scherzen versucht. Später reden wir darüber, aus welcher Vergangenheit sich das ökumenische «wir» speist.

Zu Beginn der *modernen ökumenischen Bewegung* war es der Wunsch nach einem dauerhaften Frieden zwischen den Völkern Europas, später der Kampf gegen Rassismus, der konziliare Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung und die Dekaden der Kirchen in Solidarität mit den Frauen und zur Überwindung der Gewalt. Die ökumenische Gemeinschaft ist gewachsen in dem Mass, in dem man heraustrat aus sich selbst und sich gemeinsam einer anspruchsvollen Aufgabe widmete. Über diese Aufgaben hat man gestritten, Verständigung erreicht und auch Beziehungen und Machtverhältnisse neu gestaltet. An ihnen ist ein grosses Mass an Einheit im Dienst an der Welt gewachsen.

In der Frage christlicher Identität, die hier ständig verhandelt wird, spielt aber *Konfession* wieder eine wichtige Rolle

als *Ort der Beheimatung und Würde* im Zugriff der als westlich und säkular empfundenen Globalisierung. Die strittigen Punkte scheinen sich verlagert zu haben auf die innerkirchlichen, konfessionell geprägten Themen. Die zehn «Fragen an die Kirchen» des Ekklesiologie-Dokuments lesen sich teilweise wie ein Ökumenisches ABC: «Wie weit kann jede Kirche sich am gemeinsamen Gebet und am Gottesdienst der anderen beteiligen?» – und zeigen, dass die Ziele in dieser Hinsicht bescheiden geworden sind – oder ehrlich!

Zum *Schlussgottesdienst* wurde ein *leerer Abendmahlsbecher* hereingetragen. Da frage ich mich, wie lange noch sollen wir das ertragen? Wie lange soll die eigene Position erhalten, um einander auszugrenzen und klein zu machen? «Niemand ist Outsider, alle gehören dazu, alle umfängt die göttliche Umarmung», hat uns *Erzbischof Tutu* zugerufen. Weil ich lokal dazugehöre, bin ich reformiert oder katholisch oder orthodox. Aber das ist bloss meine kleine Identität. «Wir gehören dazu», heisst doch gleichzeitig: «wir gehören zu Christus». Wir haben eine viel *grössere Identität*, die nicht ausschliesst, sondern einschliesst. Beim Anblick des leeren Bechers sind mir Tränen der Wut in die Augen gestiegen, weil ich in diesem Moment ganz sicher war, dass dies nicht Gottes Wille sein kann. Wir müssen nicht aus der Eucharistie einen Prüfstein für unsere je verschiedenen Identitäten machen. Die gegenseitige Nicht-Anerkennung der Verschiedenen läuft dem Konzept der «Gemeinschaft in Verschiedenheit» zuwider, für das diese Vollversammlung sich so leidenschaftlich eingesetzt hat. *Nur gemeinsam können wir menschlich sein*, hat Desmond Tutu gesagt.

Nur gemeinsam können wir Kirche sein! ●

(Alle Zitate entstammen der Konferenzdokumentation und können unter www.wcc-assembly.info abgerufen werden.)

«Deus caritas» oder Die Phantom- schmerzen des Papstes

Die erste Enzyklika Benedikts XVI. «Deus caritas»¹ stösst auf breite Zustimmung. Selbst Kritiker des Joseph Ratzinger wundern sich, dass dieser die Liebesbotschaft des Evangeliums ins Zentrum seiner Erwägungen rückt. Das «christliche Liebeshandeln», das hier betont wird, ist als prägendes Merkmal der Glaubenskongregation unter ihrem früheren Chef jedenfalls nicht in Erinnerung. Sollte Ratzinger sich etwa nicht nur zum Papst gewandelt haben? Oder trägt der schöne Schein einer betulichen Liebes-Enzyklika? Ist es Zufall, dass nur die «Christgläubigen» und nicht mehr «alle Menschen guten Willens» zu den Adressat/innen eines derartigen Rundschreibens gehören? Ist «christliches Liebeshandeln» vereinbar mit der gängigen Sozialstaatskritik, der sich der Papst anschliessen scheint? Kommt hinzu, dass Ratzinger einmal mehr gegen den Marxismus – oder was er darunter versteht – ankämpft, aber die aktuelle materialistische Irrlehre des Neoliberalismus mit keinem Wort erwähnt.

Eine Liebe, die ausgrenzt?

Es sind zunächst eindruckliche Gedanken, die Benedikt XVI. im ersten Teil seiner Antrittsenzyklika zu einer Theologie der Liebe zusammenfügt. Ausgehend vom Ersten Johannesbrief, sieht er in Gottes

Liebe zu den Menschen die «Mitte des christlichen Glaubens» (1). Diesem «Geschenk» antworte der Mensch, indem er dem einen und «einzigsten Auftrag» der *Gottes- und Nächstenliebe* folge. Die Enzyklika benennt auch den jüdischen Ursprung des Doppelgebots: das Erste Testament, das die Gottesliebe im Buch Deuteronomium (6,4–5) mit der Nächstenliebe im Buch Levitikus (19,18) verbindet.

Dem Ersten Testament weit weniger gerecht werden dann freilich die übereifrigen, vielleicht auch nur überängstlichen Differenzierungen zwischen «Eros» und «Agape». Selbst das «Hohelied» will der Papst auf die Verherrlichung der ehelichen Liebe beschränkt sehen (6). Letztlich symbolisiere es «das Verhältnis Gottes zum Menschen und des Menschen zu Gott» (10). Was Erotik gerade noch sein darf, wird solange reglementiert, bis *Friedrich Nietzsche* Recht bekommt, der der Papst mit den – von ihm vehement in Abrede gestellten – Worten zitiert, «das Christentum habe dem Eros Gift zu trinken gegeben» (3).

Natürlich verdient die Enzyklika Zustimmung, wenn sie den Warencharakter des «Eros» in der heutigen Gesellschaft kritisiert. Nur scheint dem Papst zu entgehen, dass die *Verdinglichung des Eros zu Sex* nicht isoliert von einer sich ausbreitenden Marktgesellschaft gesehen werden darf, die den Menschen, seine Arbeit, seine Beziehungen, sein Leben ja die ganze Welt zur Ware macht. Aber da wären wir schon beim Neoliberalismus, von dem der Papst partout nicht reden will.

Stark sind die Abschnitte über «die Mystik» des Sakraments, die auf den Abstieg Gottes zu uns beruht» (13). «Zu uns!» Denn das *Sakrament der Eucharistie* ist als «Kommunion» nicht nur «Vereinigung mit Christus», sondern auch «Vereinigung mit allen anderen, denen er sich schenkt». «Eucharistie, die nicht praktisches Liebeshandeln wird, ist in sich selbst fragmentiert»

(14). Bei diesem «Liebeshandeln» geht es um den *Nächsten*, und zwar um jeden, «der mich braucht und dem ich helfen kann» (15). Die grossen Gleichnisse vom reichen Prasser, vom barmherzigen Samariter und vom letzten Gericht weisen alle denselben Weg: «Im Geringsten begegnen wir Jesus selbst, und in Jesus begegnen wir Gott» (15). Das ist so tref-fend gesagt, dass man sich nur wundern kann, warum das kirchliche Lehramt die Teilnahme an der Eucharistie vom Glauben an wahre Sätze, von der Orthodoxie und nicht von der Orthopraxie der Liebe abhängig macht...

Das Ab- und Ausgrenzen kann Joseph Ratzinger denn auch in einer Liebes-Enzyklika nicht lassen. Er schreibt Sätze, die den *Nichtgläubigen* die Befähigung zur *Nächstenliebe* schlicht abzusprechen scheinen. Obschon «der Imperativ der Nächstenliebe vom Schöpfer in die Natur des Menschen selbst eingeschrieben» (31) ist, kann der Mensch angeblich nur vom christlichen Glauben her «dem anderen mehr geben als die äusserlich notwendigen Dinge: den Blick der Liebe, den er braucht». Und: «Wenn die Berührung mit Gott in meinem Leben ganz fehlt, dann kann ich im anderen immer nur den anderen sehen und kann das göttliche Bild in ihm nicht erkennen» (18).

Mit dem *Konzil* vor Augen wäre ein anderer Blickwinkel möglich gewesen. So hat die Pastoralkonstitution «*Gaudium et spes*» erklärt, auch Atheisten könnten «hohe Güter der Humanität pflegen», ohne deren «Urheber» zu kennen. Aber vielleicht sind «Güter der Humanität» für den heutigen Papst nur «äusserlich notwendige Dinge» – was immer er darunter verstehen mag (präzise Begrifflichkeit ist nicht sein Ding). Nochmals anders gefragt: Können Menschen nicht auch lieben, ohne den «Urheber» der Liebe zu kennen? Ist «das von Gott im Menschen» – wie die Mystiker sagen – davon abhängig, dass der Mensch darum weiss?

Im Mainstream gängiger Sozialstaatskritik

Im zweiten Teil wird Kirche als «Gemeinschaft der Liebe» vorgestellt. Dazu gehöre die «Evangelisierung durch das Wort und die Sakramente», aber auch «der Dienst, den die Kirche entfaltet, um unentwegt den auch materiellen Leiden und Nöten des Menschen zu begegnen» (19). Wiederum gibt es eine Reihe von zitierfähigen Sätzen, die in Zeiten kirchenamtlicher Sparübungen wunderbar antizyklisch daherkommen. So etwa der Satz: «Die Kirche kann den Liebesdienst so wenig ausfallen lassen wie Sakrament und Wort» (22). Es fehlt nicht der Hinweis auf den *Liebeskommunismus* der Jakobus-Gemeinde in Jerusalem. Auch wenn diese «radikale Form der materiellen Gemeinschaft» sich mit dem «Grösserwerden der Kirche» schon bald nicht mehr habe aufrechterhalten lassen, so bleibe der «Kern» bestehen, um den es damals gegangen sei: «Innerhalb der Gemeinschaft der Gläubigen darf es keine Armut derart geben, dass jemandem die für ein menschenwürdiges Leben nötigen Güter versagt bleiben» (20). Wenig später schärft der Papst den Katholikinnen und Katholiken nochmals ein: «Die Kirche ist Gottes Familie in der Welt. In dieser Familie darf es keine Notleidenden geben» (25).

Der «Kern»-Satz müsste eine *innerkirchliche Revolution* bedeuten. Denn die weltweite (Klassen-)Spaltung zwischen Arm und Reich, Hungernden und Übersättigten, Unterdrückten und Unterdrückern geht mitten durch die römisch-katholische Kirche hindurch. Mehr noch, der Papst betont die «Universalität des Liebesgebotes» und verpflichtet damit die Kirche, im Sinne des Galaterbriefs nicht nur (wenn auch «besonders») den «Hausgenossen des Glaubens», sondern «allen Menschen Gutes zu tun» (25.b). Wie das? Übernimmt sich die Kirche nicht mit einer solchen Aufgabe – und damit auch der Papst mit seinen Worten?

Ist es wirklich Aufgabe der Kirche und

nicht vielmehr des *Rechts* und der *Politik*, die Kluft zwischen Arm und Reich zu überwinden? Auch da fallen fürs erste klare Worte: «Ein Staat, der nicht durch Gerechtigkeit definiert wäre, wäre nur eine grosse Räuberbande, wie Augustinus einmal sagte» (28.a). Also, müsste man meinen, sei es auch Sache des Staates und der Staatengemeinschaft(en), eine gerechte Gesellschaft herbeizuführen. Aber was ist eine gerechte Gesellschaft? Der Papst beeilt sich, den Anschluss an den *Mainstream gängiger Sozialstaatskritik* nicht zu verpassen. Gerecht, so schreibt er, sei jedenfalls nicht der «totale Versorgungsstaat», der als eine «bürokratische Instanz» gerade «das Wesentliche nicht geben» könne, «das der leidende Mensch – jeder Mensch – braucht: die liebevolle persönliche Zuwendung». Aber was dann?

In Zeiten des Neoliberalismus droht uns ja alles andere als der «totale Versorgungsstaat». Ist etwa die Existenzsicherung kein *soziales Grundrecht* mehr? Ratzinger weicht der Frage aus – sofern er sie überhaupt kennt. Das «Subsidiaritätsprinzip» soll's richten. Ihm entspricht in der päpstlichen Optik ein «Staat», der «grosszügig die Initiativen anerkennt und unterstützt, die aus verschiedenen gesellschaftlichen Kräften aufsteigen und Spontaneität mit Nähe zu den hilfsbedürftigen Menschen verbinden» (28. b). Als ob es noch nötig wäre, fügt der Papst hinzu: «Die Kirche ist eine solche lebendige Kraft.»

Mehl- und Seelsorge anstelle der Unparteilichkeit und Objektivität des Rechts in der Zuteilung existenzsichernder Ressourcen? «Nächstenliebe» statt «Solidarität»? «Deus caritas» als ein weiteres *konservatives Plädoyer* für das «Ersäufen des Rechts im Mistloch der Gnade» (J.H. Pestalozzi)? Ratzinger geht jedenfalls von einem *Solidaritätsbegriff* aus, der nichts gemein hat mit einer «Steuerungsform des *rechtsverbindlichen* Ausgleichs» (Friedhelm Hengsbach in diesem Heft). Der Begriff schwimmt

in einer Grauzone von «Beihilfen oder Steuererleichterungen» des Staates einerseits und von «beträchtlichen Geldmitteln» der «humanitären Vereinigungen» andererseits (30.a). Wobei das «kirchliche Liebeshandeln» natürlich mehr sein soll «als eine Variante im allgemeinen Wohlfahrtswesen» (31) – und damit ja wohl auch vom Staat die «beträchtlichen Geldmittel» erwarten darf, die nötig sind, um ihn sozialpolitisch zu konkurrenzieren...

Komplementär-ideologie des Neoliberalismus?

Wie einst die Befreiungstheologen warnt Ratzinger nun auch die in der kirchlichen Caritas tätigen «Mitarbeiter», sie sollten sich ja «nicht nach den Ideologien der Weltverbesserung richten» (33). Die «Entwicklung der Welt zum Besseren hin» bleibe vielmehr den «Christen» vorbehalten (30.b). Was aber «christlich» ist, entscheidet der Papst. Und der sagt, «christliches Liebeshandeln» sei «nicht ein Mittel ideologisch gesteuerter Weltveränderung» (31.b). Was wiederum mit «Ideologie» rein gar nichts zu tun hat...

Unter die «Ideologien der Weltverbesserung» rubriziert der Papst seinen Lieblingsfeind, den *Marxismus*. Was «Marxismus» ist, wusste Ratzinger stets besser als die Marxisten selbst. Schon im Kampf gegen die Theologie der Befreiung hatte der damalige Chef der Glaubenskongregation definiert, was «Marxismus» ist und gefälligst zu sein habe. Auch «Deus caritas» bedient sich verschiedener Versatzstücke aus der Mottenkiste des bürgerlichen Antikommunismus. So unterstellt Ratzinger dem Marxismus eine «Verelendungsstrategie», die behauptet, «wer in einer Situation ungerechter Herrschaft dem Menschen karitativ helfe, stelle sich faktisch in den Dienst des bestehenden Unrechtssystems, indem er es scheinbar, wenigstens bis zu einem gewissen Grad, erträglich mache» (31.b).

Natürlich haben Marxismus und

Sozialismus betont – was Ratzinger ihnen vorwirft –, «die Armen bräuchten nicht Liebeswerke, sondern Gerechtigkeit» (26). Marxismus und Sozialismus wollten damit aber nicht die Liebe aus der Gesellschaft verbannen, sondern die Hypokrisie eines verbürgerlichten Christentums entlarven, das an die Barmherzigkeit der Reichen appellierte und die Armen im übrigen auf das Jenseits vertröstete. Bereits die erste Sozialenzyklika «*Rerum novarum*» 1891 warnte die «Proletarier» davor, das kapitalistische System ändern zu wollen. Dem stehe «die natürliche Ungleichheit der Menschen» entgegen. Wer darunter leide, möge sich damit trösten, dass «Armut keine Schande ist» und «Reichtum nicht von Schmerz befreit, noch irgendwie von Vorteil ist für das ewige Glück im Jenseits». Schliesslich habe Gott uns die «Erde als Verbannungsort, nicht etwa als bleibende Stätte angewiesen»...

In die paternalistische Mentalität dieser ersten Sozialenzyklika fällt «*Deus caritas*» zurück. Die «Endlosigkeit der Not» dürfe den Menschen, so der Papst, nicht dazu verleiten, dass er «sich zum Richter Gottes erhebt und ihn anklagt, das Elend zuzulassen» (37). Wieder fällt ein Generalverdacht auf die «Ideologie, die vorgibt, nun das zu tun, was Gottes Weltregierung allem Anschein nach nicht ausrichtet – die universale Lösung des Ganzen» (36). Ist die Endlosigkeit der Not etwa Gottes Wille? Pfuscht Gott ins Handwerk, wer sich für soziale Gerechtigkeit einsetzt und gegen ein System kämpft, das die Endlosigkeit der Not hervorbringt? Wenn das die Meinung von «*Deus caritas*» sein sollte, dann wäre diese Enzyklika nicht nur ein Rückfall in das Denken von «*Rerum novarum*», sondern auch eine «Verächtlichmachung Gottes und des Menschen», wie sie hier freilich dem Marxismus vorgeworfen wird (31. c). Den Armen ihr Recht vorzuenthalten und ihnen dafür Liebe anzubieten, ist lieblos.

Der «Traum» des Marxismus sei «zer-

ronnen», triumphiert Papst Ratzinger (27). Fragt sich nur, welche Phantomschmerzen ihn befallen, dass er es für nötig findet, sich mit diesem selbstgefertigten Popanz in einer Enzyklika des 21. Jahrhunderts auseinanderzusetzen. Vor allem aber fragt sich, warum der Papst hier mit keinem Wort auf die alles beherrschende – jedenfalls alles beherrschende – *Heilslehre des Neoliberalismus* eingeht. Unter die «Ideologien der Weltverbesserung» scheint er sie nicht zählen zu wollen. Aber vielleicht kann er ganz gut mit einer Ideologie leben, die in der sozialen Gerechtigkeit ein «Schlagwort des Sozialismus» (F.A. v. Hayek) sieht und die Armen noch so gern der «privaten Wohltätigkeit» überlässt. Dann aber wäre aus der Soziallehre der Kirche eine Komplementär-ideologie des Neoliberalismus geworden.

Bleiben wir ganz unideologisch: Die *Endlosigkeit der Not* besteht heute aus den 100 000 Menschen, die (laut FAO) täglich an Hunger oder an den Folgen des Hungers sterben, aus den (laut Weltbank) 1,8 Milliarden «extrem Armen», die mit weniger als einem Dollar pro Tag auskommen müssen, aus einer gigantischen Auslandsschuld von 2000 Milliarden Dollar, unter deren Würgegriff die Dritte Welt leidet... Darüber schweigt die neue Enzyklika ebenso wie über die nahende Klimakatastrophe. Was getan werden müsste, damit es innerhalb und ausserhalb der Kirche «keine Notleidenden» mehr gibt, scheint den Papst nicht wirklich zu interessieren. Entgegen dem schönen Schein geht es Ratzinger um seine Kirche, nicht um die Menschen. ●

¹ Enzyklika «*Deus caritas est*» vom 25. Dezember 2005, Verlautbarungen des Apostolischen Stuhls, Nr. 171, hg. vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, Bonn 2006. Die Zahlen in Klammern geben die Artikel der Enzyklika wieder.

Paradiese wie «Ave Maria»

Im Südwesten von Florida, angrenzend an das Reservat der Seminole-Indianer, wurde Mitte Februar der erste Spatenstich zum Projekt «Ave Maria» getan. Aus dem Boden gestampft werden soll bis zum Sommer 2007 nicht bloss die erste *katholische Universität* in den USA seit vierzig Jahren samt Megakirche und einem 20-Meter-Kruzifix; geplant ist auch eine komplette Kleinstadt mit 20 bis 30 000 Einwohnern – aber ohne Playboy, Pille und Pornokanal. 250 Millionen Dollar steckt der Mäzen des Vorhabens, der Pizzafürst *Thomas Monaghan*, in die erste Phase seines *katholisch-konservativen Stadtstaates*. «Die Geschichte ist ein einziger grosser Kampf zwischen Gut und Böse, da will ich nicht abseits stehen», sagt er.

Man kann die Mustergemeinde «Ave Maria» als fanatisch religiöse Macke eines Individuums abtun. *Thomas Monaghan*, aufgewachsen in einem katholischen Waisenhaus, eröffnete sein erstes Pizzageschäft 1960, kurz nachdem er aus dem Priesterseminar hinausgeworfen worden war. Vierzig Jahre später verkaufte er sein Geschäft «Domino's Pizza», mittlerweile der weltgrösste Pizza-Auslieferungsdienst, für Milliarden und widmete sich nun ganz seinem *Opus-Dei-nahen Katholizismus*, oder wie er selbst sagt «der Aufgabe, den Himmel zu bevölkern».

Liberale Kritiker vergleichen *Monaghans* orthodoxe *City of God* mit dem islamischen Fundamentalismus. *Frances Kissling*, die Präsidentin der «Catholics for Free Choice», nennt das Projekt gar «unamerikanisch». Doch da liegt sie falsch. «Ave Maria», Florida, ist so amerikanisch wie der berühmte *Apple Pie*. Von den ersten Siedlungen der Pilger über die Parallelgesellschaften der Amischen oder der Mormonen und die alternativen Hippy-Kommunen der sechziger Jahre bis zum neotraditionalistischen *Disney-Dorf «Celebration»*, das 1994 ein paar Autostunden nördlich von «Ave Maria» in Betrieb genommen wurde, gab es in den USA stets eine erstaunliche Anzahl und Vielfalt von Gemeinschaften Gleichgesinnter. Auf Englisch heissen all diese Gruppen *Intentional Communities*; sie haben sich zusammengetan in der Absicht, auf der Negativfolie der bestehenden zusammengewürfelten Gesellschaft ein besseres Leben – oder jedenfalls eines nach ihren Vorstellungen – aufzubauen. Stolz auf ihre Gemeinschaft sind auch noch die Bewohner der «Community 55+» im Nachbardorf, die sich bloss darin einig sind, dass sie Kindergeschre und jugendliche Skateboarder nicht ausstehen können und ihre Ruhe haben wollen.

Das Grossprojekt «Ave Maria» hat wenig mit einer solch postmodernen Minimalutopie gemein. Am ehesten erinnert *Monaghans* Plan an die *Ideen von Frühsozialisten* des 18./19. Jahrhunderts wie *Henri de Saint-Simon*, *Charles Fourier*, *Robert Owen*, *Etienne Cabet* oder *Wilhelm Weitling*. Unzufriedenheit mit dem Status quo und genug «überschiessendes Bewusstsein», um sich eine Alternative auszudenken, machte auch den Kern ihrer Utopien aus. Und auch die Herren jener Epoche legten bis in die Details genau fest, wie das Zusammenleben zum Wohle der Menschheit organisiert sein müsste. Als Studentin der siebziger Jahre habe ich mich mit der Rebellion der Sozialutopisten gegen die bestehende Gesellschaft

leicht identifizieren können, nie aber mit ihrer moralischen Besserwisseri und ihren buchhalterischen Entwürfen des Guten Lebens, inklusive Liebeskodex.

Ordnungsutopien sind mir seither auch in abgeschwächter Form ein Gräuel geblieben. Selbst Matriarchatsentwürfen von feministischer Seite oder dem liebevoll gezeichneten bolo'bolo von PM vermag ich wenig abzugewinnen. Ich will eine bessere Welt, aber ich will nicht wissen, wie sie am Ende aussieht. Ich will mir das Paradies auf Erden nicht vorstellen, weil es kein Paradies ohne Vertreibung gibt.

Auf besonders eindrückliche Weise hat die afroamerikanische Autorin *Toni Morrison* in ihrem Roman *«Paradies»* dargestellt, wie eine positive Utopie – hier eine von ehemaligen Sklaven gegründete schwarze Gemeinde – in ihr Gegenteil umschlägt. «Im Bestreben, in einer imperfekten Welt die Perfektion zu errichten, töten sie das andere, auch in sich selbst», habe ich 1999 in einer WOZ-Buchbesprechung geschrieben. Und ich erinnere mich gut, wie meine Sympathien damals, ich war neu eingewandert, zwischen dem Sicherheitsbedürfnis und dem trotzigem Eigensinn der schwarzen Paradieswächter und den Widersprüchen und der Sinnsuche der gemischten Gruppe von Aussenseiterinnen geteilt waren. Beide Gemeinschaften sind schliesslich am mangelnden Austausch mit der Aussenwelt zugrunde gegangen. Oder auch nicht, Morrison lässt die Erlösung als Utopie zu.

Monaghans Realutopie eines *sündenfreien «Ave Maria»* ist eher Purgatorium denn Paradies. In der «Gottesstadt» werden Homosexualität, vorehelicher Sex und Scheidung päpstlicher als der Papst angegangen. Doch selbst für diese engstirnige Gemeinschaft ist das Wohlwollen hier erstaunlich breit gestreut. Vielleicht ist es einfach der in diesem Land besonders ausgeprägte Respekt vor Leuten, die ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen, ihr Leben gestalten

und ihre Träume verwirklichen. Es ist in den Kommentaren auch eine Sehnsucht spürbar nach einer Welt, die nicht alles globalisiert und kommodifiziert und Profit zum Mass aller Dinge macht. Eine Welt in der – unter Umständen ideologisch verdreht und verzerrt – das Leben selbst etwas wert ist.

Solche Wünsche und Visionen sind so alt wie die Menschheit. Auch sind sie gewissermassen politisch neutral. Ob sie zu Ordnungsutopien versteinern oder ob sie sich zu freiheitliche Entwürfen – man denke an die «offene Gesellschaft» oder die «herrschaftsfreie Kommunikation» – entwickeln, hängt von vielen Umständen ab. Nach dem Zweiten Weltkrieg und bis in die achtziger Jahre kamen viele wichtige Utopien von links. Seither hat die *Rechte* nicht bloss die Wirklichkeit, sondern auch die *Welt der Ideen* besetzt; in den USA lässt sich das am Aufbau eines rechtskonservativen Medienimperiums besonders deutlich verfolgen.

Auch hat sich mit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 hier die Idee vom ewigen Krieg in den Köpfen verfestigt. Der konkrete Krieg im Irak wird zwar heute von einer Mehrheit der Amerikanerinnen und Amerikaner abgelehnt. Doch der *«grosse Kampf zwischen Gut und Böse»*, der in den USA Fundamentalisten aller Schattierungen und auch Monaghans *«Ave Maria»* inspiriert, hat als Ordnungsutopie noch längst nicht ausgedient. Mit Realpolitik allein ist ihr nicht beizukommen. Doch woher nehmen wir die politische Fantasie? Für tief greifende Veränderung braucht es zwar keine fixfertige Gegenutopie, aber schon hie und da das verführerische Aufscheinen einer andern Welt. ●

Anni Lanz:

«Hinschauen darf nicht strafbar sein»

Im Dezemberheft 2004 haben wir mit Anni Lanz ein NW-Gespräch über die Verschärfungen im Asyl- und Ausländerrecht geführt. Aufgrund ihrer Arbeit mit Sans-papiers sprach Anni Lanz damals «vom Gefühl, in einem Polizeistaat zu leben». Sie stellte die präzise Frage, «ob sich in diesem Land strafbar macht, wer für die Menschenrechte eintritt». Die Aktualität dieser Frage hat Anni Lanz soeben am eigenen Leib erfahren: Sie wurde am 17. März vom Strafgericht Basel-Stadt mit 200 Franken gebüsst, weil sie als Menschenrechtsaktivistin eine Polizeikontrolle gegenüber zwei schwarzen Männern beobachten wollte. Das sei «Diensterschwerung», meinte das Gericht. Wir haben bei Anni Lanz nachgefragt. Red.

Willy Spieler: Anlässlich unseres NW-Gesprächs Ende 2004 (Heft 12/04) durfte ich Dir zur Ehrendoktorwürde der Juristischen Fakultät der Uni Basel gratulieren. Du wurdest für Dein Engagement für Asylsuchende und Sans-papiers geehrt. Die Baselstädtische Polizei und ihr folgend das Strafgericht Basel-Stadt sehen das in einem konkreten Fall ganz anders. Sie haben Dich wegen «Diensterschwerung» gebüsst, weil Du genau beobachten wolltest, was bei der polizeilichen Kontrolle von zwei Schwarzafrikanern ablief. Was ist da passiert?

Anni Lanz: Eigentlich kein spektakulärer Vorfall. Ende Januar 2005 nach 20 Uhr stiess ich auf dem Trottoir auf eine Polizeikontrolle mit mindestens vier Polizeibeamt/innen und stellte mich beobachtend hinter die absichernden Polizisten – etwa fünf Meter von den Kontrollierten entfernt. Einer der Polizisten, der vor mir stand, hiess mich, weiterzugehen. Ich entgegnete, dass ich beobachten möchte, ob alles korrekt abläuft.

Die Kontrolle ist dann korrekt verlaufen. Doch die absichernden Polizisten regten sich auf, dass ich ihrem Befehl, weiter zu gehen, nicht Folge leistete, drohten mit einer Verzeigung und nahmen meine Personalien auf. Etwa zwei Wochen später rief mir abends um 19 Uhr ein Mann an und sagte, dass er nun eine Anzeige gegen mich schreiben werde, und verlangte noch mehr Angaben über meine Person. Mitte August traf dann der Strafbefehl mit einer Busse von 200 Franken und 260 Franken Gebühren ein. Susanne Bertschi, die mich in dieser Sache vertritt, erhob Einsprache.

WS: Wie haben die beiden Schwarzafrikaner auf Deine Beobachtung reagiert?

AL: Weil es dunkel war und ein Polizist mir die Sicht verspernte, habe ich von den Kontrollierten nur wenig gesehen. Als ich aber kurz darauf die zwei schwarzen Männer wieder traf, schüttelten sie mir dankend die Hand. Der eine sagte: «I'm Johnson» und war froh, dass ich bei der

Kontrolle stehen geblieben war. Ich frage mich oft, ob «Johnson» noch hier ist.

WS: Laut WOZ hat die Polizei Dich gefragt, ob Du «auch schon etwas von Menschenrechten» gehört habest.

AL: Ja, das war die erste, etwas herablassende Frage des etwa zwanzigjährigen Beamten, nachdem ich nicht weggehen wollte. Sie hat mich schon etwas verblüfft. Er fügte an, dass ich die *Menschenrechte der Kontrollierten* verletzen würde. Er unterstellte mir wiederholt Schaulustigkeit, obwohl ich mein Motiv wiederholte und sagte, ich hätte ein Recht, die Polizeikontrolle zu beobachten.



WS: Du hast gegen den Strafbefehl Einsprache erhoben. Aber das Strafgericht Basel-Stadt hat Dich am 17. März «schuldig» gesprochen. Wie lautet die Begründung?

AL: Die schriftliche Begründung liegt noch nicht vor. In meinem eigenen Schlussplädoyer habe ich betont, wie wichtig eine solche Beobachtungstätigkeit für Menschenrechtsaktivist/innen sei, dass *Amnesty International* oder die *Eidgenössische Kommission gegen Rassismus* beispielsweise auf Beobachtungen an

der Basis angewiesen seien. Der Richter ist jedoch in seiner Urteilsbegründung nicht darauf eingegangen, sondern hat lediglich betont, dass eine Wegweisung Teil des Sicherheitsdispositivs der Polizei sei. Eine Beobachtungstätigkeit, ob aus einer Entfernung von drei, fünf oder sieben Metern – die genaue Distanz spiele keine Rolle – könne die Sicherheit aller gefährden.

WS: Diese Begründung verwischt tatsächlich den Unterschied zwischen Menschenrechtsaktivist/innen und Schaulustigen. Könnte eine nächste Instanz nicht doch auf die Motivation der beobachtenden Personen abstellen, statt ihnen den «Kampf ums Recht» zu erschweren? Wirst Du das Urteil weiterziehen?

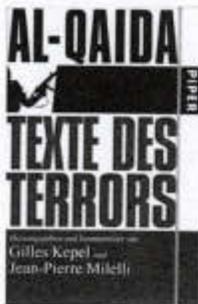
AL: Hinschauen statt wegschauen darf nicht strafbar sein. Hinschauen braucht immer auch etwas *Zivilcourage*. Auch ich muss mich jedes Mal ein wenig überwinden, bei Polizeikontrollen und anderen Problemen nicht einfach wegzuschauen. Das Urteil könnte andere Menschen, die sich nicht der Indifferenz verschreiben, einschüchtern. Deshalb ziehen wir das Urteil weiter. Ich habe aus meinem Umfeld – und darüber hinaus – viel *Ermunterung* erhalten. ●

Anni Lanz während des NW-Gesprächs für das Dezemberheft 2004.

Islamismus oder Wenn Gottesfurcht zur Unmensch- lichkeit wird

In der folgenden Buchbesprechung weise ich auf einige lesenswerte Neuerscheinungen über den Islam hin, bewusst kontrastreich, mit der Absicht, nachdenklich zu machen, aber auch mit der klaren Betonung, dass es Widersprüchliches im Menschen und folglich auch in den Religionen gibt: Beide sind nicht nur mit gut oder böse zu begreifen; beide grenzen stets sowohl an eine apokalyptische Zerstörung als auch an mystische Kreativität. Es ist wahrlich kein Zufall, dass auf dem weiten Gebiet des Islam die Auseinandersetzung immer mehr von der Oberfläche in die Tiefe geht. A.I.

Gilles Kepel und Jean-Pierre Milelli (Herausgeber und Kommentatoren): **AL-QAIDA. Texte des Terrors. Aus dem Französischen.** Piper, München-Zürich 2006, 516 Seiten, EUR 24,90, CHF 43,70.



Tradition der heiligen Raserei

In einer beinahe übermenschlichen Fleissarbeit haben Meister *Kepel* und seine Doktoranden *repräsentative Texte* von Osama Bin Laden, Abdullah Azzam, Ayman al-Zawahiri und Abu Mus'ah al-Zarqawi ausgewählt, übersetzt, kommentiert und in einen religiösen und politischen Zusammenhang gestellt. Alle, die sich seriös mit diesem «schrecklichen Phänomen» auseinandersetzen wollen, werden um dieses Buch kaum herumkommen.

Bin Laden hat eine neue Form der *Omnipräsenz* erreicht: Sudan, Jemen, Afghanistan, vielleicht rasch zwischendurch USA oder Europa. Distanzen spielen kaum noch eine Rolle. Er beherrscht Internet, TV und Videoclips auf einmalige Weise, schüchtert eine halbe Welt ein, obwohl alles *nichts als Leere* ist. «Al-Qaida ist die erste politische Organisation ohne jegliche Tiefe jenseits der tautologischen Legitimität, die sie repräsentiert» (S. 51). Bin Laden ist als Persönlichkeit leer und «die Leere wurde ausgefüllt von den Strategien und Kalkulationen anderer, bis er sich der grössten Leere zuwandte, die es gibt, den Medien und dem Terrorismus.»

Azzam, ermordet bei einem Sprengstoffanschlag 1989 in Pakistan, ging voraus, war sehr intelligent, schrieb mehr als hundert Bücher und Artikel, entwickelte den Begriff des *Dschihad* neu. «Sein grösstes Vermächtnis ist unbestritten sein Beitrag zum radikalen islamischen Denken und zur radikalen Theorie» (S. 166). *al-Zawahiri* gilt als der «Veteran des Dschihads» (S. 271), und *al-Zarqawi* ist die treibende Kraft hinter dem Dschihad in Mesopotamien. Es gibt im Islam schon lange eine Tradition der heiligen Raserei: Ist sie ein Phänomen der Wüste? Kommt sie aus der Tradition des Schamanentums? Bereits im 19. Jahrhundert hatte der britische Kolonialismus im Sudan gegen diese «verrückten Derwische» kein Mittel der Sänftigung.

Rückkehr zur «häretischen Frömmigkeit»

Ich wage zu behaupten – auf die Idee brachte mich das Buch von *Navid Kermani* –, dass die arabisch-islamische Kultur deshalb so stark *Sündenböcke* (den Westen, die USA) braucht, weil sie Gott/Allah nicht wie Hiob Jahwe im Ersten Testament anklagen darf. Sie hat die *Kultur des Haderns* verloren. «Die Geschichte Hiobs reduziert der Koran auf den Aspekt des Erduldens» (S. 165). Er lässt

keine Form der klagenden oder gar Gott anklagenden Frömmigkeit zu.

Bloss die mystische Variante, der *Sufismus*, lässt Raum dafür. *Faridoddin Attar*, geboren um 1145 im heutigen Iran, war ein mystischer Dichter. Er soll 1221 beim Mongoleneinfall umgekommen sein. Sein «Buch der Leiden» wird von manchen als die schwärzeste je verfasste Dichtung angesehen. Attar war ein sufistischer Godot (S. Beckett) in seiner Zeit. Ein Beispiel:

«Ein armer Narr geht in die Moschee und bittet Gott um hundert Dinar. Nichts passiert. Der Narr wird zornig und ruft: Wenn Du mir das Geld nicht geben willst, bring doch lieber gleich die Moschee zum Einsturz! Da beginnt das Dach der Moschee zu bröckeln, die Ziegel drohen den Narren zu begraben. «Diese Bitte erfüllst Du ja sehr schnell. Wie ich Dich kenne, wirst Du wahrscheinlich auch noch mit dem Blutgeld knausern, wenn Du mich getötet hast.» Die Decke bröckelt weiter. Da macht der Narr sich aus dem Staub.»

Was schliesst *Kermani*, ein in Deutschland geborener Iraner, aus den Texten Attars? «Eine Kultur erweist dort ihre Stärke, wo sie die radikale Kritik nicht Aussensiehenden überlässt» (S. 216). In unserer Zeit müssen Religionen es wieder wagen, zur «häretischen Frömmigkeit» zurückzukehren.

Wir stossen hier sehr wahrscheinlich auf *Wurzeln des Dualismus*, auf jenen Punkt, wo es bloss noch zwei gibt und nichts mehr dazwischen. Hier sind sich in den letzten 200 Jahren *islamische und amerikanische Kultur* immer näher gekommen. Wenn es nichts mehr zu differenzieren gibt, dann befinden sich eschatologische Kategorien – wie Reich des Bösen – plötzlich mitten unter uns in dieser Welt.

Der *Anthropologe Mamdani* verwirft die Konfrontation «gute – böse Welt», also implizit auch den Gegensatz «säkularisiert-westlich» gegen «vormodern-fanatistisch», somit entfällt auch ein direkter Zusammenprall der Zivilisationen. Es geht ihm letztlich nicht um Kulturen generell, sondern um das Ausweichen vor den Nahostproblemen und der Israel-Politik. – Ein Buch, das ohne anzuklagen zeigt: 1. Wie Verdrängen, Abschieben und Vertuschen zum Schrecken oder zur Katastrophe führen. 2. Alles auf

einen Punkt bringen zu wollen, ist fatal und zerstörerisch. 3. Sich selbst belügen – wie es in der Politik laufend geschieht – führt zur Fixation. Es gibt einen wichtigen Aus-Weg: den der Häresie.

Wut und Verrücktheit im Nahen Osten

Das Buch von *Caglar* und *Bakar* über die USA im Nahen Osten unternimmt es, die Frage zu stellen, warum eigentlich die *Briten* im Gegensatz zu den *Amerikanern* ganz gut mit dieser Gegend der Welt umgehen konnten und warum die *Amerikaner* dauernd in Fettnäpfchen herumtrampeln. Die *Briten* waren nüchterne Realisten und liessen manches fast selbstverständlich ineinander übergehen. Die *Amerikaner* handelten vordergründig stets moralisch, insgesamt jedoch verschlagen – und genau diese Heuchelei machte sie verhasst. Denken wir nur an den russischen Afghanistankrieg, wo sie bereit waren, jenen «Schrecken» einzuspannen, von dem sie später behaupteten, es sei «das abgrundtiefe Böse». Oder an ihr einseitiges und verlogenes Paktieren mit Israel, so dass es zur permanenten Unglaubwürdigkeit kommt.

Im Nahen Osten fehlt es an *Sachlichkeit*: Alle leben und handeln aus Wut und Verrücktheit heraus; es fehlen Distanz und Nachdenklichkeit. Daran – scheint mir – sind alle bis ins letzte Glied Betroffenen schuld.

Kein Platz für den «All-Schrecklichen»

In *Gudrun Krämers* «Geschichte des Islam» haben wir es mit einer sehr sachlichen, ja zu *sachlichen Geschichte* des Islam zu tun. Keine Religion kann vor dem Schrecklichen ausweichen, weil es diese Gotteseite realistisch gibt. Man nennt diese Wissenschaft des Haderns mit Gott in der Theologie und Philosophie *Theodizee*. Der Islam hat 99mal alle «All-» auf Allah überwältigt und so blieb exakt für den Charakter des «All-Schrecklichen» kein Platz. Der Mensch und somit die Geschichte mussten *verdrängen*: Der Islam kam niemals bloss als Befreier und Herbeigesehnter, denken wir an *Nordafrika* oder später an die Unabhängigkeit *Indiens*. Für das Zusammenbringen gab es zwar ab und zu, jedoch selten Vorbilder, etwa *Mogul Akbar der Grosse* (reg. 1556–1605), zuerst mit Sitz in Agra und später in Lahore.

Ein schönes Buch, dem der Schrecken fehlt, denn die Geschichte enthält Grau-

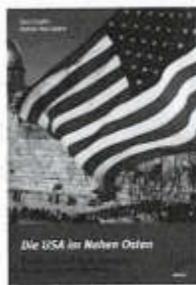
Navid Kermani: Der Schrecken Gottes. Attar, Hlob und die metaphysische Revolte. C.H. Beck, München 2005, 335 Seiten, EUR 24,90, CHF 43.70.

NAVID KERMANI
DER SCHRECKEN
GOTTES Attar, Hlob
und die metaphysische
Revolte

الفاساد

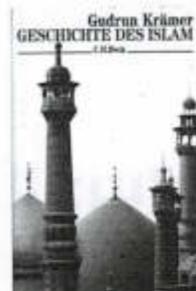


Mahmood Mamdani: Guter Moslem, böser Moslem. Amerika und die Wurzeln des Terrors. Aus dem Englischen. Edition Nautilus, Hamburg 2004, 319 Seiten, EUR 19,90, CHF 34.90.



Gazi Caglar/ Hakan Ates Bakar: Die USA im Nahen Osten. Unrast Verlag, Münster 2005, 175 Seiten, EUR 14,00.

Gudrun Krämer: Geschichte des Islam, C.H.Beck, München 2005, 334 Seiten, CHF 43.70.



Nahed Selim: Nehmt den Männern den Koran! Aus dem Niederländischen. Piper, München-Zürich 2006, 320 Seiten, EUR 19,90, CHF 34.90.

samkeit. Ich denke an die knapp vier Seiten über den Islam im *subsaharischen Afrika* (S. 198–203): Nichts gegen Knappheit und Kürze, nur sollten dabei die Widersprüche nicht verschwinden müssen, weil es fürs Differenzieren nicht ganz reicht.

Neben dem stolzen Erfolg gibt es den breiten Schrecken, etwa die Jahrhunderte lange *Sklavenjägeri*; um sie zu ermöglichen, wurden die Bauern und unteren Schichten bewusst nicht islamisiert. Islam blieb lange Zeit eine *Religion der Oberschicht* und diente einer monopolistischen Handelschicht, denn man musste jemanden erlaubterweise ausbeuten können. Ich klage nicht an, aber will wahr haben, dass jede Religion Schrecken und Grausamkeit in sich enthält. Für den heutigen Aufbruch müsste unbedingt je ein Kurzkapitel über den Islam in Europa und in den USA – auch hier erschien er unter Schwarzen, etwa Malcolm X, als *sacred craziness* – enthalten sein. Ein schönes Buch mit all dem Glanz und den prächtigen Farbbildern, aber es benennt zu wenig die Widersprüche, was keine Schande wäre.

«Nehmt den Männern den Koran!»

Ich kenne die nordnigerianische Schriftstellerin *Zaynab Alkali*, sie schrieb genau zu diesem Thema und kam zur selben Einsicht wie *Nahed Selim*. Alkalis Dissertation blieb unveröffentlicht. Eigentlich wäre es so einfach und selbstverständlich, dass Männer wie Frauen die gleichen Koranverse anders verstehen. Noch immer jedoch lässt es Wissenschaft im Islam nicht zu, *Suren in einem historischen Kontext* zu begreifen und sie als relativ anzuerkennen. Um Zeitbedingtheit und um Neueinsicht im Laufe der Geschichte geht es, oder auch darum, dass der Mensch niemals alles auf einmal aufnehmen und begreifen kann.

Einseitigkeit führt zu Grausamkeit und Schrecken. Die *Frauenfrage* kann leicht *mit dem Koran* und muss gar nicht von aussen und über den Umweg von Menschenrechten gelöst werden. Die *Menschlichkeit* ist im Koran voll enthalten; man hat bloss die männliche Lesart und Interpretation zu verlassen. Chauvinismus als Bigotterie und Engstirnigkeit waren und sind das Problem – auf keinen Fall der Koran. ●

Neue Wege

Zeitschrift des Religiösen Sozialismus

www.neuwewege.ch

Redaktion:

Willy Spieler, Butzenstrasse 27, 8038 Zürich, Tel. 01 482 91 17, e-Mail: spieler@goldnet.ch

Redaktionskommission:

François Baer, Paul Gmünder, Yvonne Haerberli, Al Imfeld, Jeanine Kosch-Vernier, Kurt Seifert, Dorothee Wilhelm, Manfred Züfle.

Administration:

Yves Baer, toolbox, Postfach 652, 8037 Zürich
Tel: 01 447 40 46 und 079 509 54 78
e-Mail: info@neuwewege.ch

Werbung:

Die Werbung übernimmt interimistisch der Redaktor (s. Redaktionsadresse).

Abonnementspreise:

Die Neuen Wege erscheinen jeden Monat. Jahresabonnement im In- und Ausland Fr. 60.– (Luftpostzuschlag Fr. 20.–), für Personen mit kleinem Einkommen Fr. 30.–, Solidaritätsabonnement Fr. 100.–, Einzelheft Fr. 7.–, Doppelnummer Fr. 10.– (incl. Porto Inland). Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein Jahr, wenn die Kündigung nicht auf Ende November erfolgt.

Postscheckkonto 80-8608-4 Zürich, Vereinigung »Freundinnen und Freunde der Neuen Wege«.

Gestaltung, Satz/DTP:

toolbox, Breitensteinstr. 94, 8037 Zürich, Tel. 044 447 40 44, e-Mail: baer@toolnet.ch

Druck:

Genossenschaft WIDERDRUCK, Postfach, 3000 Bern 11, Tel. 031 331 42 27.

Nachdruck:

Der Nachdruck einzelner Texte ist nur mit Zustimmung des Redaktors gestattet.

Freundinnen und Freunde der Neuen Wege:

Die Vereinigung »Freundinnen und Freunde der Neuen Wege« trägt und betreut die Zeitschrift. Präsidentin: Pia Hollenstein, Axensteinstr. 27, 9000 St. Gallen, Tel. 071 223 70 80, Fax 071 223 70 81, e-Mail: mail@piahollenstein.ch

Beitrittserklärung an die Administration der Neuen Wege. Jahresbeitrag Fr. 50.–.

CuS Christin und Sozialistin/ Christ und Sozialist

Blätter des Bundes der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands erscheint seit 1949

Redaktion:

Dr. Reinhard Gaede (verantwortlich),
Wiesestr.65, D-32052 Herford,
Tel. 05221/34 25 56, e-Mail: cus@gmx.de
reinhard-gaede@gmx.de
Michael Bschorr, Leopoldshöhe

Redaktions-Beirat

Friedrich W. Bargheer, Blomberg; Heiko Bluhm,
Lauffen a.N.; Maik Eisfeld, Hohenbergen;
Fritz Hufendiek, Berlin; Elmar Klink, Bremen;
Helmut Pfaff, Frankfurt; Wieland Zademach,
Schwaig

CuS/BRSD im Internet

www.BRSD.de

Webmaster

Darius Dunker, Aachen

Herausgeber

Bund der Religiösen Sozialistinnen und
Sozialisten Deutschlands e.V.
gegründet 1919/1926
Vorstand: Michael Bschorr, Reinhard Gaede,
Christian Gössling, Bertold Scharf, Robert
Wollborn

Abonnements

BRSD-Sekretariat
Michael Bschorr, Bobes Feld 14,
D-33818 Leopoldshöhe
Tel. 05202-884 883 / Fax 05202-884 884
e-Mail: sekretariat@brsd.de,
MBSchorr@t-online.de

Bezugspreise (inkl. Versand)

Inland 20 Euro pro Jahr
Ausland 23 Euro pro Jahr
Förderabo 25 Euro oder mehr
Bitte überweisen Sie den Betrag jeweils zum
Jahresbeginn an den BRSD e.V.,
Bankverbindung: KD-Bank BLZ
350 601 90, Kto Nr. 2119 457010, für
internationale Überweisungen: IBAN DE
15350601902119457010, BIC GENODE33
Kündigungen werden zum Jahresende
wirksam.

Artikel und Briefe an die Redaktion

CuS möchte ein Forum sein für alle, die Religion und Sozialismus zusammen sehen. Wir freuen uns über Beiträge und Briefe. Artikel per e-Mail, per Post nur auf Diskette, als Ausdruck oder saubere Schreibmaschinen-Fassung.

Inhalt

	Seite
Die Arbeiter im Weinberg oder Die Umkehr aller Ordnung – Reinhard Gaede	101
«Wachstum, Wachstum über alles ...» – Arnold Künzli	104
Deformation der Solidarität? – Betreiber, Komplizen, Sanierer – Friedhelm Hengsbach	111
Das Strucksche Gesetz – Zu den Spielräumen der Parlamentarischen Linken – Niels Annen	121
«Aus Wut kann Widerstand werden» – CuS-Gespräch mit Inge Höger-Neuling	124
Kriegsdienstverweigerung nach 50 Jahren Bundeswehr – Ulrich Finckh	127
«Gott in deiner Gnade – verwandle die Welt» – Reinhild Traitler	132
Zeichen der Zeit: «Deus caritas» oder Die Phantom-schmerzen des Papstes – Willy Spieler	138
Kolumne: Paradiese wie «Ave Maria» – Lotta Suter	142
Nachgefragt: «Hinschauen darf nicht strafbar sein» – Anni Lanz	144
Bücher: Islam oder Wenn Gottesfurcht zur Unmenschlichkeit wird – Al Imfeld	146

Adressen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieser Nummer

Prof. Dr. Arnold Künzli, Chutzenstrasse 40, CH-3047 Bremgarten
Prof. Dr. Friedhelm Hengsbach, Offenbacher Landstr. 224, D-60599
Frankfurt am Main
Niels Annen, MdB, Platz der Republik 1, D-11011 Berlin
Inge Höger-Neuling, MdB, Abgeordnetenbüro, Kirchgasse 2, D-32052
Herford
Matthias Obenhaus, Bergstrasse 82, D-32108 Bad Salzuffen
Ulrich Finckh, Riemstraße 2, D-28359 Bremen
Dr. Reinhild Traitler, Voltastrasse 27, CH-8044 Zürich
Lotta Suter, PO Box 897, Hollis, NH 03049, USA
Dr. h.c. Anni Lanz, Feldbergstrasse 49, CH-4057 Basel
Al Imfeld, Konradstrasse 23, CH-8005 Zürich

Vorschau auf die nächste Ausgabe

- NW-Gespräch mit Manfred Züfle zu seinem Siebzigsten
- Susi Oser: Beglaubigte Bildungsqualität
- Willy Spieler: «Überwindung des Kapitalismus»
(Änderungen bleiben vorbehalten)

Besuch in Somalia

Vor vier Jahren wurde Vre Karrer ermordet. Ihr Lebenswerk «New Ways» in Merka an der somalischen Küste existiert weiter. **Jenny Heeb**, Präsidentin des «Fördervereins Neue Wege in Somalia», berichtet über ihre Inspektionsreise im Frühjahr 2006.

Freitag, 5. Mai, 14.30–16 Uhr, Zentrum Karl der Grosse, Kirchgasse 14, 8001 Zürich

Bodensee-Kirchentag vom 5. – 7. Mai in St. Gallen

(In Ergänzung zum Veranstaltungshinweis im Märzheft der Neuen Wege)

Samstag, 6. Mai: Eine Wirtschaft für alle Menschen

Veranstaltungen im Pfalz Keller

11–13 Uhr

Wenn Kirchen aufwachen zur globalen Verantwortung

Das Wunder von Accra 2004, das Zeichen von Porto Alegre 2006. Ihre Rezeption in der Schweiz. Mit **Ulrich Duchrow**, Sozialethiker, Teilnehmer an beiden Versammlungen, und **Willy Spieler**.

14–17 Uhr

Weltcafé: Eine Wirtschaft für alle Menschen

Mit einer originellen Methode werden gemeinsame Visionen einer menschengerechten Wirtschaft entworfen

Gastgeber: **Niklaus Bayer** und **Martin Müller**, Caritas St. Gallen

17.30–19 Uhr

Christen wollen eine andere Wirtschaft

Podiumsgespräch mit: **Heinz Hauser**, Professor für Volkswirtschaftslehre; **Ulrich Thielemann**, Wirtschaftsethiker; **Nicole Büttner**, Präsidentin 2004/5 der Studierenden an der Uni St. Gallen; **Ulrich Duchrow**; **Franziska Wenk**, Junge Grüne St. Gallen. Moderation: **Hans-Peter Studer**, Ökonom.

Programm: www.bodensee-kirchentag.ch

Wer wirbt für Neue Wege?

Kontakt: **Willy Spieler**, Butzenstrasse 27, 8038 Zürich, Telefon 01 482 91 17 spieler@goldnet.ch

Freundinnen und Freunde der Neuen Wege REligiös-SOzialistische Vereinigung der Deutschschweiz

Jahresversammlung der beiden Vereinigungen

Samstag, 1. Juli 2006, Gartenhofstrasse 7, 8004 Zürich
Tram 14, Richtung Triemli, Haltestelle Werd

9.00 Uhr Kaffee

9.30 – 10.45 Uhr NEUE WEGE

Traktanden

1. Protokoll der letzten JV (NW 12/05)
2. Jahresbericht 2005
3. Jahresrechnung 2005 / Revision
4. Jahresbudget 2006
5. Wahlen
6. 100 Jahre Neue Wege
- Jubiläumsbuch
- Jubiläumsfeier, 4. November 2006
7. Zusammenarbeit mit Christ/in und Sozialist/in (CuS)
8. Aussprache mit Redaktion und Redaktionskommission
9. Anträge
10. Verschiedenes

12.30 Uhr **Gemeinsames Mittagessen im Restaurant Cooperativo**, offeriert von der Religiös-Sozialistischen Vereinigung

Öffentliche Nachmittagsveranstaltung

Religiös-Sozialistischer Stadtumgang zum 100-Jahre-Jubiläum

Aus Anlass des 100-Jahre-Jubiläums erhält die öffentliche Nachmittagsveranstaltung der beiden Jahresversammlungen ein besonderes Gepräge. Mitglieder unserer Vereinigungen werden an für ihre eigene Geschichte als religiöse SozialistInnen bedeutenden Schauplätzen befragt von **Ruedi Brassel**, **Urs Eigenmann** und **Willy Spieler**.

Beginn 13.45 Uhr an der Gartenhofstr. 7 in Zürich

Personen und Schauplätze des Stadtumgangs

Begrüssung / Einführung, Gartenhof, 13.45–13.50

Hanni Schilt, Gartenhof (Video), 13.50–14.10

Cony Sturzenegger, Gartenhof, 14.10–14.20

Hansheiri Zürri, Bezirksgebäude, 14.30–14.40

Louise Schneider, Kirche St. Jakob, 14.50–15.00

Leni Altwegg, Paradeplatz, 15.15–15.25

Religiös-Soziale Fraktion Zürcher Kirchen-Synode, Rathaus, 15.35–15.45

Hans-Ulrich Jäger, Theologische Fakultät, Kirchgasse 15.55–16.05

Willy Spieler, Weisser Wind, 16.15–16.25

Der Umgang findet im Weissen Wind bei Kaffee und Kuchen seinen Abschluss vor 17.00 Uhr.

Freundinnen und Freunde der
Neuen Wege

REligiös-SOzialistische Vereinigung
der Deutschschweiz